



Suchergebnisse: Deutschland

-800 – Frühe Hinweise auf Bier in Oberfranken

Kasendorf * Aus der frühen Hallstattzeit stammen einige der ältesten Hinweise auf ein bierähnliches Getränk im Gebiet des heutigen Deutschlands. In einem Grabhügel im Pfarrwald bei Kasendorf nahe Kulmbach entdecken Archäologen große Keramikgefäße, die als Grabbeigaben dienen. In einem der Vorratsgefäße finden sich dunkle organische Rückstände. Der Ausgräber deutet sie als Reste eines vergorenen Getränks, das möglicherweise aus Getreide oder Fladenbrot hergestellt wird. Das Gefäß wird deshalb als „Bieramphore“ bezeichnet. Ob es sich tatsächlich um Bier im heutigen Sinne handelt, lässt sich nicht zweifelsfrei nachweisen. Der Fund gehört zur frühen Hallstattkultur, deren Bevölkerung ethnisch nicht eindeutig zugeordnet werden kann.

5 – Eroberung Galliens

Deutschland * Im Gefolge von Julius Cäsars Eroberung Galliens (um Christi Geburt) kommt der Wein über den Rhein nach Germanien.

270 – Kaiser Aurelianus Domitius verbietet den Weinanbau an Rhein und Mosel

Deutschland - Frankreich * Kaiser Aurelianus Domitius verbietet den Weinanbau an Rhein und Mosel, um damit eine lästige Konkurrenz auszuschalten.

282 – Kaiser Probus hebt das Weinanbauverbot an Rhein und Mosel wieder auf

Deutschland - Frankreich * Kaiser Probus hebt das Weinanbauverbot an Rhein und Mosel wieder auf, da er erkannte: „Wein braucht Frieden, Frieden braucht Wein, Wein ist Frieden“. Er ist mit dieser Tat der erste „Förderer des Deutschen Weinhandels“.

1146 – Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält

Deutschland * Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält, als ein Heer fanatischer



Kreuzfahrer aus Frankreich in Deutschland einfällt und der Mönch Rudolf aus dem Kloster Clairvaux bedingungslosen Hass gegen die Juden predigt. Der damalige deutsche König Konrad III. nimmt sein Schutzversprechen ernst und rettet die meisten Juden.

April 1146 – Bernhard von Clairvaux wirbt für die Teilnahme am Kriegszug

Vézelay * Bernhard von Clairvaux wirbt an Ostern für die Teilnahme am Kriegszug. Vor der Stadt Vézelay er auf einem freien Feld, wo sich Tausende von Menschen einfinden: hoher und niedriger Adel, Kleriker, Söldner und viele, die der himmlische Lohn lockt, oder die normalen Zugewinne im Krieg, oder beides. Der Zisterzienser-Abt predigt: „Du tapferer Ritter, du Mann des Krieges, jetzt hast du eine Fehde ohne Gefahr, wo der Sieg Ruhm bringt und der Tod Gewinn“. Bernhard von Clairvaux wendet sich auch an die Kriminellen und fordert sie zur Kreuzfahrt auf: „Ist es denn nicht eine ausgesuchte und allein für Gott auffindbare Gelegenheit, dass der Allmächtige Mörder, Räuber, Ehebrecher, Meineidige und mit anderen Verbrechen Belastete in seinen Dienst ruft. [...] Misstraut nicht, Sünder, der Herr ist bei euch!“ Und weiter: „Selige nenne ich die Generation, die den Zeitpunkt derart reichlicher Vergebung ergreift und dieses wahrhafte Jubeljahr lebend angetroffen hat. [...] Gürtet euch mannhaft und ergreift im Eifer für den christlichen Namen die Glück bringenden Waffen“. Die versammelte Menge ist derart begeistert, dass sie die Teilnahme an dem Kreuzzug gelobt und Bernhard, um genügend Stoffkreuze für die Gewänder der Kreuzfahrer zur Verfügung zu haben, seine Kleider zerreißen muss. Die Kreuzzug-Ideologie ist inzwischen auf die verschiedensten Schauplätze christlicher Kriegsführung übertragbar gemacht worden. Deshalb soll der Zweite Kreuzzug nicht nur mehr im Nahen Osten, sondern gleichzeitig an zwei weiteren Fronten stattfinden: gegen die Mauren in Spanien und gegen die heidnischen Wenden im Norden Deutschlands.

1202 – Die Seelhäuser haben ihren Ursprung in der Armenbewegung

München-Gruggenau * Die Münchner Seelhäuser mit ihren kleinen Gemeinschaften der Seelnonnen haben ihren Ursprung in der Armenbewegung und der religiösen Frauenbewegung des Spätmittelalters. Sie stehen damit in Beziehung zu der weite Teile Europas erfassenden Beginenbewegung. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts hat sich die Lebensform der weiblichen Beginen und der männlichen Begarden rasch in Flandern, Brabant, den nördlichen Niederlanden, in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz ausgebreitet. In einem Bericht aus dem Jahr 1241 heißt es dazu: „Die Anzahl gewisser Frauen, die das Volk Beginen nennt, mehret sich, vor allem in Deutschland, bis zu Tausenden und Abertausenden in unglaublicher Weise; sie geloben und beobachten die Keuschheit und fristen von ihrer Hände



Arbeit ein Leben der Zurückgezogenheit“. Die frühesten zeitgenössischen Berichte über Beginengemeinschaften verweisen auf das Herzogtum Brabant, auf die Diözese Lüttich. Als älteste nachweisbare Niederlassung gilt das Beginenhaus von Tirlemont in Brabant. Es besteht bereits vor dem Jahr 1202. In die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts fallen die Entstehung der brabantischen Beginensiedlungen von Nivelles [1220] und Herentals [1226] sowie der große Beginenhof von Löwen [1232]. In der Grafschaft Flandern entstehen die Beginenhöfe in Gent [1234], Kortrijk [1238] und Brügge [1245]. Die Hochburgen der Beginen im deutschen Sprachraum sind Großstädte und Bischofssitze wie Köln, Straßburg, Mainz, Basel, Worms, Trier und Würzburg, die als soziale, wirtschaftliche und geistige Zentren günstige Voraussetzungen für das Entstehen von Beginengemeinschaften bieten. Schon für das Jahr 1211 - oder kurz danach - ist der Ursprung eines Beginenkonvents in Nürnberg bekannt, aus dem später das Dominikanerinnenkloster Engental hervorgeht. Der erste Beginenhof in Ulm, die Sammlung, wird kurz nach dem im Jahr 1229 entstandenen Franziskanerkloster gegründet. Für 1241 sind Beginen in Nördlingen, 1243 in Dillingen belegt. Anno 1242 wird eine „femina religiosa“ in Frankfurt, 1244 eine „sorores conversae“ in Straßburg genannt. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts entstehen auch in München mehrere Seelhäuser als Stiftungen wohlhabender Bürger.

1253 – In Deutschland entdeckt man eine ketzerische Teufelsanbetung

Rom-Lateran - Deutschland * In Deutschland entdeckt man eine ketzerische Teufelsanbetung, deren charakteristischen Züge Papst Gregor IX. beschreibt: Man findet hier die Verleugnung Christi und des Kreuzes, die Götzen [Kröte und schwarze Katze, die Verkörperung Luzifers], die sexuellen Ausschweifungen und die Homosexualität, den Geheimbund und die nächtlichen Versammlungen.

1300 – Die Breze wird zum Zunftzeichen der Bäcker

Deutschland * Die Breze etabliert sich als Zunftzeichen der Bäcker und ist spätestens um 1300 urkundlich nachgewiesen.

1311 – Papst Clemens V. befiehlt die Anwendung der Folter

Avignon * Papst Clemens V. befiehlt, dass die Templer dort, wo dies noch nicht geschehen ist, der Folter zu unterziehen sind. Das ist die Iberische Halbinsel, Norditalien, Deutschland und



England.

22. März 1312 – Papst Clemens V. hebt den Templerorden auf

Avignon * Ungeachtet der Konzilsmeinung hebt Papst Clemens V. den Templerorden durch die Bulle „Vox in excelso“ auf. In der Begründung heißt es, dass allein schon durch den nunmehr schlechten Ruf des Ordens eine derartige Maßnahme notwendig sei, um weiteren Schaden von der Gesamtkirche abzuwenden. Anschließend übereignet der Papst durch die Bulle „Ad providam“ die Güter des Ordens den Johannitern. In Deutschland übernimmt der Deutschherrenorden den Templer-Reichtum für sich. Doch der Vollzug dieser Anordnung geht nur langsam vonstatten, und in Frankreich eignet sich König Philipp den größten Teil des verfügbaren Besitzes an, da er für die Abwicklung des Prozesses entsprechende Rechnungen stellt.

1353 – Von der Zucht der Seidenraupe und der Verarbeitung der Seide

Regensburg * Der Regensburger Domherr Konrad von Mergenberch beschreibt die Zucht der Seidenraupen und die Verarbeitung der Seide. Dort heißt es: „Solche Raupen werden auch an manchen Orten Deutschlands gezüchtet und besonders in unserer königlichen Stadt Regensburg. Aus der Seide dieser Raupen werden aber in höherem Maße Frauenschleier gewebt als andere Seidenstoffe“.

5. November 1414 – Auf dem Konzil von Konstanz soll das Schisma überwunden werden

Konstanz * Das Konzil von Konstanz beginnt. Es dauert bis zum 22. April 1418. Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Konzils ist die Beendigung des Abendländischen Schisma und damit die Wiederherstellung der Einheit der Kirche. Die Lösung besteht darin, alle drei Päpste abzusetzen und einen neuen, von allen anerkannten Papst zu wählen. Doch auf dem Konzil wird nach kurzer Zeit eine ungewöhnliche Reform des Stimmrechts unternommen: Fortan gilt nicht mehr das Prinzip ein Teilnehmer, eine Stimme, sondern es wird nach Nationen abgestimmt, wobei jede Nation nur eine Stimme haben soll. Damit haben die Italiener nur noch eine Stimme, die gegen die drei anderen Nationen England, Deutschland und Frankreich sowie die des Kardinalskollegiums steht. Dem Kirchenkritiker Jan Hus, dem König Sigismund freies Geleit zugesichert hatte, wird auf dem Konzil von Konstanz der Prozess gemacht und am Scheiterhaufen verbrannt.



1486 – Der berühmte Hexenhammer wird veröffentlicht

Speyer * Der berühmte Hexenhammer - Malleus maleficarum, ein Lehrbuch des Hexenglaubens und der Hexeninquisition, wird veröffentlicht. Der Dominikanermönch Heinrich Institoris, der zudem Inquisitor der oberdeutschen Ordensprovinz ist, schreibt das Buch, nachdem er mit einer Inquisition in Innsbruck in der Diözese Brixen gescheitert ist. Nach dieser Niederlage will er seine Position stärken und die Hexenverfolgung vor deren Gegnern zu rechtfertigen. Das Buch wird als Vorbild für die künftig in Deutschland geführten Hexenprozesse dienen und wird bis ins 17. Jahrhundert hinein in 29 Auflagen erscheinen.

1497 – Der Paulaner-Orden lässt sich in Deutschland nieder

??? * Auf Bitte König Maximilians I., dem späteren Kaiser, lassen sich die Mönche auch in Deutschland nieder. Dort nennt sie das Volk Paulaner oder auch Pauliner. Diese Bezeichnung des Mönchsordens führt eindeutig auf den heiligen Francesco di Paola zurück.

1520 – Martin Luther zum Thema Frauenhäuser

Deutschland * Martin Luther, der Verfechter der neuen Lehre, schreibt in seinem Pamphlet „An den christlichen Adel deutscher Nation“ zum Thema Frauenhäuser folgendes: „Zuletzt, ist das nicht ein jämmerlich Ding, dass wir Christen unter uns sollen halten freie, gemeine Frauenhäuser; so wir alle sind zu Keuschheit getauft? Ich weiß wohl, was etliche dazu sagen [...], besser ein solches, denn etliche und Jungfrauen-Personen oder noch ehrlichere zu Schanden machen. Sollten aber hier nicht bedenken weltlich und christlich Regiment, wie man demselben nicht mit solch heidnischen Weise möchte zuvorkommen“.

24. Februar 1530 – Kaiser Carl V.: „Die lutherische Ketzerei in Deutschland ausrotten“

Rom-Vatikan * Kaiser Carl V. gibt Papst Clemens VII. das Versprechen, „die lutherische Ketzerei in Deutschland mit Stumpf und Stil auszurotten“.

14. Juni 1530 – Kaiser Carl V. verlässt München in Richtung Augsburg

München - Augsburg * Kaiser Carl V. und sein Gefolge verlassen München in Richtung



Augsburg, wohin er einen Reichstag einberufen hat. Dort sollen die Religionsparteien geeinigt werden, doch der Kaiser will „die lutherische Ketzerei in Deutschland mit Stumpf und Stil ausrotten“. Denn genau dieses Versprechen hat er am 24. Februar 1530 Papst Clemens VII. ja gegeben.

1534 – Die Gesellschaft Jesu wird gegründet

Rom * Die Gesellschaft Jesu wird von dem ehemaligen Offizier Ignatius von Loyola gegründet und wie ein Militärverband aufgebaut. Ihr Tätigkeitsfeld sehen die Jesuiten vor allem in der geistigen Erneuerung und Seelsorge. In der Folgezeit entwickelt er sich zum Kampforden der katholischen Kirche. Der Jesuit Lamormain wird viele Jahre später behaupten: „Wenn es nicht die Schulen der Gesellschaft gegeben hätte, die nach dem weisen Ratschluss der Kaiser und Erzherzöge in Wien, Prag, Graz, Olmütz und anderenorts in Deutschland gegründet wurden, dann wäre von der katholischen Religion kaum eine Spur übrig geblieben.“

1560 – Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung zugenommen

Europa * Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung nach 1560 stark zugenommen. Der Mechanismus einer Agrarkrise lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen: Das Ergebnis einer klima- oder unwetterbedingten Missernte ist die Verknappung der Grundnahrungsmittel, was bis ins 19. Jahrhundert hinein immer das Brotgetreide betrifft. Die unmittelbare Folge davon ist eine Teuerung, die dazu führt, dass große Teile der Bevölkerung hungern oder an Unterernährung leiden. Dieser verschlechterte Allgemeinzustand bewirkt oft das Auftreten von epidemischen Krankheiten oder eine stark erhöhte Krankheitsanfälligkeit. Dieser Zyklus dauert bis zur nächsten Ernte, also bis zum Spätsommer des folgenden Jahres. Folgt aber in der Zwischenzeit eine weitere Missernte, erhöht sich der Schaden um ein Vielfaches. Die Perioden der Teuerung treten um das Jahr 1560 häufiger auf und dauern länger. Diese Hungerkrisen betreffen große Teile Europas, weshalb neue Hexenverfolgungen beginnen und in den verschiedenen Ländern zu einer Verschärfung der Hexen-Gesetzgebung führen. Die Verfolgung der Hexen ist nicht von der konfessionellen Überzeugung der Verfolger abhängig. Auch drängen sich nach der Reformation die katholisch gebliebenen Gebiete - wie man gerne unterstellt - nicht in den Vordergrund. Im Gegenteil: In Spanien hat sich die Inquisition seit dem Jahr 1526 auf eine sehr gemäßigte Position zurückgezogen. In Italien führt eine Debatte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu einem deutlichen Widerstand gegen die Hexenverfolgungen in den oberitalienischen Alpentälern. Anders verhält es sich mit den Hexenverfolgungen in Deutschland. Hier beginnen die Protestanten achtzig Jahre später dort, wo



die Katholiken in den 1480er-Jahren aufgehört haben, nämlich im deutschen Südwesten.

3. August 1562 – Ein großes Hagelunwetter vernichtet den Wein und das Getreide

Südwestdeutschland * Ein großes Hagelunwetter vernichtet - zu Beginn der Erntezeit - den Wein und das Getreide - und damit das tägliche Brot. Das Unwetter löst die erste große Hexenjagd der Neuzeit aus. Allein in der kleinen protestantischen Herrschaft Wiesensteig werden 63 Hexen verbrannt. Die Verfolgungen werden relativ spontan und gesetzlos durchgeführt.

1563 – Der Jesuiten Petrus Canisius predigt die Hexenverfolgungen

München * Petrus Canisius, der wortgewaltige jesuitische Ordensprovinzial für Oberdeutschland, schreibt: „Überall bestraft man die Hexen, welche merkwürdig sich mehren. Ihre Freveltaten sind entsetzlich. [...] Man sah früher in Deutschland niemals die Leute so sehr dem Teufel ergeben und verschrieben. [...] Sie schaffen viele durch ihre Teufelskünste aus der Welt und erregen Stürme und bringen furchtbares Unheil über Landleute und andere Christen. Nichts scheint gesichert zu sein gegen ihre entsetzlichen Künste und Kräfte“. Ohne jeden Zweifel an der Existenz der Hexenverbrechen oder Kritik an den angewandten ungesetzlichen Inquisitionsverfahren, das gegen alle strafprozessrechtlichen Bestimmungen der „Carolina“ verstößt, predigt er im Augsburger Dom über die in Wiesensteig und im schwäbischen Raum stattfindenden Hexenverfolgungen. Die juristischen und medizinischen Einwände interessieren den Jesuiten nicht. Für ihn steht die Theologie weit über der Jurisprudenz.

2. Februar 1582 – Der Kölner Kurfürst Gebhard von Waldburg-Trauchenburg heiratet

Bonn * Der Kölner Kurfürst Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg heiratet Agnes von Mansfeld in Bonn. Außerdem will er das Kölner Kurerzstift säkularisieren und den Protestantismus einführen. Der Papst fordert Waldburg-Trauchenburg auf, von seinen Plänen Abstand zu nehmen, denn sein Erfolg hätte die Balance zwischen den Konfessionen zu Lasten des Katholizismus stark verändert. Ganz Nordwestdeutschland droht protestantisch zu werden. Auch die katholische Mehrheit für die Kaiserwahl wackelt plötzlich gewaltig.

23. Mai 1583 – Das Kölner Domkapitel wählt Bischof Ernst zum Erzbischof von Köln



Köln * Das Kölner Domkapitel wählt den 28-jährigen bayerischen Herzog Ernst, der bereits Herr über die drei Bistümer Freising, Hildesheim und Lüttich ist, einstimmig zum neuen Kölner Erzbischof und Kurfürsten. Damit ist die katholische Mehrheit bei der Kaiserwahl wieder gesichert. Zum Dank wird Fürstbischof Ernst unmittelbar nach seiner Wahl vom Papst bestätigt, obwohl das Konzil von Trient eine derartige Ämterhäufung strikt untersagt hat. Für das bayerische Haus Wittelsbach bringt der Erfolg einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Mit dieser Wahl erhält er den ersten Kurhut für die bayerisch-wittelsbachischen Fürsten. Das Herzogtum Bayern erreicht mit Maximilian I. erst vierzig Jahre später diese Rangerhöhung. Außerdem sollen bayerische Prinzen in den nächsten 178 Jahren die Kölner Kurwürde erreichen und viele Bistümer in Nordwestdeutschland regieren. Mit der Wahl Ernsts zum Kurfürsten wird eine protestantische Mehrheit im Kurkolleg, das den Kaiser wählt, verhindert. Kurfürst Ernst kann allerdings nur geschützt von bayerischen Waffen in Köln einziehen.

23. Mai 1583 – Der erste deutsche Religionskrieg beginnt

Köln * Mit Unterstützung bayerischer und spanischer Truppen wird in harten Kämpfen während des sogenannten Kurkölnischen oder Truchsessischen Krieges Gebhard von Waldburg-Trauchenburg aus dem Erzstift Köln und später aus dem Herzogtum Westfalen vertrieben. Es ist der erste deutsche Religionskrieg, an dem Deutschland, Frankreich, Spanien, die Niederlande und der Papst beteiligt sind. Der Krieg dauert bis zum Jahr 1588.

1584 – Erbprinz Maximilian I. tritt der Münchner Marianischen Kongregation bei

München-Kreuzviertel * Der elfjährige Erbprinz Maximilian I. tritt der Münchner Marianischen Kongregation bei und wird zum Generalpräfekten aller Marien-Sodalitäten Deutschlands ernannt.

April 1608 – Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat

Regensburg * Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat zwischen Protestanten und Katholiken. Die katholischen Fürsten stellen einen Antrag auf Restitution aller Kirchengüter, die seit 1552 säkularisiert worden sind. Davon betroffen wären rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie 15 reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Die protestantischen Landesstände verlassen daraufhin den Reichstag. Das Restitutionsedikt wird erst 1629 beschlossen.



1629 – König Gustav II. Adolf lässt sich einen dreijährigen Krieg finanzieren

Schweden * König Gustav II. Adolf lässt sich von den schwedischen „Ständen“ finanzielle Mittel „für einen Krieg von drei Jahren in Deutschland“ gewähren. Der Schwedenkönig sieht seine Vormachtstellung im Ostseeraum durch die Ausdehnung der Habsburger Macht in den Norden gefährdet.

6. März 1629 – Kaiser Ferdinand II. erlässt das Restitutionsedikt

Wien * Kaiser Ferdinand II. erlässt - in Übereinstimmung mit den Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier und Baiern - das Restitutionsedikt, das jede „Entfremdung von katholischem Kirchengut nach dem Stichjahr 1552 für unrechtmäßig“ erklärt. Davon betroffen sind rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie zwölf reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Nur Meißen, Merseburg und Naumburg werden dem Kurfürsten von Sachsen aus politischen Rücksichten vorerst überlassen. Es erhebt sich nicht nur bei den protestantischen Reichsständen lauter Protest. Selbst der Papst äußert Bedenken.

6. Juli 1630 – Gustav II. Adolf landet mit 13.000 Mann an der Küste Pommerns

Pommern * Der schwedische König Gustav II. Adolf landet mit einem Heer von 13.000 Mann an der Küste Pommerns und greift in die kriegerischen Auseinandersetzungen des Dreißigjährigen Krieges ein. Ihm werden zwei siegreiche Schlachten genügen, um die kaiserlich-katholische Position in Norddeutschland zu zerschlagen und bis an die habsburgischen Erblande vorzudringen.

10. Mai 1631 – 26.800 kaiserliche Soldaten belagern Magdeburg

Magdeburg * Das Massaker von Magdeburg beginnt. Rund 26.800 kaiserliche Soldaten unter Führung des katholischen Oberbefehlshabers Tilly, belagern die Stadt Magdeburg, die eine der bedeutendsten Städte in Deutschlands ist und in der rund 35.000 Menschen leben.

Dezember 1631 – Albrecht von Wallenstein kehrt wieder auf die Schlachtfelder zurück



Deutschland * Albrecht von Wallenstein kehrt wieder auf die Schlachtfelder zurück.

10. September 1649 – Ferdinand Maria soll eine savoyische Prinzessin heiraten

München - Wien • In einem Brief informiert Kurfürst Maximilian I. den in Wien residierenden Kaiser Ferdinand III. über seine Absicht, seinen ältesten Sohn Ferdinand Maria mit einer Prinzessin von Savoyen zu verheiraten. Begründung: „Im Deutschland unserer Tage gibt es keine katholische Prinzessin mehr, die nicht nicht nur von ihrer Person, sondern auch von ihrem Haus her besser geeignet wäre, um das Ansehen [des Hauses Baiern] zu erhöhen.“

18. Februar 1700 – Mit der Kalenderumstellung ist die einheitliche Tageszählung erreicht

Deutschland * Auf den protestantischen Gebieten folgt auf den 18. Februar der 1. März 1700. Damit ist die einheitliche Tageszählung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation endgültig wieder erreicht. Bis zur Kalenderumstellung in den protestantischen Ländern werden alle Dokumente mit zwei Daten versehen.

9. März 1701 – Kurfürst Max Emanuel schließt mit Frankreich eine Allianz

Versailles * Frankreich und Baiern unterzeichnen einen Bündnisvertrag zur Sicherung der Neutralität Süddeutschlands. Baierns Kurfürst Max Emanuel sieht nach dem Tod seines Sohnes Joseph Ferdinand eine neue Chance, durch eine geschickte Bündnispolitik dem Hause Wittelsbach.

20. Mai 1704 – Der Marsch in Richtung Süddeutschland beginnt

Bedburg * John Churchill, Herzog von Marlborough, tritt von Bedburg - nahe Köln - den Marsch in Richtung Süddeutschland an.

1734 – Die älteste Maulbeerallee in Deutschland

Heidelberg - Schwetzingen * In der klimatisch besser begünstigten Pfalz gibt es seit dem Jahr 1734 eine Seidenbaugesellschaft, die innerhalb von nur vier Jahren 12.000 Maulbeerbäume



entlang der Straße zwischen Schwetzingen und Heidelberg anpflanzen lässt. Es dürfte damit die älteste Maulbeerallee in Deutschland sein. Da die Maulbeerbäume bei den Pfälzern nicht sonderlich beliebt sind, nennt man die Bäume im Volksmund „Zwing-uff“, also „aufgezwungene Bäume“.

28. April 1738 – Papst Clemens XII. verbietet die Freimaurer

Vatikan * Papst Clemens XII. ist ein hochbegabter Jurist und Finanzexperte, der - blind und Krank - die katholische Welt mit einem eisernen Willen vom Bett aus regiert. Er erlässt die Verdammungsbulle „In eminenti apostolatus specula“, die den Freimaurern aus ihrer Geheimniskrämerei einen Strick dreht. „Wenn sie nichts Böses täten, würden sie nicht so sehr das Licht hassen“, argumentiert der greise Papst. Die Zugehörigkeit zur Freimaurerei wird bei Strafe der Exkommunikation verfolgt. Während man in Spanien, Portugal und Polen Logenbrüder foltert und hinrichtet, bekleiden in Frankreich viele Priester hohe freimaurerische Ämter. In Deutschland gehören Domherren, Äbte und Kardinäle den Logen an, darunter der Kölner Kurfürst und Fürsterzbischof Clemens August.

1769 – Der erste Blitzableiter in Deutschland

Hamburg * Der erste Blitzableiter in Deutschland wird auf der Hamburger Sankt-Jacobi-Kirche installiert.

1783 – Lorenz Westenrieder lobt das Hofkrankenhaus am heutigen Kolumbusplatz

Au * Lorenz Westenrieder lobt das Hofkrankenhaus am heutigen Kolumbusplatz in seinen Beschreibungen des kf. Gerichts Au in den schillerndsten Farben: „Es hat für epidemische Krankheiten eine vortreffliche Lage an einem reinen Isarkanal, genießt der gesündesten Luft, und hat eine musterhafte Einrichtung. Anfangs waren fünf Krankenzimmer, jedes mit sieben Betten vorhanden, wozu aber durch die Sorgfalt des itzigen Pflegers im Jahre 1782 von großmüthigen Gutthätern noch zwey schöne Zimmer mit 14 Betten errichtet wurden, welche zuverlässig unter die reinlichsten, und niedlichsten Krankenzimmer in ganz Deutschland zu rechnen sind“.

1790 – Kurfürst Carl Theodor führt den Illuminateneid ein



München * Kurfürst Carl Theodor führt den sogenannten Illuminateneid ein. Jeder Beamte und Geistliche muss versichern, dass er keiner geheimen Gesellschaft angehört. Zusätzlich gibt es Inquisitorische Untersuchungsverfahren gegen verdächtige Personen und Gruppen. Es herrscht „eine gewisse finstere Stimmung in Baiern, jener ähnlich, welche zu den Zeiten der Hexenprozesse durch ganz Deutschland geherrscht hatte. Der geringste Verdacht, die unbedeutendste Veranlassung reichte hin, um für einen Illuminaten gehalten zu werden“.

Januar 1796 – Die französische Armee dringt bis nach Österreich vor

Paris * Die französische Republik stellt drei Armeen auf. Diese dringen unter Napoleon Bonaparte über Norditalien, unter Baptiste Jourdan durch Franken und unter Jean-Victor Moreau durch Süddeutschland bis nach Österreich vor, um dort den Frieden zu erzwingen.

Oktober 1796 – Montgelas: „Baiern ist das irdische Paradies Deutschlands“

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas schreibt: „Der sicherste Beweis dafür, dass Baiern das irdische Paradies Deutschlands ist, liegt in der Tatsache, dass diese Provinz [...] bisher imstande gewesen ist, eine Regierung zu ertragen, die allgemein als die schlechteste aller schlechten Regierungen Europas anerkannt ist“.

Oktober 1798 – Errichtung einer süddeutschen Republik mithilfe französischer Bajonette

München * Eine auf 29 Seiten gedruckte anonyme Schrift taucht auf. Ihr Titel: „Über Süddeutschland. Von einem süddeutschen Bürger im Oktober 1798 dem französischen Gouvernement zur Beherzigung vorgelegt“. Der Verfasser versichert darin: „es Bedarf nur der französischen Bajonette, und in der Zeit von vier Wochen sind sie ins Herz von Baiern vorgedrungen und in München als dem Hauptplatz und wo alles am meisten reif und bereitsteht. Dann entwickelt sich alles von selbst“. Frankreich soll Pate sein für ein neues staatliches System in Baiern.

1. März 1799 – Der Zweite Koalitionskrieg beginnt

Frankreich - Deutschland * Französische Truppen überschreiten den Rhein. Der Zweite Koalitionskrieg beginnt.



1. Mai 1800 – General Jean-Victor Moreau überschreitet den Rhein

Frankreich - Deutschland * General Jean-Victor Moreau überschreitet mit einer Armee von 100.000 Mann den Rhein und marschiert in Richtung Osten.

10. August 1800 – Weitere Flugschriften werden bairnweit verteilt

München * Eine Flugschrift mit dem Titel „Wahrer Überblick der Geschichte der bayerischen Nation, oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend“ wirft Kurfürst Max IV. Joseph vor, „durch seinen Menschenverkauf, durch seine Verschwendung, durch die immerwährende Ausbeutung und gänzliche Entvölkerung des Landes, durch die volle Verwirrung, die er stiftete, alle Achtung, alles Zutrauen verloren“ zu haben. Gleichzeitig formuliert die Schrift ein in die Zukunft gerichtetes politisches Programm einer Republik in Süddeutschland: „Baiern, vereint mit Schwaben, wird das österreichische Joch abschütteln [...] und [...] vereinigt mit einem Teile Frankens [...] sich eine auf Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung geben“. Zur Umsetzung dieses Zieles erhofft sich die „Flugschrift“ die Unterstützung der „Republik Frankreich“. Diese Flugschriften finden nicht nur in der Stadt ihre Leser. Da sie auf der Schranne meist heimlich in die Säcke gesteckt wird, verbreitet sich der revolutionäre Inhalt auch auf dem Land. Durch die bloße Anwesenheit der Franzosen wagen sich die Zensurbehörden nicht, entschlossen gegen die Flugschriften vorzugehen.

20. Oktober 1805 – Die Kapitulation von Ulm

Ulm * Mit der Kapitulation von Ulm muss die eingeschlossene österreichische Deutschlandarmee kapitulieren. Baiern ist damit befreit. Napoleon Bonaparte hat damit den ersten wichtigen Sieg des Dritten Koalitionskrieges errungen. Auch Baiern hat eine wichtige Schlacht geschlagen. Denn als Kaiser Franz II. vom bayerisch-französischen Bündnis erfahren hat, lässt er sich zu der Äußerung hinreißen: „Ich werde Baiern nicht nehmen, ich werde es verschlingen.“

November 1812 – Das Vorstadttheater am Isartor ist Königs Liebling

München-Angerviertel * Das neue „Königliche Vorstadttheater am Isartor“ spielt mit noch größerem Erfolg als zuvor, und wird dadurch zum Schoßkind des Königpaars, die es als das „lustigste, eigentümlichste Theater der Welt“ bezeichnet. Es zählt zu den ersten Theaterbauten Deutschlands, die losgelöst von höfischer Kultur für ein breites bürgerliches Publikum errichtet



wurden. Die Schauspieler der Weinmüller-Truppe dürfen sogar im Cuvilliés-Theater aushelfen.

16. Oktober 1813 – Die Völkerschlacht bei Leipzig beginnt

Leipzig * Die Völkerschlacht bei Leipzig beginnt als Entscheidungsschlacht der Befreiungskriege gegen Napoleon. Sie dauert bis zum 19. Oktober 1813. Dabei kämpfen die Truppen der Verbündeten Österreich, Preußen, Russland, Schweden und Bayern gegen die französischen Truppen. Die Verbündeten bringen Napoleon Bonaparte die entscheidende Niederlage bei, die ihn zwingt, sich mit der verbliebenen Restarmee und ohne Verbündete aus Deutschland zurückzuziehen. In dieser wahrscheinlich größten Schlacht der Weltgeschichte werden von den rund 600.000 beteiligten Soldaten 92.000 getötet oder verwundet.

30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden. Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

26. März 1820 – König Max I. Joseph soll ein Denkmal bekommen

München-Graggenau * Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München beschließt, König Max I. Joseph ein Denkmal zu setzen. Anlass ist der bevorstehende zweite



Jahrestag der Bayerischen Verfassung. Der König soll als „Vater des Vaterlandes“ und als „Friedensfürst“ dargestellt werden. Zur Aufbringung der Kosten richtet man eine Subskription ein, eine für die damalige Zeit durchaus übliche Vorgehensweise. An vielen Orten in Deutschland und ganz Europa konstituieren sich im 19. Jahrhundert solche Kommissionen, deren Bestreben es ist, für eine zu ehrende Person - häufig sind es allerdings bürgerliche Größen der Geistes- und Kulturgeschichte - ein Denkmal zu errichten. Sie fungieren als unermüdliche Geldbeschaffer, Ausarbeiter eines Programms und Auftraggeber für einen Künstler.

1824 – Franz Kester macht die Lederfabrik zu einer der modernsten in Deutschland

Untergiesing * Ignaz Mayer stirbt. Die Untergiesinger Lederfabrik geht in den Besitz seines Schwagers Arnold von Eichthal über. Die Leitung der Großgerberei erhält damals Franz Kester, der die Lederfabrik zu einer der modernsten ihrer Art in ganz Deutschland und zur größten auf dem europäischen Festland machen wird.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung

Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich



festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.

März 1836 – Die Cholera grassiert erstmals in Süddeutschland

Süddeutschland * Die Cholera grassiert erstmals in Süddeutschland. Das Bürgertum fühlt sich zunehmend von den armen Bevölkerungsschichten bedroht, weshalb das Bayerische Staatsministerium des Innern eine Verordnung erlässt. In dieser wird die Notwendigkeit der Unterstützung der Armen angesichts der herrschenden Epidemie eingefordert, da sie „zum Schutze der Gesamtheit nicht minder als zum Schutze der Dürftigen selbst“ notwendig sei, „da die in den Hütten sich steigernde Krankheit auch auf alle übrigen Klassen und den Gesundheits-Zustand ganzer Orte nicht ohne Rückwirkung bleibt“.

Mai 1836 – König Otto von Griechenland begibt sich auf Brautschau

Athen - München * König Otto von Griechenland begibt sich auf Brautschau nach Deutschland.

1837 – Das unzweckmäßige Postgebäude soll verkauft werden

München-Graggenau * Noch vor der offiziellen Eröffnung gibt es Verkaufsüberlegungen für das unzweckmäßige Postgebäude. Der Bayerische Gesandte in Hannover meldet, dass ein dortiger Hotelier, der zuvor Schiffskapitän war, die umstrittene Immobilie zu einem in Deutschland einzigartigen Gasthof der ersten Größe umgestalten will. Die Verhandlungen scheitern aber letztlich am hohen Kaufpreis und an der Forderung, dass ohne königliche Genehmigung nichts an der Fassade geändert werden darf.



1845 – Friedrich Engels: „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“

England * Friedrich Engels veröffentlicht sein Werk „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“, das ihn auch in Deutschland populär macht. Darin schreibt er: „Die Teilung der Arbeit, die Benutzung der Wasser- und besonders der Dampfkraft und der Mechanismus der Maschinerie - das sind die drei großen Hebel, mit denen die Industrie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts daran arbeitete, die Welt aus ihren Fugen zu heben. [...] Denn wie die neue Industrie erst dadurch bedeutend wurde, dass sie die Werkzeuge in Maschinen, die Werkstätten in Fabriken - und dadurch die arbeitende Mittelklasse in arbeitendes Proletariat, die bisherigen Großhändler in Fabrikanten verwandelte; wie also schon hier die kleine Mittelklasse verdrängt und die Bevölkerung auf den Gegensatz von Arbeitern und Kapitalisten reduziert wurde, so geschah dasselbe, außer auf dem Gebiet der Industrie im engeren Sinne, in den Handwerken und selbst im Handel. [...] Die wichtigste Frucht aber dieser industriellen Umwälzung ist das englische Proletariat.“

1845 – Friedrich Bürklein wird nach München versetzt

München * Friedrich Bürklein wird zur Generalverwaltung der kgl. Eisenbahnen nach München versetzt und studiert - im Regierungsauftrag - Eisenbahnhochbauten in Deutschland, Österreich, Belgien, Holland, Frankreich und England. Daher kommt es, dass viele bayerische Staatsbahnhöfe nach Bürkleins Plänen errichtet werden.

1. Mai 1845 – Erste Pfarrkirchen-Maiandacht Deutschlands in der Ludwigskirche

München-Maxvorstadt * In der Ludwigskirche wird die erste Maiandacht auf deutschem Boden in einer Pfarrkirche gehalten. Bereits im Mai 1841 wurde die Maiandacht in der Hauskapelle der Frauen zum guten Hirten im damals noch nicht zu München gehörenden Haidhausen eingeführt.

Im Mai 1843 fand die erste Maiandacht auf Münchner Boden in der Herzogspitalkirche statt. Beide Gotteshäuser waren aber keine Pfarrkirchen.

1. März 1848 – Das Ziel heißt: Überwindung der Restaurationspolitik

Deutschland * Innerhalb weniger Wochen greifen die revolutionären Vorgänge auch auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über. Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution ist die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress geprägt hat. Einer



der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration ist der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration wurde auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 von den meisten europäischen Staaten beschlossen. Sie sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des Ancien Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutet die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoleonische Neuordnung Europas, die mit dem Code civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden. Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Vor allem die studentischen Burschenschaften sind zu dieser Zeit die Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. In manchen Ländern des Deutschen Bundes lenken die Fürsten rasch ein. Dort kommt es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die den Forderungen der Revolutionäre nachkommen, durch Einrichtung von Schwurgerichten, der Abschaffung der Pressezensur, und der Bauernbefreiung. Oft bleibt es jedoch bei bloßen Versprechungen.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.



21. März 1848 – König Friedrich Wilhelm IV. für die Einheit und Freiheit Deutschlands

Berlin * König Friedrich Wilhelm IV. reitet mit einer schwarz-rot-goldenen Schärpe durch die Stadt und verkündet seinen Willen für die Einheit und Freiheit Deutschlands. Insgeheim aber schreibt er seinem Bruder, dem Prinzen Wilhelm: „Die Reichsfarben musste ich gestern freiwillig aufstecken, um Alles zu retten. Ist der Wurf gelungen [...], so lege ich sie wieder ab!“ König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen ist von Anfang an entschlossen, bei veränderten Kräfteverhältnissen der Revolution mit einer Gegenrevolution zu begegnen.

April 1848 – König Max II. gibt den Auftrag zum Druck der Briefmarke

München * Die Anweisung zum Druck einer bayerischen Briefmarke kann Ludwig I. nicht mehr geben, da er zugunsten seines Sohnes Max II. abdanken muss. Der neue Regent handelt dann unverzüglich. Wieder einmal sind in Deutschland die Bayern vorne. Nach dem Bau der ersten Eisenbahn und der Erfindung der ersten deutschen Kurzschrift, des Schreibtelegraphen, der Fotografie und der elektrischen Uhr schauen insbesondere die Preußen abermals neidisch nach München.

18. September 1848 – Es kommt es zum sogenannten September-Aufstand

Frankfurt am Main * In Deutschland kommt es zum sogenannten September-Aufstand. Dieser beginnt, nachdem sich eine Demonstration in Frankfurt zu einem Barrikadenkampf zwischen revolutionären Arbeitern, Bauern und Handwerkern einerseits und dem preußischen und österreichischen Militär auf der anderen Seite, auswächst. Der Aufstand wird sehr schnell unterdrückt, da die Handwerker, Tagelöhner und Gesellen spontan und planlos vorgehen. Sie haben zwar an rund vierzig Stellen in der Stadt Barrikaden errichtet, aber versäumt, wichtige militärische Zufahrtswege zu sperren und aus den Dörfern Unterstützung zu holen. Gegen Mitternacht ist der Aufstand niedergeschlagen. Bei den Kämpfen fallen dreißig Aufständische und zwölf Soldaten. Doch mit diesem September-Aufstand sind die revolutionären Veränderungen von Staat und Gesellschaft gescheitert. Den Demokraten geht es nur mehr um die Wahrung der Märzerrungenschaften.

27. Dezember 1848 – Grundrechte des deutschen Volkes verabschiedet

Frankfurt am Main * Die Nationalversammlung in Frankfurt am Main verabschiedet die



Grundrechte des deutschen Volkes, die am 28. März 1849 in die Paulskirchen-Verfassung münden wird. Erbkaiser soll der König von Preußen werden. Anstatt eines Großdeutschland sollte es nur ein Kleindeutschland geben, da Österreich nicht bereit ist, seine nichtdeutschen Gebiete aufzugeben.

20. Januar 1849 – Ein politisches Haberfeldtreiben gegen einen fortschrittlichen Lehrer

Holzolling * In der Nacht vom 20. zum 21. Januar 1849 wird auf einer Wiese außerhalb von Holzolling ein Haberfeldtreiben abgehalten. Die Treiben finden nun schon seit einiger Zeit aus Sicherheitsgründen außerhalb der dörflichen Siedlungen statt. Getrieben wird von 50 bis 60 Haberern. Es gilt mehreren Einwohnern des Dorfes, in der Hauptsache aber dem Lehrer Franz Xaver Bacherl. Der Grund für das Haberfeldtreiben ist bei Franz Xaver Bacherl nicht in einer Leichtfertigkeit zu finden, sondern ist politischer Natur und zeigt damit eine völlig neue Tendenz weg vom Sittlichkeitstreiben. Der Lehrer Franz Xaver Bacherl begeisterte sich für ein großes, geeinigtes Deutschland, hatte einen Arbeiterverein, angelehnt an den Münchner Märzverein gegründet, organisierte Versammlungen und hielt politische Reden. Als der Holzollinger Kooperator Haid gegen den Arbeiterverein von der Kanzel predigte, schrieb Bacherl über ihn einen Artikel in der revolutionsfreundlichen, radikal-demokratischen Zeitung „Gradaus mein deutsches Volk! * Volksblatt für uneingeschränkte Freiheit“. Daraus ergibt sich einerseits, dass das Haberfeldtreiben gegen Franz Xaver Bacherl von einem geistlichen Herrn forciert worden war, und dass andererseits die Haberer wenig sorgfältig über ihr Opfer recherchierten und wie hilflos sie im Grunde den neuen sozialen und politischen Entwicklungen gegenüber standen. Die Haberer werfen dem Lehrer vor: seinen schändlichen Artikel im „Gradaus“ und unterstellen ihm, er hätte einen „Lumpenverein“ gegründet, den Opferstock ausgeraubt und die Vorhänge aus dem Beichtstuhl gestohlen, um sich daraus einen Frack schneiden zu lassen.

9. Mai 1849 – Richard Wagner wird in Deutschland steckbrieflich gesucht

Dresden * Richard Wagner wird wegen seiner Beteiligung am Dresdner Mai-Aufstand in Deutschland steckbrieflich gesucht. Er ist beim Aufstand in Dresden als Schriftführer der Revolutionsregierung und als Beschaffer von [Semper'scher] Barrikadenarchitektur aufgefallen. Der Aufstand wird jedoch niedergeschlagen. Zuvor sprach Richard Wagner in einem anonymen Artikel von der „Zerstörung der bestehenden Ordnung der Dinge“ durch die „erhabene Göttin Revolution“. Unterstützt von Franz Liszt flieht er über Weimar nach Zürich, wo er als Komponist und Musikschriftsteller arbeitet.



November 1850 – Ein neuer Baustil soll erfunden werden

München * Um zu einem neuen Baustil zu gelangen, veranlasst König Max II. eine öffentliche Ausschreibung für das Athenäum-Projekt. Die Kgl. Akademie der Bildenden Künste, verschickt dazu eine „Einladung zu einer Preisbewerbung die Anfertigung eines Bauplanes zu einer höheren Bildungs- und Unterrichtsanstalt betreffend“ an insgesamt einhundert Architekten in Deutschland, deren Beteiligung man gerne gesehen hätte. Zudem wird die Konkurrenz in Tageszeitungen und Fachzeitschriften angekündigt. Das Wettbewerbsprogramm und die nachgereichten Erläuternden Bemerkungen stellen die Bewerber jedoch vor eine komplexe Aufgabe. So soll durch die Verschmelzung der Elemente und Eigentümlichkeiten der Stilgattungen aller Epochen - unter Berücksichtigung der altdeutschen gotischen Baukunst ein bis dahin noch nicht dagewesener Baustil im Sinne eines bayerischen Nationalstils geschaffen werden. Der Wunsch nach Verwendung des „Formenprinzips der altdeutschen, sogenannten gotischen Architektur“ lassen aber den Architekturwettbewerb letztlich scheitern.

15. November 1850 – Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet

München-Kreuzviertel * Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet. August von Voit übernimmt den Vorsitz und erklärt in seiner Rede, dass es zur Verpflichtung des Vereins gehört, die „deutsche Kunst wieder vollständig frei zu machen von Nachahmung“, worunter er die „schädliche Orientierung an der Kunstindustrie Frankreichs“ versteht. Statt dessen wollen die Vereinsmitglieder „auf die reichen, schönen, lebendigen, entwicklungsfähigen Formen des romanischen und germanischen Styles in Deutschland“ zurückgreifen, um so „am größten und schwierigsten Bau der Gegenwart, an der Einheit des Vaterlandes“ mitzuwirken.

Dezember 1850 – Ein Architekturwettbewerb für einen bayerischen Nationalstil

München-Haidhausen * Ein Architekturwettbewerb zur Ausarbeitung eines Bauplans für eine höhere Bildungs- und Unterrichtsanstalt wird in Tageszeitungen und Fachzeitschriften ausgeschrieben. Teil der Aufgabe ist auch ein Raumprogramm für eine „geräumige, zur Aufnahme von mindestens 80 größeren und kleineren Gemälden bestimmte Halle“. Darüber hinaus wird der Ausschreibungstext mit der Bitte um Teilnahme an rund einhundert Architekten in Deutschland, Frankreich, England, der Schweiz und Dänemark versandt, deren Mitwirkung besonders erwünscht ist. Man will einen „bis dahin noch nicht dagewesenen Baustil“ im Sinne eines bayerischen Nationalstils schaffen. Die Initiative zu diesem Wettbewerb geht auf den Direktor der Akademie der Bildenden Künste, Wilhelm von Kaulbach, zurück.



1853 – Pepita de Olivia löst einen wahren „Pepita-Rummel“ aus

Deutschland * Die junge spanische Tänzerin Pepita de Olivia löst nach einigen Gastauftritten in Deutschland einen wahren „Pepita-Rummel“ aus.

5. Dezember 1858 – Das Marionettentheater wird eröffnet

München-Isarvorstadt * Das Münchner Marionettentheater wird als erste feste Bühne für Marionetten in Deutschland eröffnet.  ;

1859 – Bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bauen an der Ostbahn

Geiselhöring - Passau - Regensburg * Ab dem Verkehrsknotenpunkt Geiselhöring wird auf zwei Strecken die Ostbahn weitergebaut. Die eine Strecke führte nach Passau, die andere nach Regensburg, Amberg und Nürnberg. Mit einem Aufgebot von bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeitern wird das 453 Kilometer umfassende Grundnetz der Bayerischen Ostbahnen fertiggestellt werden. Paul Camille von Denis schafft das in einer fünfeinhalbjährigen Bauzeit. Der Direktor der Ostbahngesellschaft unterschreitet damit nicht nur die zeitliche Vorgabe der staatlichen Eisenbahn-Commission, die dafür eine Bauzeit von sieben Jahren vorgesehen hatte, sondern auch die Baukosten gegenüber dem Voranschlag von 46,5 Millionen Gulden um 12,8 Millionen Gulden. Das sind nahezu dreißig Prozent. Damit ist Paul Camille von Denis, dem „Altmeister des Eisenbahnbaus“, die allgemeine Anerkennung sicher. In Zeitungsartikeln halten sich die Zeitgenossen mit ihrer Bewunderung für diese Leistung nicht zurück: „Der Erfahrungssatz, der leider bei uns in Deutschland viel zu wenig bekannt oder anerkannt scheint - ‚Zeit ist Geld‘ -, spricht sich in allen Anordnungen der Ostbahn-Direction aus.“

15. Juli 1860 – Richard Wagner wird nur noch in Sachsen verfolgt

Deutschland ohne Sachsen * Richard Wagner erreicht seine Teil-Amnestierung für Deutschland - mit Ausnahme von Sachsen.

1861 – Exotische Tiere von König Max II. abgelehnt



München * Graf Emil von Bentheim bietet dem Bayernkönig Max II. eine Sammlung an, die er unter anderem auf Java und Borneo zusammengetragen hat. Zur Sammlung gehören neben Kartenmaterial, Mineralien, getrockneten Pflanzen und ausgestopften auch lebende Tiere, nämlich ein Orang-Utan, ein Affe, zwei Sumpfhirsche und eine Boa. Nach der erfolgten Ablehnung schreibt der Graf, „dass dieselben in Deutschland nirgends fruchtbarer für die Wissenschaft werden könnten, als in der Hauptstadt eines Königreiches, dessen erhabener Herrscher im Ruhm eines hochherzigen Protektors der Wissenschaften glänzt“. Zu dieser Zeit ist in München das wissenschaftliche Interesse der Zoologie eben mehr auf tote als auf lebende Tiere ausgerichtet.

1862 – Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird gegründet

München * Die Königlich-Ethnographische Sammlung wird gegründet. Sie zählt zu den ältesten Sammlungen ihrer Art in Deutschland. Mit dem Forschungsreisenden Moritz Wagner übernimmt ihr erster Konservator die wissenschaftliche Leitung.

1862 – Gründung der ersten deutschen Mädchen-Handelsschule

München-Graggenau * Anton Riemerschmid gründet auf eigene Kosten - gemeinsam mit Matthias Reischle - die „Riemerschmid-Reischle'sche Handelslehranstalt für Frauenzimmer“. Die Schule eröffnet im Wohn- und Geschäftshaus Riemerschmids an der Ecke Kanalstraße (heute Stollbergstraße) und Hildegardstraße und bietet erstmals in Deutschland eine kaufmännische Ausbildung für Mädchen an. Matthias Reischle übernimmt die Leitung der Schule und ist zugleich Prokurist der Firma Anton Riemerschmid. Ziel der Einrichtung ist es, insbesondere Töchtern weniger begüterter Familien neue berufliche Perspektiven zu eröffnen.

24. September 1862 – Otto von Bismarck wird Preußischer Ministerpräsident

Berlin * Der Preußische Gesandte in Paris, Otto von Bismarck, wird zum Preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Bismarck ist als hochkonservativ und als „personifizierte Konterrevolution“ gefürchtet. Er verspricht König Wilhelm I. die Stabilisierung der königlichen Macht und die Niederwerfung der liberalen Parlamentsherrschaft. Ihm geht es aber um mehr. Bismarck versteht seine Ministerpräsidentschaft nur als Mittel zur Erreichung eines höheren Zieles. Er will die Oberherrschaft [= Hegemonie] Preußens in Deutschland - auf Kosten Österreichs.



1864 – Papst Pius IX. erlässt eine Enzyklika aller zeitgenössischen Irrlehren

Rom-Vatikan * Papst Pius IX. erlässt - wieder ohne Konzil - die Enzyklika Quanta Cura, den sogenannten „Syllabus“, der eine Aufstellung von achtzig zeitgemäßen Irrlehren enthält. Dazu gehören nicht nur der Pantheismus, Naturalismus und Rationalismus, sondern vor allem der Sozialismus, Kommunismus sowie irrige Anschauungen über die Natur der Ehe und das Verhältnis von Staat und Kirche. Verurteilt wird auch der ungezügelter Fortschrittsglaube und der Liberalismus, der die Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die „Kurie“ sieht ihren Feind in der modernen Welt. Deshalb ist sie gegen die Glaubensfreiheit, Gewissens-, Kult-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Demokratie. Im Gegensatz dazu verlangt der Papst im „Syllabus“ die Oberhoheit der Kirche über die staatliche Gewalt. Auf Kritik an der römisch-katholischen Kirche und auf Individualismus antwortet sie mit dem Anspruch, dass nur sie selbst auf Erden die Sache Gottes „ausschließlich, alleinig und entscheidend“ vertreten könne. Wer zu dieser Kirche nicht gehören will, der muss sie eben verlassen. Besonders in Deutschland entbrennt daraufhin eine Auseinandersetzung, in deren Folge es zum sogenannten Kulturkampf kommt.

11. Juli 1864 – Einer der ersten Konsum-Organisationen Deutschlands

München * Die I. Ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins von 1864 findet statt. Er ist einer der ersten Konsum-Organisationen Deutschlands. Der Mitgliedsbeitrag wird auf 4 Gulden festgesetzt. Das erste Lager eröffnen die Gründungsmitglieder am Frauenplatz.

23. Juni 1866 – Mit dem Einmarsch der Preußen in Böhmen beginnt der Deutsche Krieg

Berlin - Prag * Mit dem Einmarsch der Preußen in das habsburgische Königreich Böhmen beginnt der Deutsche Krieg. Preußen hat bereits vor Kriegsbeginn den Bundesvertrag des Deutschen Bundes für nichtig erklärt und schert aus der anno 1815 in Wien beschlossenen Friedensordnung aus. Preußen führt also keinen Krieg gegen Österreich, sondern gegen ganz Deutschland. Die auf österreichischer Seite stehenden süddeutschen Bundestruppen tragen deshalb auch schwarz-rot-goldene Armbinden, als sie gegen die in Schwarz-Weiß antretenden Preußen kämpfen.

23. August 1866 – Mit dem Frieden von Prag ist Österreich aus Deutschland hinausgedrängt



Prag - Wien - Berlin - München * Mit dem Frieden von Prag drängt Preußen Österreich aus Deutschland. Außerdem annektiert Preußen die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Geblieben ist ein Bundesstaat mit 15 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie, der politisch, wirtschaftlich und militärisch im Norddeutschen Bund von Preußen dominiert wird. Eine sonderbare staatsrechtliche Konstruktion, die keinen langen Bestand haben wird. Der Norddeutsche Bund erhält ein eigenes Parlament. Seine Verfassung nimmt bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reiches vorweg.

1. Januar 1870 – Enormer Anstieg des Bierkonsums in den deutschsprachigen Länder

Deutschland - Österreich - Schweiz * In den deutschsprachigen Ländern verzeichnet man einen enormen Anstieg des Bierkonsums, sodass sich der Pro-Kopf-Verbrauch bis zum Ersten Weltkrieg verdreifacht.

1. August 1870 – Die Eisenbahn zum Transport der Truppen und der Geschütze

Deutschland - Frankreich * Die Deutschen können den etwa 265.000 französischen Soldaten etwa 500.000 Mann gegenüberstellen. Zielstrebig setzen die Deutschen die Eisenbahn zum Transport der Truppen und der Geschütze ein.

16. Januar 1871 – Alles eine Frage der richtigen Anrede

Versailles * Die Frage der richtigen Anrede des künftigen Kaisers sollte noch zu viel Ärger führen. Im „Kaiserbrief“ von König Ludwig II. benannte dieser den höchsten Repräsentanten mit „deutscher Kaiser“. Doch der Preußenkönig Wilhelm I. wollte den Titel „Kaiser von Deutschland“ und damit weitreichende Machtbefugnisse. Der Titel „deutscher Kaiser“ strahlt für ihn keine Macht aus. Abfällig äußert er sich dazu: „Was soll mir der Charaktermajor?“ Gemeint damit ist zu dieser Zeit ein unbesoldeter Ehrentitel, mit dem man meist beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst geehrt wird. Dieser hat zwar alle äußerlichen Anzeichen einer Beförderung wie Uniform, Titel etc., jedoch keinerlei wirklichen Befugnisse. Also, ein Titel ohne jeden Wert. Dennoch hat der Norddeutsche Bund zuvor den Titel „deutscher Kaiser“ beschlossen.



17. Januar 1871 – Der angehende Kaiser flippt aus

Versailles • Dass der Norddeutsche Bund den Titel „deutscher Kaiser“ beschlossen hat, verärgerte den Preußenkönig Wilhelm I. derart, dass er noch bei den Schlussberatungen einen Tag vor der Proklamierung erklärt, „er wolle Kaiser von Deutschland oder gar nicht Kaiser sein“. Weder Bismarck noch Wilhelms Sohn können ihn überzeugen. Im Gegenteil: „Im höchsten Zorn sprang der König schließlich auf, brach die Verhandlungen ab und erklärte, von der morgen angesetzten Feier nichts mehr hören zu wollen.“

18. Januar 1871 – Die Frage der richtigen Anrede geht weiter

Versailles • Da sich auch am frühen Tag der Proklamation noch nicht abzeichnete, wie die unwillige Hauptperson, König Wilhelm I. reagieren würde, nimmt Bismarck mit dem ranghöchsten anwesenden Fürsten, der den Kaiser proklamieren soll, Kontakt auf. Es ist dies Friedrich I., der Großherzog von Baden. Auf die Frage, wie er gedenke, Wilhelm auszurufen, schockiert dieser Bismarck mit den Worten: „Kaiser von Deutschland, auf Befehl Seiner Majestät.“ Bismarck bittet den Großherzog inständig, Wilhelm I. von der Unmöglichkeit dieser Titulatur zu überzeugen, da dies die süddeutschen Monarchen kaum akzeptieren würden. Außerdem lautet der verfassungsmäßige Titel seit dem 1. Januar bereits „Deutscher Kaiser“.

10. Mai 1871 – Die Gründerzeit bringt eine große wirtschaftliche Euphorie

Deutsches Reich * Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreich herrscht in Deutschland eine große wirtschaftliche Euphorie. Diese Phase wird als „Gründerzeit“ bezeichnet. Der sogenannte „Gründerboom“ dauert von 1871 bis 1873. Deutschland hat nach dem Sieg im Deutsch-Französischer Krieg von Frankreich 5 Milliarden Francs Reparationszahlungen erhalten. Viele Menschen investieren in Aktien. Hunderte neue Banken, Eisenbahngesellschaften und Industrieunternehmen werden gegründet. Die Aktienkurse steigen oft weit stärker als die tatsächlichen Unternehmensgewinne.

10. Mai 1871 – Die Provinzen Elsaß und Lothringen fallen an Deutschland

Berlin * Der Frankfurter Friedensschluss kostet Frankreich im Wesentlichen die Provinzen Elsaß und Lothringen sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Gold-Franc. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 war ein Krieg der modernen Technik und der



Massenheere, der zu den Schrecken des ungebändigsten totalen Kriegs des 20. Jahrhunderts führen wird. Bismarcks wichtigstes Kriegsziel, die „dauerhafte Beseitigung der Kriegsgefahr an der deutschen Westgrenze“, ist schon beim Friedensschluss bedroht, weshalb zwei grausame Weltkriege mit Millionen Toten folgen werden. Eine betont kriegerische und verherrlichende Geschichtsschreibung verstellt auf beiden Seiten den Blick auf das Kriegselend. „Das erste Preußengrab für Deutschlands Einheit - Der Schwur auf die Fahne führte sie alle zum Heldentod fürs Vaterland - Gott verleihe den Helden droben die Siegespalmen - für Deutschlands Ehre weihet jedes deutsche Frauenherz Gatten, Sohn und Bruder gern dem Heldentod“. Diese Worte werden in ein Denkmal auf dem Gaisberg, nahe Weißenburg, geschlagen.

28. Mai 1871 – Die „Blutige Woche“ endet

Paris * Die „Blutige Woche“, in deren Verlauf grausame Rache an den aufständischen Frauen und Männern aus Paris geübt wird, endet auf dem Friedhof von Père-Lachaise. Rund 30.000 Tote, mindestens 50.000 Verschwundene, fast 40.000 Verhaftete sind die Opfer. Die Mehrzahl der 13.000 Verurteilten werden nach Neukaledonien deportiert. So etwas, darüber sind sich die konservativen Politiker und Militärs - in Hinblick auf die deutsche Sozialdemokratie - einig, darf in Deutschland nie passieren. Die in Paris gemachten Erfahrungen münden später in das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen“, kurz gesagt, das „Sozialistengesetz“ vom 21. Oktober 1878.

1872 – Richard Wagners Musik wird konsumierbar gemacht

München * Das neu erwachte „Deutschland-über-alles-Selbstwertgefühl“ nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 sowie die Reichsgründung haben in München schon zu Wagners Lebzeiten Vereine gründen lassen, die dieses Gefühl pflegen und hochhalten. Und damit stehen Richard Wagners Kompositionen im Mittelpunkt des öffentlichen Musikinteresses. Seine Musik wird konsumierbar gemacht; von der Spieldose bis zum mechanischen Klavier. Neben Volksliedern, patriotischen Hymnen und Gassenhauern spielen Kirmes-Orgeln auch Wagner-Potpourris. Und selbst in den regelmäßig stattfindenden Bierkonzerten erfreut sich ein „mehrere tausend Köpfe starkes Publikum“ an den von vierzig bis fünfzig Mann starken Militärkapellen vorgetragenen Werken von Richard Wagner. Das „Vorspiel zu Parsifal“ oder Szenen aus „Rheingold“ beziehungsweise der „Walküre“ werden dargebracht und von den zechenden Besuchern mitgesungen. Richard Wagner ist einfach zum Popstar geworden.



9. Mai 1873 – Der Gründerkrach führt zur Wirtschaftskrise

Wien - Deutsches Reich * Der „Gründerboom“ ist schlagartig beendet. Die Wiener Börse bricht zusammen. Der Kurssturz greift rasch auf Deutschland und andere europäische Länder über und führt zu einer schweren Wirtschaftskrise. Die Folgen: Viele Banken gehen bankrott. Unternehmen müssen schließen. Aktien verlieren einen großen Teil ihres Wertes. Zahlreiche Anleger verlieren ihr Vermögen. Der Börsenkrach löst eine lang anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit aus. Der Börsenkrach ist aber nicht die Ursache der Krise, sondern der Moment, in dem allen klar geworden ist, dass die Erwartungen nicht mehr der Realität entsprechen. Die eigentlichen Probleme haben sich über Jahre aufgebaut. Das waren: überhöhte Aktienkurse, zu viele Unternehmensgründungen, unrealistische Gewinnerwartungen. Es ist wie ein Ballon, der immer weiter aufgeblasen wird. Lange passiert scheinbar nichts. Doch irgendwann reicht ein kleiner Stich - und der Ballon platzt sofort. Die Luft war schon vorher zu viel geworden.

22. Oktober 1873 – In Wien das Dreikaiserabkommen geschlossen

Paris - Berlin - Wien - Petersburg * Zur Isolierung Frankreichs wird in Wien das Dreikaiserabkommen zwischen Deutschland, Österreich und Russland abgeschlossen.

1874 – Die Arbeiten an der Baron Schack'schen Galerie sind abgeschlossen

München-Maxvorstadt * Die Arbeiten an der Baron Schack'schen Galerie sind abgeschlossen. Die Münchner Stadtchronik schildert die nahe Vollendung des Gebäudes so: „Er verspricht eine der bemerkenswertesten Zierden Neu-Münchens zu werden. Die Fassade dieses Baues ist im Spätrenaissance-Styl gehalten, die ursprünglich einen zwar überaus reichen und eigentümlichen, aber etwas unruhigen Eindruck machte, hat in letzter Zeit an Einheit und Harmonie wesentlich gewonnen.“ Und tatsächlich ist es Lorenz Gedon gelungen, mit dem Gebäudekomplex den ersten privaten Neo-Renaissance-Bau in München zu erstellen. Weil er damit einen Stil schafft, den es in München bisher so nicht gibt, kommen Besucher aus ganz Deutschland und aus Wien, um sich zu informieren, den Bau zu bewundern oder einen Auftrag in Gedons Stil zu vergeben. Lorenz Gedons Werk wird - trotz der zum Teil erheblichen Kritik besonders aus den Reihen der Architekten - die Fassadengestaltung vieler nachfolgender Bauten nachhaltig beeinflussen.

5. Januar 1876 – Konrad Adenauer wird in Köln geboren



Köln * Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Köln geboren.

Oktober 1877 – Siemens & Halske verbessert das Bell'sche Telefon

Berlin * Das von Graham Bell entwickelte ein elektromagnetisches Telefon kommt nach Deutschland und - da es hier nicht patentrechtlich geschützt war - von Firmen wie Siemens & Halske nachgebaut wird. Werner von Siemens erkennt frühzeitig die Bedeutung des Telefons und verbessert die Bell'schen Apparate erneut. Damit beginnt der Siegeszug des Telefons.

1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

1879 – Friedrich Fabri stellt die Frage nach deutschen Kolonien

Deutsches Reich * Friedrich Fabri, ein aus Franken stammender Missionsleiter, Expansionspublizist, Kolonial- und Sozialpolitiker, veröffentlicht eine aufsehenerregende Broschüre, in der er die Frage stellte: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Fabri gilt gemeinhin als Vater der deutschen Kolonialbewegung. Er sieht in der Überbevölkerung, der Überproduktion und dem Kapitalüberschuss die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen des Kaiserreichs. Friedrich Fabris Krisentherapie besteht aus einer Exportoffensive an Waren, Kapital und Menschen. Durch eine „gelenkte Auswanderung“ und gegebenenfalls auch der Deportation der Kräfte aus der sich emanzipierenden sozialistischen Arbeiterschaft, die an ihren systemverändernden Absichten festhielten, könnte auch die Soziale Frage nach Übersee exportiert werden. Friedrich Fabri stilisierte damit die Frage nach deutschen Kolonien zu einer deutschen Überlebensfrage hoch.



1879 – Kraftsport-Pioniere gründen den ersten Athletenclub Deutschlands

München-Isarvorstadt * Johann Greiner gilt als außergewöhnlicher Kraftathlet. Er kann ein 60-Liter-Bierfass über den Kopf stemmen und zieht damit regelmäßig die stärksten Männer Münchens an. Jeden Dienstag treffen sie sich bei ihm, um gemeinsam Gewichte zu stemmen und ihre Kräfte zu messen. 1879 gründen sie im „Gasthaus zum Rheingold“ den ersten Athletenclub Deutschlands. Zu den regelmäßigen Teilnehmern gehört auch der Steyrer Hans, bekannt als der „Bayerische Herkules“. Der Kraftsportler ist zugleich Wiesnwirt und Wirt des „Metzger Bräu“ im Tal.

1881 – In Lichterfelde fährt eine elektrische Straßenbahn

Lichterfelde * Eine weitere technische Neuerung zeichnet sich am Horizont ab: die Elektrizität. In Lichterfelde bei Berlin fährt nun eine elektrische Straßenbahn. Doch während in Deutschland die staatliche Obrigkeit die Verbreitung der Elektrischen wegen der unästhetischen Oberleitungen vielfach blockiert, entwickeln amerikanische Ingenieure die elektrische Straßenbahn zur Serienreife.

20. Mai 1882 – Italien schließt sich Deutschland und Österreich-Ungarn an

Wien * In Wien schließt sich Italien dem „Zweibund“ Deutschland und Österreich-Ungarn an. Damit entsteht der „Dreibund“.

1883 – Das Cuvilliés-Theater wird als erste Bühne Deutschlands elektrifiziert

München-Graggenau * König Ludwig II. lässt das Cuvilliés-Theater als erste Bühne Deutschlands elektrifizieren.

9. Juni 1883 – Die erste Dampftrambahn Süddeutschlands fährt nach Nymphenburg

München-Maxvorstadt - Nymphenburg * Die erste Dampftrambahn Süddeutschlands fährt vom Stiglmaierplatz nach Nymphenburg. Die mit schwefelfreiem Koks beheizte Lok rast mit acht Stundenkilometern bis zur Notburgastraße und endete vor Hoch's Sommerkeller. Der Fuhrpark umfasste sieben Lokomotiven. An Sonn- und Feiertagen fährt die Dampftramway alle 15



Minuten.

20. Februar 1886 – Der zweite Münchner Konsumverein wird gegründet

München-Sendling * Den zweiten Münchner Konsumverein, den „roten“, gründen „elf biedere Metallarbeiter“ im Sendlinger Maibräu. Der Sendlinger Verein macht den Auern bald harte Konkurrenz und mausert sich bis zum Ersten Weltkrieg zur größten Konsumentenorganisation Süddeutschlands.

9. September 1886 – Der Verband zum internationalen Schutz des Urheberrechtstags in Bern

Bern * Der Verband zum internationalen Schutz des Urheberrechts tagt in Bern. Die souveränen Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Haiti, Italien, Schweiz, Spanien und Tunis erklären in der Berner Übereinkunft, die Rechte des Autors am eigenen Werk in den teilnehmenden Staaten schützen und vertreten zu wollen.

7. August 1888 – Patent für die Drehtür

USA * Der niederländisch-amerikanische Erfinder Theophilus Van Kannel das US-Patent für seine neuartige Drehtür. Die Erfindung löst ein alltägliches Problem: Während herkömmliche Flügeltüren Zugluft, Regen und Staub ins Gebäude lassen, ermöglicht die Drehtür einen kontinuierlichen Personenverkehr, ohne dass das Gebäudeinnere den Witterungseinflüssen ausgesetzt ist. Van Kannels Konstruktion erweist sich als ebenso praktisch wie wirtschaftlich. Sie verhindert das unkontrollierte Aufschlagen der Türen bei Wind, reduziert Wärmeverluste und eignet sich besonders für stark frequentierte Eingänge von Hotels, Kaufhäusern, Banken und später auch Bürohochhäusern. Damit trägt sie wesentlich zur Entwicklung moderner öffentlicher Gebäude bei. Obwohl bereits 1881 in Deutschland ein ähnliches Türsystem patentiert worden ist, ist es Van Kannel, der die Drehtür zur Marktreife bringt und weltweit verbreitet. Seine Erfindung gehört bis heute zu den wichtigsten Innovationen im Bereich der Gebäudetechnik und ist aus dem Stadtbild moderner Metropolen nicht mehr wegzudenken. Die Legende besagt, dass Van Kannel die Drehtür nur deshalb erfunden hat, weil er es hasst, anderen Menschen – insbesondere Damen – die Tür aufzuhalten. Für diese oft zitierte Anekdote gibt es jedoch keine belastbaren historischen Belege.



1889 – Die Schallplatte erreicht Deutschland

Deutsches Reich * Erste Vorführungen des neuen Grammophons und der Schallplatte finden in Deutschland statt. Das Interesse an der neuen Technik wächst rasch, und der Erfinder des Tonträgers, Emil Berliner, beginnt, die Vermarktung in seiner alten Heimat vorzubereiten.

1891 – Deutschland will seinen Kolonialbesitz ausweiten

Berlin * Neben der Deutschen Kolonialgesellschaft zählt bald auch der im Jahr 1891 gegründete, extrem nationalistische Alldeutsche Verband, dessen Programm stark von rassistischem und antisemitischem Gedankengut geprägt ist. Nun versucht Deutschland durch den Erwerb weiterer Handelsvertretungen seinen Kolonialbesitz auszuweiten. Im Vordergrund stehen jetzt aber Fragen des nationalen Prestiges und der Selbstbehauptung in einer sozialdarwinistisch verstandenen Konkurrenz der Großmächte. Denn Deutschland als kolonialpolitischer Nachzügler muss den ihm zustehenden Anteil jetzt einfordern.

1891 – Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet das Brockenhaus

Bethel - Berlin * Der evangelische Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet in Bethel und Berlin ein sogenanntes Brockenhaus. Mit dieser neuen Form einer Sozialeinrichtung will Bodelschwingh durch die Abholung und Verarbeitung schadhafter oder im Haushalt nicht mehr verwendeter Gegenstände arbeitslosen und erwerbsbeschränkten Personen Beschäftigung verschaffen und gleichzeitig Hilfsbedürftigen billige Gebrauchsgegenstände vermitteln. Die Idee setzt sich rasch durch und schon bald darauf arbeiteten die Brockenhäuser in allen größeren Städten Deutschlands.

1891 – Der Erfolg der Brockensammlung

Bielefeld-Bethel * Die Resonanz auf den Aufruf von Friedrich von Bodelschwingh zur Gründung einer Brockensammlung ist so groß, dass der zunächst vorgesehene Lagerschuppen schon bald nicht mehr ausreicht. Ein eigenes Gebäude wird errichtet, in dem die abgegebenen Spenden repariert und weiterverkauft werden. Die Idee findet schnell Anklang - schon wenig später entstehen Brockenhäuser in allen größeren Städten Deutschlands.

12. Juli 1893 – In Bayern finden Landtagswahlen statt



Königreich Bayern * Bei der Neuwahl zum Bayerischen Landtag können zwei neue Parteien in die Abgeordnetenversammlung einziehen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD erhält fünf Mandate, der Bayerische Bauernbund - BBB stellt sogar neun Abgeordnete. Das Zentrum, das aus der Patriotischen Partei hervorgegangen ist, verfügt nur noch über 74 Mandate. Aufgrund der unterschiedlichen Bestimmungen in Reich, Land und Stadt sind bei der Landtagswahl 56.100, hingegen bei der Reichstagswahl 106.800, und bei der Kommunalwahl aber nur 19.292 Münchner wahlberechtigt.

31. Oktober 1894 – Gründung der Isarwerke GmbH

München * Der Münchner Bauunternehmer Jakob Heilmann, Wilhelm von Finck, Mitinhaber des Bankhauses Merck, Finck & Co. und die Darmstädter Bank für Handel und Industrie gründen mit einem Stammkapital von 2 Millionen Goldmark die Isarwerke GmbH. Sie übernimmt den Betrieb des Drehstrom-Kraftwerks Zentrale I, das spätere Wasserkraftwerk Höllriegelskreuth, nachdem die Stadt München kein Interesse an diesem Projekt gezeigt hat. Die Isarwerke GmbH sind somit das erste regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Deutschland.

26. Juni 1895 – Samoaner*innen treten in Völkerschauen auf

Deutsches Reich * Noch bevor Samoa Teil des deutschen Kolonialbesitzes geworden ist, reisen Inselbewohner der „Perle der Südsee“ nach Deutschland, um in Völkerschauen aufzutreten. Die Reise der Truppe dauert bis Dezember 1897, dabei besuchen sie in Deutschland unter anderem Berlin, Köln, aber auch Wien. Insgesamt besuchen die Samoaner-Gruppen Deutschland drei Mal.

4. Februar 1897 – Ludwig Erhard wird in Fürth geboren

Fürth * Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, wird in Fürth geboren.

6. Dezember 1898 – Gründung der Deutschen Grammophon Gesellschaft

Hannover * Die Deutsche Grammophon Gesellschaft wird von Emil Berliner und seinem Bruder Joseph gegründet. Es ist das erste Schallplattenunternehmen Deutschlands und zugleich das



älteste Plattenlabel der Welt. Emil Berliner ist an der Gründung maßgeblich beteiligt. Noch im selben Monat beginnt in Hannover die erste kommerzielle Schallplattenproduktion auf deutschem Boden. Das Unternehmen ist damit das älteste bestehende Plattenlabel der Welt. Die Deutsche Grammophon entwickelt sich in den folgenden Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten Klassiklabels der Welt.

1900 – Bau des Münchner Schauspielhauses

München-Graggenau * Für das Theaterunternehmen „Münchner Schauspielhaus“ entsteht zwischen 1900 und 1901 ein eigener Theaterbau im rückwärtigen Gartenbereich der Anwesen Maximilianstraße 26 und 28, die zum sogenannten Riemerschmid-Block gehören. Initiator und Bauherr ist Dr. phil. Carl Riemerschmid, Enkel des Unternehmers Anton Riemerschmid. Der theaterbegeisterte Mäzen finanziert den Bau auf eigene Kosten und stellt ihn dem Theaterunternehmen langfristig zur Verfügung. Mit Planung und Ausführung wird das Münchner Architekturbüro Heilmann & Littmann beauftragt. Max Littmann entwirft einen modernen Theaterbau, der mit der fortschrittlichsten Bühnentechnik seiner Zeit ausgestattet wird. Die künstlerische Gestaltung übernimmt Richard Riemerschmid. Mit seiner konsequenten Jugendstil-Ausstattung schafft er eines der bedeutendsten Theaterinterieurs seiner Zeit. Das Theater entsteht im rund 6.800 Quadratmeter großen Innenhof des Gebäudekomplexes. Die Freiflächen dienen im Sommer als Gartenfoyer. Der Zuschauerraum umfasst 511 Parkettplätze, 152 Plätze im Rang sowie 64 Logensitze. Die auf insgesamt 727 Plätze begrenzte Kapazität schafft eine intime Atmosphäre und stärkt die Nähe zwischen Bühne und Publikum. Das neue Schauspielhaus verbindet moderne Theaterarchitektur mit künstlerischem Reformanspruch und entwickelt sich rasch zu einer der führenden Schauspielbühnen Deutschlands.

27. Juli 1900 – Kaiser Wilhelm II. hält seine berühmt-berüchtigte Hunnenrede

Bremerhaven * Kaiser Wilhelm II. hält in Bremerhaven seine berühmt-berüchtigte „Hunnenrede“. Anlässlich der Verabschiedung des deutschen Ostasiatischen Expeditionskorps zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China spricht der Kaiser die Worte: „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!“ „Wie vor tausend Jahren die Hunnen [...] sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“



1. November 1900 – Der Ostfriedhof wird eingeweiht

München-Obergiesing * Der Ostfriedhof wird eingeweiht. Die Baukosten betragen 1.052.510 Mark und sind für damalige Verhältnisse sehr hoch. Die Gräberanlagen werden nach Bedarf angelegt und deren Ausführung erst im Jahr 1912 abgeschlossen. Der 28,43 Hektar große Friedhof wird dann Platz für 34.300 Gräber bieten. Zum ersten Mal in Deutschland werden die Grabdenkmäler und die Grabbepflanzung einem strengen Reglement unterworfen, das gleichzeitig mit der Eröffnung des Friedhofs in Kraft tritt. Der Architekt will dadurch die Gräber einer Sektion in einem Typus halten und die Gleichheit der Menschen vor dem Tod auf dem Friedhof nicht durch prunkvollen und teuren Grabschmuck durchbrechen. Seine Vorbilder sind die Friedhöfe von Glaubensgemeinschaften älterer Zeit und noch intakte Dorffriedhöfe in Oberbayern und Tirol. Ein Zugeständnis an die bürgerliche Oberschicht Münchens schafft der Architekt Hans Grässel allerdings mit den Gruftarkaden in den Umfassungsmauern als traditionelle Grabplätze für das reiche Bürgertum. Interessenten wird allerdings zur Verpflichtung gemacht, „den Grabplatz, sei es durch Aufführung einer Kapelle, sei es durch eine sonstige offene, den ästhetischen Anforderungen entsprechende Überdachung, abzudecken“, um eine einheitliche architektonische Wirkung zu erzielen. Die Pläne mussten zur Baugenehmigung vorgelegt werden.

1901 – Innenausstattung des Schauspielhauses im Jugendstil

München-Graggenau * Richard Riemerschmid gestaltet den Innenraum des Schauspielhauses im Riemerschmid-Block als geschlossenes Gesamtkunstwerk. Organische Formen, sorgfältig abgestimmte Farben und hochwertige Materialien prägen das Erscheinungsbild. Rot- und Grüntöne dominieren den Zuschauerraum, ergänzt durch Messingdetails und florale Ornamente. Besonders bemerkenswert ist die Deckengestaltung: Statt eines Kronleuchters sorgen zahlreiche Lichtquellen für eine gleichmäßige Beleuchtung und erzeugen den Eindruck eines Sternenhimmels. Die organische Formsprache zieht sich durch alle Bereiche des Hauses und macht das Schauspielhaus zu einem herausragenden Beispiel des Münchner Jugendstils. Mit der Verbindung von moderner Theaterarchitektur, innovativer Bühnentechnik und künstlerischem Reformanspruch entwickelt sich das neue Schauspielhaus rasch zu einer der führenden Schauspielbühnen Deutschlands.

20. April 1901 – Das neue Schauspielhaus wird eröffnet

München-Graggenau * Das neue Schauspielhaus in der Maximilianstraße wird mit Hermann



Sudermanns Tragödie „Johannes“ eröffnet. Unter der Leitung von Ignaz Georg Stollberg und Cajetan Schmederer entwickelt sich die Bühne rasch zu einem der bedeutendsten Theater Deutschlands. Das Haus widmet sich insbesondere dem modernen Drama und präsentiert Werke zeitgenössischer Autorinnen und Autoren. Stücke von Henrik Ibsen, August Strindberg, Gerhart Hauptmann, Arthur Schnitzler und Frank Wedekind prägen den Spielplan. Mit seinem anspruchsvollen Repertoire etabliert sich das Schauspielhaus als wichtiges Zentrum des Naturalismus und der modernen Dramatik und setzt maßgebliche Impulse für das Münchner Theaterleben. Das Haus genießt bald einen hervorragenden Ruf weit über München hinaus.

6. April 1904 – Kurt Georg Kiesinger wird in Ebingen in Württemberg geboren

Ebingen * Kurt Georg Kiesinger, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird in Ebingen in Württemberg geboren.

12. Oktober 1904 – Der „Krokodilwirt“ Georg Lang stirbt

München * Georg Lang stirbt nach schwerer Krankheit im Alter von nur 38 Jahren. Bereits während des Oktoberfests kann er seine Festhalle nicht mehr persönlich leiten. Sein früher Tod beendet die außergewöhnliche Laufbahn eines Gastwirts, der sich innerhalb weniger Jahre vom Nürnberger Lokalbetreiber zu einem der bekanntesten Groß- und Festgastronomen Deutschlands entwickelt. Seine Ehefrau Wilhelmine, genannt Mina, führt die Festhalle auf der Theresienwiese zunächst weiter. Auch „Georg Langs Original Oberlander“ treten dort weiterhin auf. Damit bleiben sein Name und das von ihm entwickelte Unterhaltungskonzept über seinen Tod hinaus mit dem Oktoberfest verbunden. Wie lange Wilhelmine „Mina“ Lang den Betrieb persönlich leitet, ist nicht eindeutig überliefert. Noch 1913 ist auf dem Oktoberfest eine „Langbude“ verzeichnet.

1905 – Die legendären Automobilrennen des Hubert von Herkomer

Deutschland - Österreich * Hubert von Herkomer betreibt in den Jahren 1905 bis 1907 legendäre Automobilrennen, die „Herkomerkonkurrenz“, die durch Deutschland und Österreich führt.

25. Februar 1905 – Der „Verein Zoologischer Garten“ wird gegründet

München-Graggenau * Im Ratskeller wird der „Verein Zoologischer Garten“ von einflussreichen



Honoratioren gegründet. Dringendste Aufgabe des Clubs ist es, „die erforderlichen Mittel zu beschaffen und dann an die praktische Durchführung des Projektes heranzutreten“. Da der zoologische Garten in sehr fortschrittlichen Überlegungen als gemeinnütziges Unternehmen betrachtet wird, bei dem es in erster Linie nicht um die Gewinnmaximierung gehen soll, wird - im Gegensatz zu anderen Städten in Deutschland - auf die Gründung einer Aktiengesellschaft verzichtet.

15. März 1905 – Das Deutsche Reich will Marokkos Wirtschaftsinteressen verteidigen

Berlin * Reichskanzler Bernhard von Bülow gibt im Reichstag bekannt, dass das Deutsche Reich Schritte zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen in Marokko unternimmt. Dabei hatte Deutschland bis dahin niemals Einwände gegen die von Frankreich ausgeübte Kontrolle des Militärs, der Polizei, der Verwaltung, der Banken und des Handels in Marokko erhoben.

31. März 1905 – Kaiser Wilhelm II. besucht die marokkanische Hafenstadt Tanger

Tanger * Während seiner traditionellen Mittelmeerreise besucht Kaiser Wilhelm II. die marokkanische Hafenstadt Tanger. In seiner Rede betont der deutsche Kaiser die „Unabhängigkeit des Scherifenreichs“ Marokko und bietet hierfür den „Schutz Deutschlands“ an. Er beabsichtigt mit seiner Ansprache, Frankreich und Großbritannien über die „Marokkofrage“ zu spalten und fordert eine internationale Konferenz zur Regelung der „Souveränität Marokkos“. Es kommt zur sogenannten „Marokko-Krise“, die, weil das deutsche Verhalten für Frankreich eine scharfe Provokation darstellt, sofort zu einem Krieg führen könnte. Angesichts dieser drohenden Gefahr gehen die Großmächte auf die Forderung Deutschlands ein und rufen eine internationale Konferenz über die weitere Zukunft Marokkos zusammen.

1906 – Eine große Gründungswelle an Kinematographentheatern

München * In Deutschland setzt eine große Gründungswelle an Kinematographentheatern ein.

1906 – Reichskanzler Bernhard von Bülow fordert „einen Platz an der Sonne“.

Berlin * Der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow fordert „einen Platz an der Sonne“. In



Afrika hatte Deutschland seit den 1880er-Jahren mit Deutsch-Ostafrika, Togo, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika Gebiete an der Ost- und Westküste besetzen können. Deutschland wirft konkret ein Auge auf den belgischen und französischen Kongo.

7. April 1906 – Die Internationale Konferenz im spanischen Algeciras endet

Algeciras * Die Internationale Konferenz im spanischen Algeciras endet. Auf der Konferenz wird zwar die Souveränität Marokkos formell anerkannt. Doch die Polizei in den marokkanischen Häfen und das Bankwesen darf Frankreich gemeinsam mit Spanien verwalten. Deutschland erhält keinen Zugriff auf diese Kontrollen Marokkos. Damit hat Frankreich sein Hauptziel erreicht, während das Deutsche Reich aufgrund seines aggressiven Vorgehens immer mehr an Ansehen verliert und zusehends in die außenpolitische Isolierung treibt. Auch für die sich bildende marokkanische Unabhängigkeitsbewegung stellte das Konferenzergebnis eine Niederlage dar.

2. August 1906 – Der Reichstag lehnt weiteres Geld für die Kolonialkriege ab

Berlin * Durch den anhaltenden und mit hohen Kosten verbundenen Kolonialkrieg zuerst gegen die Herero und jetzt gegen die Nama ist die deutsche Regierung gezwungen, im Deutschen Reichstag einen Nachtragshaushalt in Höhe von 29 Millionen Reichsmark zu beantragen. Vor allem die SPD verweigert angesichts der „rücksichtslosen Kriegsführung“ mit zahlreichen Opfern ihre Zustimmung. Auch der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger kritisiert die Ausgaben scharf und argumentiert gegen die Kolonialkriege, weshalb auch die Zentrumsfraktion - zum Teil gegen ihren Willen - den Nachtragshaushalt ablehnt. Vertreter beider Parteien wollen der in Deutschland vorherrschenden patriotischen Kolonialbegeisterung eine realistischere Sicht auf die Lage in den Kolonien entgegensetzen, um den in Deutsch-Südwestafrika tobenden Krieg zu beenden.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38



Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen. Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

1909 – Die Zentrale der städtischen Abfallentsorgung in der Sachsenstraße

Untergiesing * Die Zentrale der städtischen Abfallentsorgung wird in der Sachsenstraße eröffnet. Gleichzeitig werden die Reparaturwerkstätten der städtischen Hausunratabfuhranstalt von der Landsberger Straße hierher verlegt. Es gibt bereits 650 Harritschwägen. Der damalige Jahresbericht erzählt von 19.631 Pferdeschichten und 33.336 Mannschichten die geleistet wurden, um 117.577 Tonnen Unrat bei den 550.000 Münchnern einzusammeln. Rund 69.000 Fuhren werden per Bahn zur Hausmüllverwertungsanlage nach Puchheim verfrachtet. Der Giesinger Wagenschmiedmeister Fischer darf nur die ersten 36 Harritschwägen liefern. Alle weiteren bauen die Schmiede und Wagner der städtischen Unratabfuhr selbst in ihren Werkstätten. Die Wagen bleiben Eigentum der Stadt und werden an private Abfuhrunternehmer für die Mülleinsammlung ausgeliehen. Diese haben eigene Stallungen und beschäftigen die Harritschkutscher. Um 6 Uhr in der Frühe müssen die Müllmänner ihre Pferde striegeln und anschirren. Dann rücken die Gespanne unter Hufgeklapper aus. Dieses Müllsammelungs-, Verwertungs- und Beseitigungssystem ist in Deutschland einmalig und dient vielen Kommunen als Vorbild. Es funktioniert bis zum Zweiten Weltkrieg. Dann kommt die Abfallsortierung in der Puchheimer Verwertungsanlage aus Mangel an Ersatzteilen zum Erliegen. Damit hat München keine geordnete Müllbeseitigung mehr.

18. September 1909 – Kaiser Wilhelm II. eröffnet die Schack-Galerie

München-Lehel * Der Deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., eröffnet die



Schack-Galerie an der Prinzregentenstraße 9. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Als Kunstfreund und Mäcen ist der Kaiser bei uns erschienen, nachdem er erst als oberster Kriegsherr, umgeben vom Glanz seines militärischen Gefolges, die friedlichen Schlachtfelder im Frankenland verlassen“. Im Giebelfeld des neuen Kultur-Tempels, das von massigen Säulen getragen wird, befindet sich der preußische Adler und die Inschrift: „Kaiser Wilhelm II. der Stadt Muenchen zur Mehrung ihres Ruhmes und grossen Kuenstlern zum Gedaechnis“. In diesem Sinne ist auch die kaiserliche Eröffnungsrede gehalten, in der er die wohlgesetzten Worte spricht: „Ich weiß mich eins mit der vaterländischen Gesinnung des Münchner Bürgertums, auf welches ganz Deutschland, von der Meeresküste bis zu den bayerischen Bergen, ein Recht hat, stolz zu sein.“

1910 – Die Lustbarkeitssteuer wird in Deutschland eingeführt

Berlin * Die Lustbarkeitssteuer wird in Deutschland eingeführt.

10. Februar 1910 – Die dritte „Völkerschau aus Samoa“ geht auf Reisen

Samoa - Deutschland * Die dritte „Völkerschau aus Samoa“ nimmt ihren Anfang am 10. Februar 1910 und endet am 22. November 1911.

April 1911 – Frankreich geht in Marokko militärisch gegen aufständische Berber vor

Marokko * Frankreich geht in Marokko militärisch gegen Gruppen vor, die die Kooperation der Regierung des Scharifenreichs mit den europäischen Mächten bekämpfen. Deutschland sieht darin eine günstige Gelegenheit, seine Interessen in Afrika entscheidend weiterzuentwickeln. Wenn schon die Franzosen ihren Kampf gegen aufständische Berber aufgenommen haben, dann will die deutsche Regierung auf alle Fälle die deutschen Kolonialisten vor den Kämpfern schützen. Und wenn die sich schon nicht bedroht fühlten, dann musste eben das deutsche Auswärtige Amt in Marokko ansässige Firmen auffordern, ein Hilfeersuchen zu stellen, damit man eingreifen kann.

1. Juli 1911 – Das Kanonenboot Panther vor Agadir löst die Zweite Marokkokrise aus

Agadir * Das Kanonenboot Panther kreuzt in den Gewässern vor der marokkanischen Hafenstadt



Agadir auf. Frankreich und die anderen Großmächte sind total überrascht und natürlich nicht darauf vorbereitet. Frankreich fühlt sich erpresst. Und auch die englische Regierung erklärt, dass sie eine Schwächung ihres Bündnispartners zugunsten Deutschlands keines Falls akzeptieren wird. Damit wird die Zweite Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst. Es kommt zu zähen Verhandlungen, in denen Frankreich einen Zipfel Togos an Deutschland abtreten muss, den sogenannten „Entenschnabel“. Deutschland erklärt dafür im Gegenzug sein Desinteresse an der französischen Marokkopolitik. Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formulierte es so: „Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg.“

23. Dezember 1911 – Das Stadion an der Grünwalder Straße wird eröffnet

München-Giesing * Das Stadion an der Grünwalder Straße wird eröffnet. Es gehört damit zu den ältesten noch genutzten Fußballstadien Deutschlands.

12. Januar 1912 – Bei den Reichstagswahlen wird die SPD stärkste Fraktion

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl 1912 erreicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird mit 110 Abgeordneten [+ 67] zur stärksten Fraktion, das Zentrum wird mit 91 [- 14] Abgeordneten, aber lediglich 16,4 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Fraktion, die Nationalliberale Partei - NLP kommt auf 13,6 Prozent und 45 Abgeordnete [- 10], die Fortschrittliche Volkspartei - FVP erreicht mit 12,3 Prozent 42 Abgeordnete [-7]. Die Wahlbeteiligung liegt bei 85 Prozent. Die Benachteiligung der Sozialdemokraten kommt durch die seit dem Jahr 1871 unveränderte Wahlkreiseinteilung und anderen Verzerrungen durch das Mehrheitswahlrecht, zum Beispiel das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Es ist die letzte Wahl, bei der die Frauen nicht stimmberechtigt sind.

1913 – Deutschland führt vier Millionen Kilo Rohseide ein

Deutsches Reich * Deutschland führt im Jahr 1913 vier Millionen Kilo Rohseide im Wert von 158 Millionen Mark ein.



25. August 1913 – Prinzregent Ludwig lädt die Bundesfürsten in die Befreiungshalle

Kelheim * Die 22 deutschen Bundesfürsten treffen sich nach Einladung durch Prinzregent Ludwig [III.] bei der Befreiungshalle in Kelheim. Die Befreiungshalle war am 18. Oktober 1863, dem 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, der Öffentlichkeit übergeben worden und stellt ein Wahrzeichen des deutschen Patriotismus dar. Gefeierte wird die endgültige Vertreibung Napoleons aus Deutschland vor einhundert Jahren. Es ist eine glänzende patriotische Feier, die zum ersten - und zum letzten - Mal alle regierenden Fürsten Deutschlands zusammenführt. Es ist sozusagen das „Totenfest des deutschen Monarchismus“. Prinzregent Ludwig preist die Verdienste seiner Wittelsbacher Vorfahren um das deutsche Nationalbewusstsein und lobt das immer mehr erstarkte „Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Teile des Reichs in Freud und Leid“. Er warnt zugleich: „Wer gleichwohl im Auslande je mit der Uneinigkeit, der Eifersucht der Reichsglieder rechnet, wird diese Rechnung grausam enttäuscht sehen.“

18. Dezember 1913 – Willy Brandt wird als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren

Lübeck * Willy Brandt, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende, wird als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren.

26. Juli 1914 – Betrunkene und fanatisierte Patrioten demolieren das Café Fahrig

München-Kreuzviertel * Am 25. Juli, nur wenige Stunden nachdem Serbien das Ultimatum für Österreich-Ungarns nicht ausreichend devot umgesetzt hat, berauschen sich im Café Fahrig, in der Neuhauser Straße, die Gäste an der Aussicht, dass jetzt Krieg droht. Die Menschen - im Café Fahrig und sonst wo - lassen Bayerns König Ludwig III. und Deutschlands Kaiser Wilhelm II. hochleben. Die Kapelle spielt die „Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und viele andere patriotische Lieder. Es wird viel gelacht, gefeiert, gesungen und natürlich getrunken. Weil der Sohn des Gaststättenhabers Franz Fahrig einen Streit unter Gästen schlichten will, lässt er die Musik kurz unterbrechen. Doch plötzlich fliegen Stühle durchs Lokal. Die Polizei wird angefordert und räumt das Café gegen zwei Uhr früh. Die sozialdemokratische Münchener Post schreibt über die Vorgänge: „Durch ungeschicktes Benehmen des Kapellmeisters wurde die betrunkenen und fanatisierte Menge wild und demolierte das ganze Lokal“. Doch das ist noch nicht das Ende der Affäre. Wilde Gerüchte sind im Umlauf. Einer erzählt, eine serbische Kapelle hätte den Kaiser und das Reich geschmäht. Der andere hat Spione im Café Fahrig gesehen. Da ist es zu dem Schritt, der Café-Inhaber Franz Fahrig steht mit dem Feind im Bunde nicht mehr weit. Die



Volksseele kocht. Um kurz vor drei Uhr fliegt der erste Pflasterstein in eine der Fensterscheiben des Lokals. Am Morgen ist das Café Fahrig innen und außen verwüstet.

28. Juli 1914 – Suche nach überzeugenden Argumenten

Berlin - Wien * Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bemüht sich inzwischen halbherzig, die Wiener Regierung von ihrem harten Kurs abzubringen. Er ist zwar von der „Unvermeidbarkeit“ eines Großen Krieges überzeugt, will aber gegenüber der Öffentlichkeit den Nachweis führen, dass die Aggression von Russland ausgeht. Denn, so Bethmann Hollweg in einem Schreiben an die K.u.K.-Regierung, ein europäischer Krieg lässt sich ohne Zustimmung der Bevölkerung nicht führen, weshalb es „eine gebieterische Notwendigkeit [ist], dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts [...] unter allen Umständen Russland trifft“. Die Mahnung verhallt ungehört, weil gleichzeitig der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke seinem österreichischen Kollegen Conrad von Hötzendorf versichert, dass Deutschland selbstverständlich den österreichisch-ungarischen Kriegskurs unterstützen wird.

31. Juli 1914 – Deutschland fordert von Russland die Einstellung der Mobilmachung

Berlin - Petersburg - Paris * Die deutsche Regierung teilt Russland mit, dass sie ein Vorgehen gegen Österreich nicht unbeantwortet lassen würde und fordert von Russland ultimativ die Einstellung der Mobilmachung. Zudem verlangt Kaiser Wilhelm II. von Frankreich eine Neutralitätserklärung im Fall eines bewaffneten Konflikts.

31. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. verhängt den Zustand drohender Kriegsgefahr

Berlin * Kaiser Wilhelm II. bereitet sein Volk auf den kommenden gerechten Verteidigungskrieg gegen angreifende Feinde vor. „Infolge der andauernden und bedrohlichen Rüstungen Russlands“ verhängt er gemäß des Artikels 68 der deutschen Reichsverfassung den „Zustand drohender Kriegsgefahr“. Nachfolgend die Kernsätze seiner Rede, die mit der Überschrift „An mein Volk!“ in schriftlicher Form verbreitet wird: „Eine schwere Stunde ist heute über Deutschland hereingebrochen. Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand. Ich hoffe, dass, wenn es nicht in letzter Stunde meinen Bemühungen gelingt, die Gegner zum Einsehen zu bringen und den Frieden zu erhalten, wir das Schwert mit Gottes Hilfe so führen werden, dass wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken



können. Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volk erfordern. Den Gegnern aber würden wir zeigen, was es heißt, Deutschland anzugreifen. Und nun empfehle ich Euch Gott! Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer! Kaiser Wilhelm II.“

1. August 1914 – Der Post- und Telefonverkehr wird massiv eingeschränkt

Deutschland * Sämtlicher Post- und Telefonverkehr wird massiv eingeschränkt. Private Telefongespräche ins Ausland und in einige Grenzgebiete sind nicht mehr möglich. Briefe ins Ausland und in bestimmte Schutzgebiete dürfen - zur einfacheren Überprüfung - nur mehr unverschlossen versandt werden.

1. August 1914 – Kaiser Wilhelm II. erklärt Russland den Krieg

Berlin * Am Nachmittag versammelt sich vor dem Berliner Schloss eine große Menschenmenge. Spannung liegt in der Luft. Man wartet nicht mehr auf die Erhaltung des Friedens, sondern auf die Erklärung des Krieges. Gegen 17:30 Uhr ordnet Kaiser Wilhelm II. für das Deutsche Reich - mit Ausnahme von Bayern - die Mobilmachung an und erklärt gleichzeitig Russland den Krieg. Damit geht der Oberbefehl über die bayerischen Truppen auf das Kaiserreich über. Wilhelm II. erklärt: „Ich bin gezwungen, zur Abwehr eines durch nichts gerechtfertigten Angriffs das Schwert zu ziehen und mit aller Deutschland zu Gebote stehenden Macht den Kampf um den Bestand des Reiches und unserer nationalen Ehre zu führen“. Die Menge singt anschließend Nun danket alle Gott und Extrablätter verbreiten die Generalmobilmachung.

1. August 1914 – Italien erklärt sich für neutral

Rom * Italien erklärt sich für neutral, obwohl das Land am 20. Mai 1882 dem Dreibund mit Deutschland und Österreich-Ungarn beigetreten war. Natürlich erwarten die Mittelmächte, dass sich Italien jetzt auf die Seite der Bündnispartner stellt. Doch die italienische Regierung zögert, weil sie formal gesehen nicht gezwungen ist, in die kriegerischen Auseinandersetzung einzugreifen. Der Bündnisvertrag sieht lediglich eine militärische Unterstützung für Österreich vor, wenn es von außen angegriffen wird. Da aber Österreich-Ungarn Serbien angegriffen hat, ist das militärisch nicht gut vorbereitete Land vom Krieg nicht besonders begeistert. Der eigentliche Grund für die abwartende Haltung Italiens liegt jedoch in seinen Annexions-Ansprüchen. Das Land will nach einem siegreichen Krieg Gebietserweiterungen



zugeworfen bekommen. Weil das aber zu Lasten des Habsburger-Reiches gehen würde, weigert sich Österreich dagegen. Die Mächte der Entente treten den territorialen Expansionswünschen Italiens freilich von Anfang an aufgeschlossener gegenüber.

3. August 1914 – Deutschland erklärt Frankreich und Belgien den Krieg

Berlin - Paris - Brüssel * Deutschland erklärt Frankreich und Belgien den Krieg.

3. August 1914 – Deutschland bringt ein Weißbuch heraus

Berlin * Als erste kriegführende Macht bringt Deutschland ein Weißbuch heraus. Darin enthalten sind Aktenstücke, die beweisen sollen, dass sich Deutschland bis zuletzt um den Frieden bemüht hat und damit die Burgfriedenspolitik gegen kritische Fragen erhärten kann. Das Weißbuch wird vom Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem Reichstag vorgelegt. Auch die anderen, am Krieg beteiligten Nationen bringen ähnliche Dokumentsammlungen in ihren Landesfarben heraus. Doch alle derartigen Publikationen erhalten neben Flüchtigkeitsfehlern auch gezielte Fälschungen.

4. August 1914 – Großbritannien tritt in den Krieg ein

Berlin - London * Am Abend hält Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem britischen Botschafter vor, wie furchtbar es wäre, wenn es zwischen Deutschland und England - „wegen eines Fetzens Papier“ - zum Krieg kommen würde. Diese abschätzige Bezeichnung Bethmann Hollwegs für den „Vertrag über die belgische Neutralität“ wirft ein grelles Licht auf die deutsche Haltung und wird daher von der englischen Propaganda sofort in einem Plakat umgesetzt. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich leistet einen entscheidenden Beitrag, die öffentliche Meinung in Großbritannien für den Krieg gegen Deutschland zu mobilisieren. Großbritannien erklärt daraufhin konsequenterweise Deutschland den Krieg. Die Armeen der Mittelmächte haben eine Kriegsstärke von 3,5 Millionen Soldaten, davon 2,1 Millionen deutsche; die Entente verfügt dagegen über 5,7 Millionen Soldaten.

4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner



Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“.

6. August 1914 – Serbien erklärt Deutschland des Krieg

Belgrad - Berlin * Serbien gibt seine Kriegserklärung gegen Deutschland ab.

8. August 1914 – Erich Mühsam und der Krieg (II)

München * Erich Mühsam schreibt in sein Tagebuch: „Deutschlands Rüsterei, der unstillbare Ehrgeiz, die Militärhegemonie zu sein, hat das Unglück verschuldet“.

12. August 1914 – Montenegro erklärt Deutschland den Krieg

Celinje - Berlin * Montenegro erklärt Deutschland den Krieg.

19. August 1914 – Kronprinz Rupprecht erteilt den Befehl zum Angriff



Lothringen - Westfront * Da die Franzosen nur zögerlich voranschreiten, entscheidet sich Kronprinz Rupprecht zum aktiven Eingriff in das Geschehen und erteilt den Befehl zum Angriff für den nächsten Tag. Der Vorstoß ist allerdings in den Planungen des preußischen Generalstabschef Helmuth von Moltkes nicht vorgesehen. Mag sein, dass Kronprinz Rupprecht so reagiert, weil er die negative Stimmung seiner Truppen erkannte, die sich bei den noch kriegsbegeisterten bayerischen Soldaten durch die auferlegte Defensive ausbreitete. Mehr werden jedoch Eifersüchteleien und Rivalitäten eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Denn Rupprecht, der Kronprinz von Bayern, und sein Generalstabschef Konrad Krafft von Dellmensingen wollen nicht diejenigen sein, die mit ihren Truppen immer weiter nach Deutschland zurückweichen, während der Kronprinz von Preußen mit seinen Einheiten nach Frankreich voran stürmt.

23. August 1914 – Kronprinz Rupprecht wird zunächst als bedeutender Feldherr gefeiert

München - Berlin * Gleich unmittelbar nach der Schlacht wird der bayerische Kronprinz Rupprecht als „bedeutender Feldherr“ gefeiert. Der „Sieger von Lothringen“ wird sowohl von seinem Vater, König Ludwig III., mit dem er in militärischen Fragen nur selten im Einklang steht, als auch von Kaiser Wilhelm II. mit den höchsten Auszeichnungen dekoriert. In zahlreichen Darstellungen auf Postkarten wird Rupprecht regelrecht zum Kriegshelden hochstilisiert. Doch nur wenige Wochen später, nachdem die Kampfhandlungen eine ungünstige Wendung genommen haben, spricht man in den Kreisen führender Militärs laut und deutlich hörbar Kritik an Rupprechts Vorgehen in Lothringen aus. Es heißt, sein persönliches Prestigebedürfnis habe ihn zur Offensive entgegen dem Schlieffen-Plan angetrieben. Dieses Verhalten wird Deutschland nun sehr teuer zu stehen kommen.

23. August 1914 – Kriegserklärung Japans an Deutschland

Tokyo - Berlin * Kriegserklärung Japans an Deutschland. Japan tritt als Verbündeter der Entente in den Krieg ein.

24. August 1914 – Die Enttäuschung über Japan ist groß

München - Berlin * Zwischen dem 15. und 18. August reisten die Japaner angeblich nach Berlin. Mit großer Enttäuschung nimmt man in München von der Abreise, den japanischen Anschluss an die Entente und die Kriegserklärung an Deutschland zur Kenntnis. „Die Herren hatten feine



Witterung oder waren von zu Hause aus gut unterrichtet und ließen bei ihrem schnellen, stillen Abschied nur Vorsicht walten. Japan, das wir stolz als unseren gelehrigen, eifrigen Schüler bezeichneten, das wir bereitwilligste in viele Dinge Einblicke tun ließen, von dem wir, weil es ehemals der Gegner Russlands war, Hilfe oder doch Unterstützung erhofften, steht im Bunde mit England, also auf der Seite unserer Feinde. O deutscher Michel!“

27. August 1914 – Brandschatzung der Löwener Bibliothek

Leuven * Die in der Stadt Löwen verbliebenen etwa 10.000 Einwohner werden aus den rauchenden Ruinen vertrieben. 1.500 von ihnen transportiert man in Viehwagen nach Deutschland, wo sie monatelang unter schlimmsten Bedingungen im Truppenlager Munster in der Lüneburger Heide festgehalten werden. Der deutsche Zerstörungsschlag gipfelt in der Brandschatzung der Löwener Bibliothek. In dem Feuer werden eine Vielzahl einmaliger Handschriften, Inkunabeln und rund 300.000 Bücher vernichtet. Nahezu 2.000 Gebäude fallen in Löwen dem Feuer zum Opfer.

28. August 1914 – Paul von Hindenburg wird zum „Retter des Vaterlandes“

Tannenberg - Gilgenburg - Ortelsburg * Paul von Hindenburg weiß, wie man Geschichte schreibt. Denn während die Presse noch zu Beginn von der „Schlacht bei Gilgenburg und Ortelsburg“ schreibt und Kaiser Wilhelm II. Hindenburg den Dank für den „Sieg bei Allenstein“ ausspricht, richtet der Oberbefehlshaber der 8. Armee seinen Blick auf Tannenberg. Dort wütete anno 1410 eine Schlacht zwischen dem Deutschen Orden und der Polnisch-Litauischen Union. Paul von Hindenburgs Version klingt deshalb so: „Bei Tannenberg, das zwischen Gilgenburg und Hohenstein liegt, wurde 1410 das Ordensheer von den Polen und Litauern vernichtet. Jetzt, nach 504 Jahren, kam die Revanche.“ Die geschickte Verknüpfung mit Tannenberg trägt zur Entstehung des Mythos um den siegreichen Feldherrn Hindenburg, dem „Russen-Schreck“, bei. Tannenberg wird zum in Deutschland ersehnten Sieges-Mythos, Hindenburg zum „Retter des Vaterlandes“.

30. August 1914 – Der amerikanische Gesandtschaftssekretär beobachtet die Lage in Löwen

Leuven * Der amerikanische Gesandtschaftssekretär Hugh Gibson macht sich ein Bild von der Lage in Löwen. Ein deutscher Offizier erklärt ihm: „Es wird die Belgier lehren, Deutschland zu respektieren und es sich zweimal zu überlegen, gegen Deutschland die Waffen zu erheben“.



Mit der Zerstörung der Löwener Bibliothek hat sich das Deutsche Reich weltweit den Ruf von „Barbaren“ eingehandelt. Als „Hunnen“, denen man das Schlimmste zutraut, werden sie fortan in der alliierten Propaganda verspottet.

13. September 1914 – Der Ausgang der Schlachten wird in Deutschland geheimgehalten

Nancy - Marne * Der Ausgang der Schlachten an der Marne und bei Nancy wird in Deutschland geheimgehalten. In den Zeitungen heißt es lediglich, die Deutschen haben sich aus strategischen Gründen zurückgezogen, einige tausend französische Gefangene gemacht und viele Geschütze erbeutet. Aber es gibt natürlich auch anderslautende Gerüchte.

10. November 1914 – Aus einem verunglückten Angriff wird ein Mythos gemacht

Berlin - Langemarck - Ypern * Die Oberste Heeresleitung - OHL macht aus einem verunglückten Angriff einen Mythos: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie.“ Dabei stimmt nicht einmal der Name der Ortschaft, denn das Dorf Langemarck liegt weiter weg, klingt aber markant und teutonisch, und auf jeden Fall besser als Bixschote oder Ypern. Gesungen haben die Soldaten bestimmt nicht. Sie mussten mit ihrer 30 Kilo schweren Ausrüstung über den nassen schweren Lehm Boden rennen und fühlten sich zu Recht als Kanonenfutter.

25. Dezember 1914 – In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.

Luxemburg - Charleville-Mézières * Kaiser Wilhelm II. äußert seine Weihnachtswünsche an das deutsche Volk aus dem sich in Luxemburg befindlichen Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL in Charleville-Mézières. Der Kaiser will das Weihnachtsfest im Kreise seiner Militärs begehen. Seine Ansprache vor dem Weihnachtsbaum beschließt er mit einer Variation des Satzes des preußischen Dichters Heinrich von Kleist, mit dem sein Drama „Der Prinz von Homburg“ schließt: „In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.“

1915 – In Dresden wird der Deutsche Seidenbauverband gegründet

Dresden * In Dresden wird der Deutsche Seidenbauverband gegründet. In seinem Leitfaden für



die deutsche Seidenraupenzucht stellt er - den früheren Misserfolgen zum Trotz - fest: Der Maulbeerbaum gedeiht in Deutschland vorzüglich. Die damit gezüchteten Raupen liefern eine wertvolle Seide. In einem Punkt unterscheidet sich der Deutsche Seidenbauverband dann aber doch von der früheren Euphorie, indem er feststellt, dass der Seidenbau keinesfalls eine „glänzende und gewinnbringende Erwerbsquelle für weite Volkskreise“ sein wird. Im Gegenteil, die Seidenraupenzucht muss als Liebhaberei und Nebenerwerb gesehen werden, ähnlich wie die Bienenzucht.

25. Januar 1915 – Die Brotkarte wird eingeführt

Berlin * In Deutschland wird die „Brotkarte“ eingeführt und damit die Versorgung mit Brot rationiert. Weitere Lebensmittelkarten werden folgen.

26. April 1915 – Italien verbündet sich mit Frankreich, Großbritannien und Russland

Rom - Paris - London - Petersburg * Italien verbündet sich mit Frankreich, Großbritannien und Russland gegen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn. Die Entente hat Italien in dem geheim gehaltenen Londoner Vertrag bei Kriegsende große Gebietsgewinne in Aussicht gestellt. Der Gebirgskrieg an der Italienfront beginnt.

8. Juni 1915 – Die Kanalrede König Ludwigs III. in abgeschwächter Form

Berlin * Auf Druck der Reichsregierung unter Theobald von Bethmann Hollweg wird die Kanalrede von König Ludwig III. nur in abgeschwächter Form abgedruckt. Forderte der Bayernkönig zwei Tage zuvor noch als Kriegsziel „einen deutschen Zugang vom Rhein zum Meer“, so ist jetzt nur mehr von einer „günstigeren Wasserstraßenverbindung von Mittel- und Süddeutschland zum Meer“ die Rede. Reichskanzler Bethmann Hollweg hat eine Verärgerung des neutralen Holland durch die königlichen Annexionspläne befürchtet.

6. September 1915 – Bulgarien verbündet sich mit den Mittelmächten

Sofia * Bulgarien verbündet sich mit den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn. Der bulgarische König Ferdinand I. erhofft sich dadurch nach dem Krieg Gebietszuwächse.



November 1915 – Ganz Serbien wird von den Truppen der Mittelstaaten erobert

Serbien * Deutsche, österreichisch-ungarische und bulgarische Truppen erobern ganz Serbien.

24. Februar 1916 – Deutsche Truppen können das Panzerfort Douaumont einnehmen

Verdun - Westfront * Deutsche Truppen können das Panzerfort Douaumont kampflos einnehmen. Der französische Oberbefehlshaber Marschall Joseph Jacques Césaire Joffre verstärkt daraufhin innerhalb weniger Tage die Verteidigung Verduns von 150.000 auf 800.000 Mann und kann so die Festung halten. Wochenlang liegen sich deutsche und französische Soldaten im Artilleriefeuer gegenüber.

März 1916 – Ernst Toller verbringt qualvolle Wochen in den Schützengräben

Verdun - Westfront * Auch Ernst Toller verbringt als Kriegsfreiwilliger qualvolle Wochen in den Schützengräben. Im Jahr 1933 wird er seine Autobiographie „Eine Jugend in Deutschland“ veröffentlichen und darin die Grauen des Krieges und die Ansichten eines bayerischen Soldaten, der den Saupreiß die Verantwortung dafür zuschiebt, beschreiben. „Sebastian, der Bauernknecht aus Berchtesgaden, [...] ist fromm, und er begreift nicht, warum dieser Krieg tobt. Wenn sie ihm von zu Hause Schinken und Speck schicken, setzt er sich mit abgewandtem Rücken in einen Winkel und ißt und stiert und sinnt. Vielleicht sind die Preußen ja ‚an der Gaudi‘ schuld, bestimmt sind sie schuld. Die können ja nie das Maul halten, wegen ihnen hat König Ludwig II. daran glauben müssen, [...] der Bismarck hat die Bayern beschissen, [...] sein Großvater hat im Krieg 1866 ganz allein sechs Preußen gefangen genommen, ‚Ergebts euch!‘ hat er geschrien, ‚die Bayern san da‘, und jetzt saufen sie uns das Bier weg aus der Kantine. Sebastian bleibt stehen, erblickt mich nackt und schließt vor Schreck die Augen. [...] ‚Jetzt woß ma ja, warum der Krieg hat kemma müßn‘, brummt er. ‚Der Preiß wascht sich nackad‘. Aus seinem Mundwinkel zischt ein Strahl Spucke.“

24. März 1916 – 18 SPD-ler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen

Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu



einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.

4. Juni 1916 – Die russische Armee beginnt ihre Offensive gegen Deutschland

Galizien * Beginn der Brussilow-Offensive an der Ostfront, in deren Verlauf russische Truppen große Geländegewinne erzielen können.

29. August 1916 – Kaiser Wilhelm II. ernennt die dritte Oberste Heeresleitung - OHL

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernennt Paul von Hindenburg zum Chef des Generalstabs und Erich Ludendorff zum Generalquartiermeister. Dies ist die dritte Oberste Heeresleitung - OHL. Sie wird sich zu Deutschlands wirklicher Regierung - eine Militärdiktatur - entwickeln.

18. Januar 1917 – Rosa Luxemburg wird aus der SPD ausgeschlossen

Berlin * Die in der Festung Wronke in Schutzhaft sitzende Rosa Luxemburg wird aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - SPD ausgeschlossen.

31. Januar 1917 – Deutschland verkündet den uneingeschränkten U-Boot-Krieg

Berlin * Das Deutsche Reich verkündet den uneingeschränkten U-Boot-Krieg.

3. Februar 1917 – Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab



Washington * Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab.

16. März 1917 – Wladimir Iljitsch Lenin trifft in Russland ein

Petersburg * Wladimir Iljitsch Lenin trifft in Russland ein, nachdem er mit Hilfe der deutschen Führung aus dem Schweizer Exil per Zug durch Deutschland und Schweden geschleust worden ist.

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

9. April 1917 – Die deutsche Regierung forciert die Rückkehr Lenins nach Russland

Schweiz - Deutsches Reich - Russland * Mit Einverständnis und Unterstützung der deutschen Regierung durchquert Wladimir I. Lenin zusammen mit 30 „Revolutionären“ aus der Schweiz kommend im Zug das Deutsche Reich. Deutschland verspricht sich von Lenins Rückkehr eine



Verschärfung der innenpolitischen Unruhen in Russland.

19. April 1917 – Die „Jesuitengesetze“ werden in Deutschland endgültig aufgehoben

Deutschland * Die „Jesuitengesetze“ werden in Deutschland endgültig aufgehoben.

16. Mai 1917 – Die Münchner USPD wird gegründet

München * Der Verein Unabhängige Sozialdemokratie Stadt und Land wird bei der Polizeidirektion vereinsrechtlich angemeldet. Der Zweck der Neugründung wird beschrieben als „die Bestrebungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu unterstützen, die nach ihren Organisationsgrundlinien in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem und zur Kriegspolitik der Reichsregierung steht“. Der Vorsitzende der Münchner USPD heißt Albert Winter sen.. Die neue Partei wird sofort von der Polizei überwacht. Die Münchner USPD hat am Anfang etwa 35 Mitglieder. Im Vergleich: Die MSPD zählt in München zum gleichen Zeitpunkt rund 15.000 Mitglieder.

6. Juli 1917 – Der Interfraktionelle Ausschuss wird gegründet

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss wird gegründet. Es ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - SPD, der Zentrumspartei und der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP koordiniert. Bis Januar 1918 beteiligen sich auch Abgeordnete der Nationalliberalen Partei - NLP an den Beratungen im Interfraktionellen Ausschuss. Diese Parteien stellen seit der Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 die Mehrheit im Reichstag, weshalb auch von der Reichstagsmehrheit gesprochen wird. Der Interfraktionelle Ausschuss bildet den Auftakt zur Parlamentarisierung des Deutschen Kaiserreiches.

2. November 1917 – England verspricht den Juden ein „national home“ in Palästina

London - Berlin * Der britische Außenminister Arthur James Earl of Balfour verspricht den Juden ein „national home“ in Palästina. Die Balfour-Deklaration wird in Deutschland von rechtsgerichteten Kreisen als Bündnis Großbritanniens mit den Zionisten zu antisemitischer Agitation genutzt.



25. November 1917 – Der schnellste und sicherste Weg zum Frieden

München-Isarvorstadt * Kurt Eisner spricht auf einer USPD-Versammlung in den Kolosseum-Bierhallen vor rund 200 Anwesenden über seine Vorstellung der raschen Beendigung des Krieges. Obwohl die Veranstaltung von der Polizei überwacht wird, ruft er zum Sturz der bestehenden Regierungen auf. Der schnellste und sicherste Weg zum Frieden ist nach seiner Auffassung die Übernahme der Macht durch das Proletariat. Nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in den generischen Ländern.

21. Januar 1918 – 150 Teilnehmer am USPD-Diskussions-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Im Anschluss an die Vorstandssitzung findet der USPD-Diskussionsabend im Wirtshaus Zum Goldenen Anker in der Schillerstraße statt. Dort treffen - nach Polizeiberichten - rund 150 Personen zusammen, darunter 20 Frauen und 30 Soldaten. Damit erreicht der Diskussions-Stammtisch seine größte Breitenwirkung. Kurt Eisner verteilt aus Frankreich stammende Flugblätter, die sich mit dem Thema „Ist in Deutschland eine Revolution möglich?“ befassen. Er deutet an, dass ein Ausstand vorbereitet werde. Das Endziel des Streiks ist „die Monarchie zu stürzen und nicht nur den preußischen, sondern den gesamten Militarismus niederzuzwingen. Dazu gibt es nur ein Mittel: Die heiß ersehnte, unausbleibliche und bald zu erwartende Revolution.“

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.



27. Januar 1918 – Das Innenministerium erfährt von den vorbereiteten Streiks

München-Kreuzviertel * In der Nacht trifft beim bayerischen Innenministerium die Nachricht ein, dass am darauffolgenden Tag ein dreitägiger Generalstreik beginnen und der Streik innerhalb von drei Tagen in ganz Deutschland zum Durchbruch kommen soll. Kuriere reisen von Berlin mit der Eisenbahn in alle größeren Städte des Deutschen Reichs, um Flugblätter zu verteilen und mündliche Nachrichten zu überbringen. Vertrauensleute sollen in Kriegswirtschaftsbetrieben, insbesondere in Munitionsfabriken zur Arbeitsniederlegung auffordern. Demonstrationzüge mit Ansprachen sind geplant. In einer kurzfristig anberaumten Besprechung wird vereinbart, dass keine Gewalt gegen Arbeitseinstellungen angewandt werden soll, die Polizei soll Menschenansammlungen lediglich zerstreuen, bei „Zusammenstößen mit streikenden Arbeitern [muss] nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, scharf geschossen werden“.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

31. Januar 1918 – Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31. Januar

München * Kurt Eisner schreibt später: „Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31.



Januar. Damals stand Deutschland auf dem Gipfel seiner militärischen Macht, und wenn es uns damals gelungen wäre, die Massen aufzuregen und aufzurütteln zu jener Volksbewegung, wie sie uns damals schon vorschwebte, dann hätten wir noch einen Frieden haben können, in dem wir nicht auf Gnade und Ungnade dem Gegner ausgeliefert gewesen wären.“

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

7. März 1918 – Freundschaftsvertrag Deutschland - Finnland

Berlin - Helsinki * Zwischen dem Deutschen Reich und der bürgerlichen Regierung Finnlands wird ein Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen.

23. März 1918 – Im Reichstag wird der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ratifiziert

Berlin * Im Berliner Reichstag wird der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ratifiziert. Bei der vorausgegangenen Abstimmung stimmen die Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD dagegen, die der Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD enthalten sich der Stimme.



12. Juli 1918 – Graf Hertling verteidigt den Krieg

Berlin * Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling erklärt im Reichstag, Deutschland habe den Krieg nur geführt „als Verteidigungskrieg [...], weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf Weltherrschaft gerichtete Tendenz fernelegen hat“.

13. Juli 1918 – Die MSPD stimmt dem Etat zu

Berlin * Die MSPD-Fraktion stimmt im Reichstag erneut dem Etat zu, obwohl in allen innenpolitischen Fragen, vor allem bei der preußischen Wahlrechtsreform, jeglicher Fortschritt fehlt. Zur Entscheidung der MSPD-Fraktion für die neuen Kredite erklärt Friedrich Ebert in seiner Rede, dass Deutschland niemals „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen“ eingehen wird, weshalb man „die Mittel bewilligen [muss], die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind“. Das Parlament geht danach in die Sommerpause.

8. August 1918 – Ludendorff verschweigt die deutsche Niederlage

Spa * Obwohl Generalquartiermeister Erich Ludendorff aufgrund der Panzerschlacht bei Amiens die Überzeugung gewonnen hat, dass der Krieg verloren ist, lässt er sich bis Ende September 1918 Zeit, das auch laut zu formulieren. Doch bis dahin wird sich die militärische Lage dramatisch zum Nachteil Deutschlands verändern.

8. August 1918 – Die deutsche Westfront bricht zusammen

Amiens - Berlin * Spätestens als mit der Panzerschlacht bei Amiens die Schlussoffensive der Alliierten beginnt, ist der Krieg für Deutschland verloren. Über 70 Prozent der deutschen Verluste besteht aus Gefangenen. Die Westfront bricht zusammen. Die Verluste nähern sich wieder den Höchstwerten der ersten Kriegsmonate von 1914.

31. August 1918 – Präsident Wilson bezeichnet Deutschland als verbrecherische Macht

Washington * Der US-Präsident Woodrow Wilson bezeichnet das Deutsche Reich als



„verbrecherische Macht“, weil es ein Anschlag auf das Recht freier Männer zur Gestaltung des eigenen Schicksals ist. „Es ist ein Krieg, die Nationen und Völker der Welt gegen jede solche Macht, wie die heutige deutsche Autokratie sie darstellt, zu sichern, es ist ein Bekenntniskrieg, und ehe er gewonnen ist, können die Menschen nirgends frei von Furcht leben.“

13. September 1918 – Deutschland und seine Verbündeten brechen zusammen

Westfront * Die Alliierten gehen an der Westfront zur Offensive über. Auch wenn es die offiziellen Heeresberichte noch nicht in aller Deutlichkeit ausdrücken, so brechen Deutschlands Heere und die Armeen seiner Verbündeten an allen Fronten zusammen.

22. September 1918 – Flugblätter zur Steigerung des Preußenhasses

München • Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet über Flugblätter, die die Überschrift „Preußenherzen hoch“ tragen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um „überaus gefährliche Fälschungen“ handelt, die äußerst geschickt den in Bayern neu auflebenden Preußenhass in neue Höhen steigern und so die Geschlossenheit des deutschen Volkes sprengen soll. Hier einige Auszüge aus dem Flugblatt, das nur in Altbayern mit der Post verbreitet wird. Der Poststempel stammt aus Berlin: „In tieferster Stunde wenden wir uns an alle echten Preußen mit dem dringenden Mahnruf: Helft Preußen, helft Deutschland retten! [...] Vielmehr von innen als von außen droht unserem vielgeliebten Preußenlande toternte Gefahr. [...] Ein Süddeutscher Reichskanzler, ein Süddeutscher Vizekanzler, ein Süddeutscher Reichspräsident [...], alle wichtigen Ämter in der Hand von Bayern! Ist es da ein Wunder, wenn die Politik auf eine völlige Lahmlegung Preußens, der Kaiserkrone und der Heeresleitung gerichtet ist, und [...] Preußen und Deutschland an den Abgrund geführt hat? [...] Aus bayerisch-partikularistischem Hasse will man Preußens Macht zerstören um selbst in Preußen zu herrschen. [...] Auch die Heeresfront ist durch Bayern zerrissen worden. Die Disziplinlosigkeit im bayerischen Heere hat seit einem Jahr den größten Umfang angenommen. [...] Durch diese Handlungen haben preußische und andere Regimenter die größten Verluste erlitten. [...] Jetzt, wo das Vaterland wieder in der größten Gefahr schwebt, sind es wieder die Bayern, die versagen und die Gefahr vergrößern. [...].“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung



veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

27. September 1918 – Die deutsche Armee steht kurz vor der Niederlage

Nordfrankreich - Spa * Die französischen, britischen und amerikanischen Truppen durchbrechen die sogenannte „Siegfriedlinie“ oder „Hindenburglinie“, Deutschlands letzte ausgebaute Verteidigungslinie. Die Alliierten können damit eine der erfolgreichsten Offensiven des gesamten Krieges verzeichnen. Die Niederlage der deutschen Armee wird unausweichlich. Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt im Heeresbericht verkünden: „Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vorderen Artillerielinien erreichen“. Sie sind aber letztlich „an der Zähigkeit unserer Truppen gescheitert“. Er klärt die Reichsregierung über die Vorgänge nicht auf. Lediglich einige jüngere Offiziere der Obersten Heeresleitung - OHL setzen in einem nahezu konspirativen Akt den Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa über die drohende militärische Katastrophe in Kenntnis.

28. September 1918 – Durchhalteparolen sozialdemokratischer Zeitungen

Deutsches Reich * In verschiedenen Tageszeitungen äußern deutsche Sozialdemokraten die Überzeugung, dass Deutschland nur noch einige Wochen mit dem „Mut der Verzweiflung“ kämpfen müsse, um einen „besseren Frieden“ sichern zu können.

29. September 1918 – Die bulgarische Regierung unterzeichnet einen Waffenstillstand

Skopje - Thessaloniki * Eine französische Kavalleriebrigade zieht in die mazedonische Hauptstadt



Skopje ein. In der Nacht unterzeichnen die bevollmächtigten Abgesandten der bulgarischen Regierung in Thessaloniki den Waffenstillstandsvertrag. Der Vertrag tritt am 30. September Mittags in Kraft. Bulgariens Kapitulation bedeutet für das Deutsche Reich den Stopp der enorm wichtigen Lebensmittellieferungen nach Deutschland. Für die Alliierten ist jetzt der Weg zur Donau frei. Die bulgarischen Streitkräfte verzeichnen im Ersten Weltkrieg über 100.000 Tote und über 140.000 Verwundete, bei einer Vorkriegsbevölkerung von rund 4,5 Millionen und einer Gesamtzahl von 1,2 Millionen Mobilisierten.

1. Oktober 1918 – Die militärische Niederlage Deutschlands ist unvermeidlich

Spa * Im engsten Kreis leistet Generalquartiermeister Erich Ludendorff seinen Offenbarungseid und beginnt gleichzeitig seine Flucht aus der Verantwortung. Nach den Aufzeichnungen von Oberst i.G. Albrecht von Thaer gesteht er: „Die OHL und das deutsche Heer ist am Ende; der Krieg ist nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr steht die endgültige Niederlage wohl unvermeidlich bevor. [...] Unsere eigene Armee ist leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen ist kein Verlaß mehr. [...] Ich habe S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!“

2. Oktober 1918 – Deutschland kann sehr wohl weiterkämpfen

Berlin * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau erklärt in einem Zeitungsartikel, dass Deutschland sehr wohl in der Lage ist weiterzukämpfen. „Zu kämpfen um das was Not tut: den Frieden in Ehren.“

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad



Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungfernrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

6. Oktober 1918 – Deutschland ist sowohl friedensbereit als auch kampfentschlossen

Berlin * Das Berliner Tageblatt, die auflagenstärkste Tageszeitung im Deutschen Kaiserreich mit linksliberaler Ausrichtung, stellt unter der Überschrift „Des Kanzlers Friedensschritt“ fest, dass die Rede des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag signalisiere, Deutschland ist sowohl „friedensbereit“ als auch „kampfentschlossen“.



6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges

Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

13. Oktober 1918 – Weitreichende Forderungen der bayerischen SPD

München-Au * Auf dem Münchner Parteitag der SPD im Franziskaner-Keller an der Hochstraße forderte der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, die Abdankung des Kaisers. Unterstützung erhält er von dem Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Ernst Schneppenhorst, der gleichzeitig auch den Rücktritt des bayerischen Königs Ludwig III. fordert. Erhard Auer versucht dagegen seine Parteigenossen zu beschwichtigen und plädiert zum Abwarten, bis die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel auf legalem Weg. Abschließend beschließt der



Parteitag die Abschaffung der Monarchie, die Einführung des Acht-Stunden-Tages, das Wahlrecht für beiderlei Geschlecht und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Landesparteitag fordert aber auch die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

17. Oktober 1918 – Für Nuntius Eugenio Pacelli kommt die Revolution nicht überraschend

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli berichtet an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri mit großer Sorge über „sozialistische Propaganda und Wühlarbeit“ in Deutschland und bei den Frontsoldaten. Die folgende Revolution ist für Pacelli deshalb nicht überraschend.

17. Oktober 1918 – Ludendorff lehnt die Friedensbedingungen der USA ab

Spa * Für Generalquartiermeister Erich Ludendorff sind die von den Amerikanern angebotenen Friedensbedingungen das Schlimmste, das Deutschland passieren konnte.

17. Oktober 1918 – Drohungen und Drohbriefe an die königliche Familie

München * Prinzessin Wiltrud sieht der politischen Realität ganz bewusst ins Auge, als sie schreibt: „Die politische und militärische Lage ist seit einigen Wochen sehr beunruhigend für uns. [...] Unsere Truppen sollen nicht mehr recht kämpfen mögen. Wenn der Geist von 1914 noch in ihnen wäre, würden sie dem Feind besser standhalten können. Die 18-jährigen halten eben viel weniger aus als die Männer von dazumal. [...] Man muss jetzt mit allem rechnen, dass der Kaiser und der Kronprinz abdanken müssen, dass vielleicht Papa und der Kaiser Karl abdanken müssen, dass es Revolution gibt, dass die gekrönten Häupter nur eine Rolle der Repräsentation spielen dürfen wie König Georg von England. [...] Die Ungerechtigkeit wird diesmal wohl siegen. [...] Deutschland wird sich demokratisieren, Österreich im besten Falle Staatenbund werden. [...] Vielleicht ist die Demütigung Deutschlands zum Heil des Volkes, und wenn sich dies in dieser ersten Zeit fängt, dann kann aus der Rückkehr zur Einfachheit viel Gutes entstehen.“ Vorausgegangen war eine erlebte Situation. Als sie mit ihrem Vater durch die Maximilianstraße fährt, schreit ein Arbeiter: „Dank ab!“. Eine neben ihm stehende Frau hält dem Rufer den Mund zu, um weitere Gefühlsausbrüche zu unterbinden.



18. Oktober 1918 – Fritz Gerlich warnt vor dem Ausbruch einer Revolution

München * Dr. Fritz Gerlich warnt vor dem Ausbruch einer Revolution in Deutschland.

23. Oktober 1918 – Die USPD fordert die neue Staatsform der Republik

Berlin * In der Frage der Staatsform erklärt der USPD-Vorsitzende Hugo Haase in der Reichstagssitzung: „Die Kronen rollen auf das Pflaster. [...] Rings um uns werden Republiken sich auf tun, und da soll Deutschland allein [...] noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein!“ Schließlich: „Es muss zur Republik kommen! [...]. Die Götzendämmerung für das alte System ist hereingebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter [...] wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern, wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.“

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

29. Oktober 1918 – Eine Militärpatrouille erschießt neun Matrosen



Kiel - Wilhelmshaven * Die Bewegung radikalisiert sich erst, nachdem die meuternden Matrosen verhaftet und mit Kriegsgericht und Erschießung bedroht werden. Jetzt beginnen Tausende in Kiel für die Befreiung ihrer Kameraden zu demonstrieren. Erst nachdem eine Militärpatrouille neun Menschen erschießt, wollen die Matrosen die Macht. Die Matrosen wählen den ersten Soldatenrat in Deutschland und entwaffnen ihre Offiziere. Der Aufstand ist nicht gewalttätig und erschöpft sich im Hissen von roten Fahnen.

30. Oktober 1918 – Kurt Eisner spricht auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller

München-Maxvorstadt * Kurt Eisner spricht auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller zum Thema „Deutschland - eine soziale Republik“ und fordert eine politische Reinigung des Parlaments und die Beseitigung aller Monarchien.

1. November 1918 – Kronprinz Rupprecht warnt vor der Gefahr einer Revolution

Lille * Kronprinz Rupprecht warnt aus seinem Standort Lille an der Westfront vor dem außerordentlichen Ernst der Lage und sieht ein Übergreifen der revolutionären Bewegungen, die in Norddeutschland sich vorbereiten, auch auf das Königreich Bayern. Er bittet seinen Vater König Ludwig III. inständig: „Könntest Du nicht den Kaiser aufsuchen und ihn zu einem Beschlusse bewegen oder ihm doch wenigstens Deine Auffassung der Lage brieflich mitteilen“. Obwohl der greise König gegen die Abdankung des ungeliebten Kaisers keine Einwände erhebt, bleibt er dennoch passiv und untätig.

3. November 1918 – Antimonarchische Parolen vor dem Wittelsbacher Palais

München-Maxvorstadt * Auch vor dem Wittelsbacher Palais, dem eigentlichen Münchner Wohnsitz der königlichen Familie, brüllen Menschen antimonarchische Parolen. König Ludwigs III. Familie wohnt zwar zum Zeitpunkt der Protestaktion nicht in seinem Lieblingswohnsitz an der Brienner Straße, sondern in der Residenz. Doch seit dem Umsturz von 1848 hat es keine derartige direkte und ungehinderte Provokation gegen einen regierenden Monarchen in Deutschland mehr gegeben.

3. November 1918 – Wilhelm II. denkt nicht an Abdanken



Spa * In einer Niederschrift über das von Reichskanzler Max von Baden beauftragte Abdankungs-Ansinnen an Kaiser Wilhelm II. versichert dieser, dass er auf seinem Posten bleiben will. „Ich denke gar nicht daran abzudanken. Der König von Preußen darf Deutschland nicht untreu werden und in dieser Stunde am allerwenigsten; ich habe auch meinen Eid geschworen und den werd' ich halten. Ich denke gar nicht daran, den Thron zu verlassen wegen der paar Hundert Juden und der tausend Arbeiter.“

3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnte die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hiezu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

4. November 1918 – Der Königliche Staatsrat kommt zu seiner letzten Sitzung zusammen

München-Graggenau * Der Königliche Staatsrat kommt zusammen, um über den Fortgang der Verfassungsreform zu beraten. König Ludwig III. ist - wie seine Berater - der Auffassung, dass



den demokratischen Parteien Zugeständnisse gemacht werden müssen, weil alleine damit in dieser Situation dem Staatswohl und der Monarchie gedient werden könne. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich will etwaige Bedenken gegen die Notwendigkeit einer Parlamentarisierung „unter der Wucht der Ereignisse“ zurückgestellt wissen, da die Wellen einer revolutionären Bewegung jetzt auch auf Bayern übergegriffen hätten. Ministerpräsident Otto von Dandl will den demokratischen Parteien so weitgehende Zugeständnisse machen, weil in dieser Situation nur so dem Staatswohl und der Monarchie geholfen werden kann. Vordringlich sei es jetzt, dass unter dem Volk kein Zwiespalt herrsche und die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten werde. In der letzten von König Ludwig III. geleiteten Staatsratssitzung zieht der Monarch ein denkwürdiges politisches Resümee: „Wenn der Krieg ein so schlechtes Ende genommen hat, so können wir in Bayern unseren Schild hochhalten; er ist fleckenlos. Bayerns Heer hat sich ruhmreich geschlagen, Bayern trägt keine Schuld. Schuld trägt die unglückselige Politik, die schon vor dem Krieg seitens der Reichsleitung geführt worden ist, und noch mehr die Oberste Heeresleitung, die keinen Maßstab hatte für die Grenzen der eigenen Kräfte. [...] Nach mehr als vierjährigen unerhörten Leistungen und Opfern stehen wir vor einer Niederlage Deutschlands, die es seit Napoleon nicht mehr erlebt hat. Wir müssen Frieden schließen und zwar unter schlechten Bedingungen.“

4. November 1918 – Deutschland will ein Volksstaat werden

Berlin * Die deutsche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden betont ihren Entschluss, Deutschland in einen Volksstaat umzuwandeln und kündigt den Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg an.

6. November 1918 – USPD und MSPD rufen gemeinsam zu einer Massenversammlung auf

München * Kurt Eisner [USPD] und Erhard Auer [MSPD] rufen auf großen Plakaten für den nächsten Tag zu einer gemeinsamen Massenversammlung auf der Theresienwiese auf. Obgleich Erhard Auer anfangs Bedenken hatte, gab er seine Zustimmung. Er hat erkannt, dass man der Friedenssehnsucht der Einwohner Münchens ein Ventil geben muss. Es kommt auch deshalb zur ersten öffentlichen Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Gruppierungen in Bayern seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD, weil Auer MSPD nicht gemeinsame Sache mit denen machen kann, die für die nationale Verteidigung eintreten und die Waffenstillstandsbemühungen bekämpfen. Über das damit verbundene Risiko ist sich Erhard Auer und die bayerische Regierung bewusst.



6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.



8. November 1918 – Erste Sitzung der Revolutionäre im Landtagsgebäude

München-Kreuzviertel * Kurz nach Mitternacht hält der neu gebildete Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat im Sitzungssaal der Abgeordnetenversammlung im Landtagsgebäude an der Prannerstraße - unter der Leitung Kurt Eisners - seine erste Sitzung ab. Kurt Eisner proklamiert die demokratische und soziale Republik Bayern, den Freistaat Bayern. Die Monarchie ist damit gestürzt, die Republik geboren. In seiner Rede bemerkt Eisner: „Die bayerische Revolution hat gesiegt. Sie hat den alten Plunder der Wittelsbacher Könige hinweggefegt.“ „Bayern ist fortan ein Freistaat“ lautet der dritte Satz eines Aufrufs, der am Morgen des 8. November 1918 auf der ersten Seite der Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlicht wird. Mit dem Begriff Freistaat nimmt Kurt Eisner eine Definition auf, die schon 150 Jahre zuvor für Republik gebraucht wurde. Mit dieser Wortwahl will er aber nicht nur den Unterschied zur Monarchie, sondern auch die Eigenständigkeit Bayerns innerhalb eines deutschen Staatenbundes, der „Vereinigten Staaten von Deutschland“, herausstellen. „Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ hat diesen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens“ gerichtet. Noch deutlicher ist ein knallrotes Plakat, das bereits in den Straßen Münchens hängt. Ihm können die interessierten Bürger entnehmen: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!“

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden



durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Karl Liebknecht proklamiert die Freie Sozialistische Republik

Berlin * Wenig später proklamiert der Linkssozialist Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Stadtschlusses die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“ nach dem Vorbild der russischen Brüder.

10. November 1918 – Hindenburg will den terroristischen Bolschewismus verhindern

Berlin * Der Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, erklärt, er bleibt auf seinem Posten bleiben, bis sich alles geklärt hätte. Er fordert alle Offiziere und die Mannschaften auf, angesichts des drohenden Bolschewismus „unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“. Er selbst und die Oberste Heeresleitung - OHL wollen „mit dem Reichskanzler zusammengehen“, um „die Ausweitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern“.

11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet



Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. [...] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. [...] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“

12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei



Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten gereichen.“

15. November 1918 – Räte als Grundlage der neuen Demokratie

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner sieht in den Räten die Grundlage für sein Konzept einer neuen Demokratie. In seiner Regierungserklärung erklärt er, dass die Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtung noch vor der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung erreicht werden soll. Kurt Eisner will die Demokratisierung über eine Art Nebenparlament herbei führen, mit dem er auch bürgerliche Kreise zur Mitwirkung am Aufbau des neuen Staates gewinnen wollte. Dieses Nebenparlament sollte ihre Interessen sowohl gegenüber dem provisorischen Zentralparlament als auch gegenüber der Regierung einbringen können. „Ich habe vom ersten Tag der Revolution an in dem System der Räte die große Schule der Demokratie und des Sozialismus gesehen und glaube nicht, dass wir in Deutschland weiterkommen können, wenn wir nicht dieses System der Räte entwickeln [...] und dadurch das Volk mündig machen zur Entscheidung über sein Schicksal. Nicht die Politik des Wahlzettels tut es allein. [...] Das hindert nicht, dass auch die Politik des Wahlzettels notwendig ist, aber das Räteystem [...] soll den Wähler lesen, denken und entscheiden lehren, nicht in acht Tagen vor der Wahl, sondern tagaus, tagein.“

15. November 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner und der Föderalismus

München * In dem von Ministerpräsident Kurt Eisner ausgearbeiteten Regierungsprogramm findet sich die föderalistische Forderung, „dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss“. Er will damit erreichen: die Bildung einer Staatenvereinigung [die Vereinigten Staaten von Deutschland], der auch Deutsch-Österreich angehören soll. Unabdingbar ist dafür die Neugliederung des Deutschen Reichs, damit die Vorherrschaft eines einzelnen Staates ausgeschlossen wird. Die Freiheit und die Selbstständigkeit Bayerns dürfen dabei nicht angetastet werden.

19. November 1918 – Ein offenes Bekenntnis der Schuld übernehmen



Bern - München * Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner erhält von dem amerikanischen Pazifisten George Davis Herron ein Telegramm, in dem es heißt: „Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass ihre Regierung vertrauenswürdig ist.[...] Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegsführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. [...] Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.“ Diese Ratschläge entsprechen Eisners eigenen Erfahrungen und Intentionen bis ins Detail. Doch welche Handlungsmöglichkeiten stehen ihm konkret offen, da der Rat der Volksbeauftragten in Berlin, der aus je drei SPD- und USPD-Männern besteht, wobei die Letztgenannten über eine Statistenrolle nicht hinauskommen, kaum eigene Schritte zu Friedensverhandlungen unternehmen wird.

21. November 1918 – Die Entente betrachtet Berlin mit größtem Misstrauen

München * Friedrich Wilhelm Foerster, der Professor der Pädagogik an der Münchner Universität, schreibt Kurt Eisner: „Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit größtem Misstrauen betrachtet, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen will.“

23. November 1918 – In Bremen gründen sich die Internationalen Kommunisten Deutschlands

Bremen * Schon während des Krieges ist Bremen eine Hochburg der Linksradiكالen. An diesem 23. November benennen sie sich als Internationale Kommunisten Deutschlands.

25. November 1918 – Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz

Berlin * Die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin, auch Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten genannt, stimmt letztlich nur der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, der Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und der schnellen Herbeiführung eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] mit großer Mehrheit zu. Bis die konstituierende Nationalversammlung zusammen tritt, werden die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens angesehen.



25. November 1918 – Das Korrespondenzbüro Hoffmann veröffentlicht Kriegsschuld-Schriften

Berlin * Das Berliner Korrespondenzbüro Hoffmann macht die von Kurt Eisner ausgesuchten Schriftstücke zur deutschen Kriegsschuld als amtliche Publikation im ganzen Reichsgebiet allgemein zugänglich - auch in den Hauptstädten der Entente. Die deutsche Öffentlichkeit ist vom Inhalt total überrascht. Umgehend dementiert die Reichsregierung, die mit einem solchen Alleingang nicht gerechnet hat, dass Deutschland den Krieg gewollt habe. Auf den Vorwurf, dass das Deutsche Reich der Habsburger-Monarchie Österreich-Ungarn einen Blankoscheck ausstellte und damit für die Verbündeten die Kriegsentscheidung gefallen war, geht die Reichsregierung nicht ein.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigem Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

28. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. dankt ab

Amirong * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet seine Abdankungsurkunde. „Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur



Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Urkundlich unter unser höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrücktem kaiserlichen Insiegel. Gegeben Amirong, den 28. November 1918. gez. Wilhelm“

28. November 1918 – Die Vorherrschaft Preußens brechen

München * In der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erklärt Kurt Eisner seine Einstellung zur Hegemonie [= Vorherrschaft] Preußens, zur Selbstständigkeit der Länder und zum Föderalismus: „In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden, und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass die Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass wir zusammen bleiben, ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden.“

30. November 1918 – Das Reichswahlgesetz tritt in Kraft

Berlin - Deutsches Reich * In Deutschland tritt das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft.

30. November 1918 – Die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten wird gegründet

München * Der Kreis um Erich Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten - VRI. Sein Ziel ist, die Revolution siegreich zu Ende zu führen - auch gegen den Widerstand des zu wählenden Parlaments. Erich Mühsam lehnt zudem die stark zentralistisch geprägten Positionen des am 11. November 1918 in Berlin ins Leben gerufenen Spartakusbundes strikt ab. Dennoch gehören viele VRI-Mitglieder zur später gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. In einem Flugblatt fassen sie ihre Ziele zusammen: „Revolutionäre, internationalistisch gesinnte, kommunistische Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen! Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Verlauf der Revolution einverstanden. [...] Wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung. [...] Wir blicken nicht auf den Weg, sondern aufs Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung“. Geschäftsstelle ihrer neuen Vereinigung wird das Wirtshaus Braunauer Hof in der Frauenstraße. Erich Mühsam bezeichnet die Stunden hier als die „eigentlich beste Zeit der Revolution“.



5. Dezember 1918 – Der Wahlkampf in Bayern und im Reich beginnt

München - Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Der Wahlkampf beginnt. Er wird mit der Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 enden. Diese Wahl findet eine Woche nach den Wahlen zum Bayerischen Landtag statt. Als die beiden stärksten Parteien werden in Bayern die Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und die Bayerische Volkspartei - BVP eingeschätzt. Es ist nur die Frage, wie sich die Mehrheiten verteilen werden. Die USPD hat - trotz einer verbindlichen Absprache mit dem Bayerischen Bauernbund - BBB - keine Erfolgsaussichten. Sie hofft auf einen so großen Stimmenzuwachs, dass sie für eine Regierungskoalition unentbehrlich sein würde. Der Spartakusbund, der sich nach dem 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands - KPD nennen wird, weigert sich, an der Wahl teilzunehmen.

6. Dezember 1918 – Matrosen und Soldaten für die Wahl zur Nationalversammlung

Berlin * Am späten Nachmittag versammeln sich vor der Reichskanzlei Matrosen und Soldaten. Ein Feldwebel Spiro, der Vorsitzende des Soldatenrats des Ersatz-Bataillons des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, hält eine Ansprache, in der er darstellt, dass „Deutschland in dem unermesslichen Unglück einer vollen Katastrophe“ steht, „die nur durch bewusste Zusammenfassung aller Kräfte und durch freiwillige Unterordnung jedes Einzelnen unter das gemeinsame Wohl überwunden werden kann“. Er fordert abschließend, dass die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen wird. Danach ernennt er - „gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewusstsein für die ganze Nation zu sprechen“ - Friedrich Ebert zum Präsidenten Deutschlands. Ebert antwortet mit „ruhiger, fester, durchdringender Stimme: Kameraden und Genossen! Der Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hoch wichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt“. Feldwebel Spiro zieht daraufhin mit seinen Truppen geschlossen ab. Das Ziel der Soldaten ist, die Revolution faktisch zu beenden und die Kräfte links des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu entmachten.

9. Dezember 1918 – Kurt Eisner erklärt die beabsichtigten Ziele der Januar-Streiks

München * Vor den bayerischen Arbeiterräten erklärt Ministerpräsident Kurt Eisner: „Wir wollten die Revolution nicht erst machen in der Zeit des militärischen Zusammenbruchs, sondern im Gegenteil schon entfesseln, als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Macht stand. [...]



Das war der Sinn des Streiks.“

15. Dezember 1918 – Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands

Berlin * In Berlin wird die erste Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands abgehalten. Sie dauert bis zum 17. Dezember. Ziel ihres Kampfes ist die unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus, die über die Diktatur des Proletariats vorbereitet werden soll.

16. Dezember 1918 – In Berlin beginnt der Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte

Berlin * Der Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beginnt im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin. Der Reichsrätekongress dauert bis zum 20. Dezember.

Pro 200.000 Einwohner wird ein Arbeiterrat, pro 100.000 Soldaten ein Soldatenrat entsandt. Die SPD-Delegierten haben eine Zweidrittelmehrheit. Nur zwei von 490 Delegierten sind Frauen. 298 Delegierte sind Mitglieder der MSPD, 101 Delegierte gehören der USPD an. 25 bezeichnen sich als Demokraten, 26 Soldatenräte und 49 Arbeiterräte machen keine Angaben zu ihrer politischen Orientierung.

17. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision alarmiert den Räte-Kongress

Berlin * Protestierende Soldaten unter dem Führer der Volksmarinedivision, Heinrich Dorrenbach, erscheinen im Plenum des Ersten Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und alarmieren die anwesenden Delegierten. Sie fühlen sich durch die zurückgekehrten Fronttruppen, dem Kriegsministerium und der Stadtkommandantur bedroht. Wo die Frontsoldaten auf die Räte treffen, kommt es zu Zusammenstößen. Versuche, die Soldatenräte zu behindern oder gleich ganz aufzulösen sowie die Embleme der Revolution zu beseitigen, sind keine Einzelfälle.

18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär



vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

18. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung droht dem Rat der Volksbeauftragten

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL reagiert scharf auf die vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beschlossenen Hamburger Punkte. Reichskanzler Friedrich Ebert wird massiv unter Druck gesetzt, weil sie Chaos, Niedergang, Bolschewismus und Wehrlosigkeit befördern. Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Wilhelm Groener erklären gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten ihren Rücktritt, falls die Hamburger Punkte angenommen und umgesetzt werden. „Die Verantwortung für alle Folgen würde vor dem deutschen Volke und der gesamten Welt sowie vor der Geschichte denjenigen zufallen, die diese Resolution durchsetzen würden.“

18. Dezember 1918 – Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung festgesetzt

Berlin * Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte Deutschlands in Berlin werden die Forderungen des Spartakusbundes und dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD zur Übertragung der gesamten Macht an die Arbeiter- und Soldaten-Räte abgelehnt. Die Mehrheit stimmt für den Antrag der MSPD, „bis



zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt“ dem Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] zu übertragen. Die Mehrheit beschließt, die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festzusetzen.

19. Dezember 1918 – Abschaffung des Rätesystems und ein Termin für die Wahl

Berlin * Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wird über die Frage Nationalversammlung oder Rätesystem beraten. Die Mehrheitssozialdemokraten wollen den Vollzugsrat, das Kontrollorgan des Rats der Volksbeauftragten auflösen. Max Cohen von der MSPD stellt deshalb den Antrag, künftig auf die Räte zu verzichten. Die USPD setzt sich für den Weiterbestand ein. Schlussendlich stimmen die Delegierten mit 344 gegen 98 Stimmen für die Abschaffung des Rätesystems und legen den Termin für die Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 fest.

19. Dezember 1918 – Der Zentralrat ohne Beteiligung der USPD

Berlin * Am Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wird über den noch zu wählenden Zentralrat debattiert. Dem Rat der Volksbeauftragten wird die gesetzgeberische und die vollziehende Gewalt übertragen. Der Zentralrat soll das Recht zur Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Deutschen Reiches und der Volksbeauftragten Preußens erhalten. Er muss bei der Berufung von Fachministern und Beigeordneten „gehört“ werden und soll das Kabinett „parlamentarisch überwachen“. Der Kongress beschließt gegen die Stimmen der USPD die Vorlage. Die Unabhängigen erklären daraufhin, sich nicht am Zentralrat zu beteiligen.

19. Dezember 1918 – Der Kongress der Räte Deutschlands wählt den Zentralrat

Berlin * Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wählt den Zentralrat, der nur aus Vertretern der MSPD und Soldaten besteht.

19. Dezember 1918 – Hindenburgs offener Ungehorsam

Kassel * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und die Oberste Heeresleitung - OHL



weigern sich, die vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beschlossenen Hamburger Punkte anzuerkennen und weisen die Generalkommandos an, ebenso zu verfahren.

Das ist offener Ungehorsam. Man will sich keinesfalls der demokratischen Willensbildung beugen.

20. Dezember 1918 – Die Hamburger Punkte werden abgeschwächt

Kassel - Berlin * Generalquartiermeister Wilhelm Groener reist nach Berlin, um über die Umsetzung der Hamburger Punkte mit dem Rat der Volksbeauftragten und dem Zentralrat zu verhandeln. Die Sache geht „dank Eberts geschickter Unterstützung, der wie wenige die Kunst des Abbiegens verstand, aus wie das Hornberger Schießen“, so Groeners Resümee. Der Rat der Volksbeauftragten und der Zentralrat verständigen sich darauf, den Beschluss des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zunächst nicht in Kraft treten zu lassen. Die Hamburger Punkte sollen für das Feldheer keine Anwendung finden. Außerdem sollen Ausführungsbestimmungen erlassen werden. Genau diese Vorgehensweise hat der Kongress zwei Tage vorher ausdrücklich abgelehnt.

23. Dezember 1918 – Helmut Schmidt wird in Hamburg geboren

Hamburg * Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird in Hamburg geboren.

24. Dezember 1918 – Die Gründung einer Kommunistischen Partei wird beschlossen

Berlin * Die 2. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands beschließt die Vereinigung mit dem Spartakusbund und spricht sich für die Gründung einer Kommunistischen Partei aus.

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom



badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

29. Dezember 1918 – Die USPD-Volksbeauftragten treten zurück

Berlin * Kurz nach Mitternacht erklären die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD (Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth) während der Sitzung der Volksbeauftragten und dem Zentralrat - sehr zur Freude der MSPD - ihren Rücktritt. Sie wollen Deutschland in Richtung eines Rätestaats verändern. Bereits um 0:15 Uhr teilt Reichskanzler Friedrich Ebert den Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten der Presse mit.

29. Dezember 1918 – Der Spartakusbund will eine eigenständige Partei werden

Berlin * Der Spartakusbund beschließt die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands - KPD.



30. Dezember 1918 – US-Bürger fordern Lebensmittel-Lieferungen für Deutschland

München-Maxvorstadt - Washington * Im Hotel Kaiserhof verfassen US-amerikanische Bürgerinnen und Bürger eine Petition an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, in der sie die baldige Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland fordern. Außerdem sprechen sie sich für den Abschluss eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] aus.

30. Dezember 1918 – Der Gründungsparteitag der KPD beginnt in Berlin

Berlin * Der radikale linke Flügel der USPD, der Spartakusbund, formiert sich auf einem Parteitag in Berlin zur Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. Der Parteitag dauert vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Obwohl Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Teilnahme an den Nationalwahlen empfehlen, lehnt dies der Parteitag ab.

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes



vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

10. Januar 1919 – Bremen wird Selbstständige Sozialistische Republik

Bremen * Die Hansestadt Bremen wird durch die Internationalen Kommunisten Deutschlands zur Selbstständigen Sozialistischen Republik, eine Räterepublik, erklärt. Die USPD ist zunächst bereit, gemeinsam mit den Kommunisten - unter Ausschluss der anderen politischen Kräfte - die Regierung zu übernehmen.

15. Januar 1919 – Die Münchner KPD-Zeitung Rote Fahne erscheint

München * Die Kommunistische Partei Deutschlands - KPD in München gibt unter der Leitung von Max Levien eine eigene Parteizeitung, die Münchner Rote Fahne, heraus.

16. Januar 1919 – Die Banken sperren der Bremer Räteregierung die Kredite

Bremen * Sämtliche Banken sperren der Räteregierung in Bremen die Kredite. Aus der Finanzkrise wird schnell eine Regierungskrise der gemeinsam regierenden Kommunisten mit der USPD.

18. Januar 1919 – Beginn der Friedenskonferenz in Paris



Paris * Beginn der Friedenskonferenz unter Ausschluss von Deutschland und seinen Verbündeten.

19. Januar 1919 – Erstmals können Frauen reichsweit wählen und gewählt werden

Deutsches Reich * Erstmals können Frauen in Deutschland reichsweit wählen und gewählt werden. 82,3 Prozent der Frauen beteiligen sich an der Wahl. 300 Frauen kandidieren zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Unter den 423 Abgeordneten befinden sich 37 Frauen. Die meisten weiblichen Abgeordneten gehören der Sozialdemokratischen Partei - SPD an. Rechnet man die Nachrückerinnen dazu, erreicht die Frauenquote 9,6 Prozent. Ein Wert, der erst 1983 wieder erreicht werden wird.

19. Januar 1919 – Wahl zum neuen gesamtdeutschen Reichstag

Deutsches Reich * Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung [= Reichstag] finden statt. Das deutschlandweite Ergebnis lautet: Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD: 37,9 Prozent = 163 Abgeordnete Christliche Volkspartei - Zentrum: 18,8 Prozent = 91 Abgeordnete Deutsche Demokratische Partei - DDP: 18,1 Prozent = 75 Abgeordnete Deutschnationale Volkspartei - DNVP: 8,6 Prozent = 44 Abgeordnete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD: 7,6 Prozent = 22 Abgeordnete Deutsche Volkspartei - DVP: 4,4 Prozent = 19 Abgeordnete Übrige Parteien: 1,6 Prozent = 7 Abgeordnete Der Wahlkreis Oberbayern und Schwaben erhält 15 Abgeordnetensitze. Davon fallen 6 Sitze auf die BVP, 6 Sitze auf die SPD, 2 Sitze auf den BBB und ein Sitz auf die Deutsche Volkspartei in Bayern - DVP. Von den 15 Abgeordneten gehört keiner der USPD an.

19. Januar 1919 – Ausführungsbestimmungen zu den Hamburger Punkten erlassen

Berlin * Die Reichsregierung erlässt Ausführungsbestimmungen zu den Hamburger Punkten, die der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 18. Dezember 1918 beschlossen hatte. Die Bestimmungen gehen an den Beschlüssen des Rätekongresses vollkommen vorbei und stärken dafür die Interessen der alten Offizierskorps.

21. Januar 1919 – Die USPD erreicht die Ausschreibung von Wahlen in Bremen



Bremen * Da die Bremer Kommunisten sich aus der Regierung - und damit aus der Verantwortung - zurückziehen wollen, gelingt es der USPD an diesem 21. Januar - mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Kommunisten -, dass Wahlen ausgeschrieben werden.

4. Februar 1919 – Kurt Eisner spricht auf der Sozialisten-Konferenz in Bern

Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner rechnet auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Bern mit den Sozialdemokraten ab, nachdem der Vertreter der MSPD, Otto Wels, eine wehleidige Rede hält, in der er die Haltung seiner Partei vor und während des Krieges den Vertretern des sozialistischen Europas darlegen will. Im Gegensatz zu Welsch bekennt sich Kurt Eisner ausdrücklich zur deutschen Schuld. Er erhält dafür am Kongress einen rauschenden Beifall, wird dafür aber in Deutschland bitter kritisiert. Annette Kolb, die als Journalistin in Bern dabei ist, vermerkt: „Was nun verlautete, war ein Plädoyer für Deutschland, wie es niemals ergreifender formuliert wurde. Seine kalte Stimme beibehaltend, enthüllte er die ganze Tragik des unglücklichen Landes. ‚Die Stimme derer, welche im Kampf um die Ideen einer besseren Welt namenlos in den Kerkern verblichen‘, rief er schneidend den fremden Delegierten zu, ‚drangen nicht bis zu euch! Stumm verbluteten sie‘. Und im Namen jener neuen und besseren Welt verlangte er die Freigabe der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Man hielt den Atem an. Denn vor uns stand ein Entronnener aus eben jener Schar stummer Blutzeugen für die Idee der Gewaltlosigkeit, der Wahrheit und der Menschenliebe. Dies war ihr Los wie vor 2.000 Jahren. In Eisner hatte der Kongress wohl seine eindrucklichste Figur“.

6. Februar 1919 – Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung

Weimar * Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung. In einer nüchtern vorgetragenen, von zahllosen Zwischenrufen von links und rechts unterbrochenen Rede erklärt er aller Welt sein Handeln seit dem 9. November und hält fest, was das Reich seither gewonnen hat: „Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.“ Und er ist froh, nun das Mandat, das die Revolution ihm aufzwang, zurückgeben zu können an den „höchsten und einzigen Souverän in Deutschland“. Nur auf dem „Weg der Gesetzmäßigkeit“ lassen sich in Deutschland die notwendigen Veränderungen voranbringen.

17. Februar 1919 – Auch in Mitteldeutschland wird gestreikt



Mitteldeutschland * Im mitteldeutschen Industriegebiet beginnt ein Generalstreik, nachdem das Wolff'sche Telegraphenbüro meldete: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Räteystem in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern.“

28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

3. März 1919 – Den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet

Berlin * Enttäuscht über die politische Entwicklung der Revolution von 1918/19, weiten Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD einen Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand aus. Ihre Ziele sind dieselben wie beim Spartakusaufstand im Januar 1919: Sturz



der Reichsregierung, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und Errichtung einer Räterepublik nach sowjetrussischem Vorbild. Zentrum der bürgerkriegsartigen Kämpfe ist die Innenstadt mit dem Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie Lichtenberg.

16. März 1919 – Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt

München-Maxvorstadt * Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt. Der Schriftsteller Heinrich Mann und Minister Hans Unterleitner halten die Gedenkrede. Heinrich Mann sagt: „Der verewigte Kurt Eisner wird beispielhaft in unserer Mitte weilen, seinen Tod überdauernd gewiss durch seine Taten, aber noch mehr durch das, was er war. Wir danken ihm nicht einfach den Sturz eines verworfenen Regiments, sondern dass dieses Regiment, das selbst in seinen weniger schändlichen Zeiten nichts anderes gewesen war als geistlose Gewalt, unvermittelt und in sinnbildlicher Art abgelöst wurde von der Menschenart, die Geist will und Geist schafft“. Dann folgen die berühmten Worte des Schriftstellers: „Die hundert Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Bewegung der Geister gebracht, als die fünfzig Jahre vorher. Sein Glaube an die Kraft des Gedankens, sich in Wirklichkeit zu verwandeln, ergriff selbst Ungläubige. In jeder Handlung sah er neben ihrer praktischen Wirkung ihr geistiges Gepräge. Achtstundentag, Demokratisierung des Heeres, eine befreite Schule, die wirtschaftliche Erfüllung der politischen Revolution: durch solche Taten dachte er, gleichwie in seinen Reden, die bis dahin verfemten Wahrheiten zu bezeugen. [...] In Bern, auf der Sozialistentagung, hatte, solange er sprach, Deutschland keinen Feind mehr. [...] Er ging aus einer Zeit des Wahnsinns und Verfalles mit ungebrochener Vernunft hervor. Er liebte die Menschen, traute ihnen die Kraft zur Wahrhaftigkeit zu und erwartete daher noch so viel von ihnen, dass er sich hütete, alles auf einmal zu verlangen. [...] Der erste wahrhaft geistige Mensch an der Spitze eines deutschen Staates erschien jenen, die über die zusammengebrochene Macht nicht hinwegkamen, als Fremdling und als schlecht. Dass er am Quell der Macht doch lauter blieb, widerstrebte ihren Begriffen. Seine Güte, die um keinen Preis, nicht einmal um den seines eigenen Lebens, Blut vergießen wollte, ihnen war sie Schwäche. [...] Bewahren wir sein unversehrtes Bild! Solange er da war, hatte die Revolution einen Sammelpunkt, in dem sie einig und ihrer frohen Zukunft gewiss war.“

24. März 1919 – Thomas Mann: Hoch der Kommunismus!

München * In dem Tagebuch von Thomas Mann findet sich die Mitteilung: „Die Nachrichten aus der Welt erschüttern mich sehr. Rücktritt des Grafen Karolyi und Ausrufung der Sowjet-Republik in Ungarn. Verständigung mit Moskau und Anmarsch russischer Truppen. In Wien



kommunistische Demonstration. In Italien Übergang des gesamten Sozialismus zum Kommunismus. Alles gegen den Entente-Imperialismus gerichtet [...]. Ich wünsche es fast nicht mehr, daß das ‚Siegerpack‘ sich durch die Wirkungen seiner Niedertracht in Ungarn witzigen lässt. Ablehnung des Friedens durch Deutschland! Aufstand gegen den Rhetor-Bourgeois! Nationale Erhebung, nachdem man sich von den Schwindel-Phrasen dieses Gelichters das Mark hat zermürben lassen, in Form des Kommunismus denn meinetwegen, ein neuer 1. August 1914!

Ich bin imstande, auf die Straße zu laufen und zu schreien ‚Nieder mit der westlichen Lügendemokratie! Hoch Deutschland und Russland! Hoch der Kommunismus!‘“

29. März 1919 – Protest gegen den Entwurf der Weimarer Verfassung

München * Dipl.-Ing. Otto Ballerstedt vom Bayernbund legt in einer von ihm einberufenen Versammlung Protest gegen die im Entwurf der Weimarer Verfassung beabsichtigte Beseitigung der bayerischen Reservatsrechte ein. Er sagt: „Für Großpreußen haben wir in Süddeutschland kein Verständnis. Wir wollen ein großes deutsches Reich mit wahrhaft gleichberechtigten Bundesstaaten.“

30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.

7. April 1919 – Teile des Bürgertums sind für eine Räterepublik

München * Ein Teil des Bürgertums ist über die Friedensbedingungen der Alliierten so enttäuscht, dass sie nichts gegen die Installierung einer Räterepublik einzuwenden haben. Sie glauben, dass die sozialistischen Politiker das Land so schnell in den Ruin treiben würden, dass die Siegermächte keine Reparationsleistungen mehr aus Deutschland herausholen könnten.

7. April 1919 – Hoffnung auf eine Räterepublik



München-Bogenhausen * Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch folgendes an: „Die erste Seite der Nachrichten mit der Proklamation der Räte-Republik bedeckt. Heute Generalstreik und ‚Nationalfeiertag‘. Anschluss an Ungarn und Russland, Bruch mit Berlin. Rote Garde. Sozialisierung der Presse. Expropriierungspläne [= Sozialisierungspläne]. Der Ton ist scharf, und doch ist klar, dass es sich um ein vorbeugendes Werk der Mehrheitssozialisten handelt, wie schon bei der ersten Revolution, allerdings so weit gehend, dass die Kommunisten mittun können. Doch rechne ich mit einer vierten, ganz radikalen Umwälzung, bevor der Rückschlag kommt. Es ist anzunehmen, dass das Reich folgen wird, und wenn der radikale Sozialismus in Deutschland haltbare Formen annimmt, wird auch den Proletariern der Entente-Länder, die dann von kapitalistischer Ausbeutung Deutschlands nichts mehr zu hoffen haben, nichts anderes mehr übrig bleiben. Man muss anerkennen, dass der Kapitalismus gerichtet ist.“

8. April 1919 – Ein reines Rätssystem wird vom Reichsrätekongress abgelehnt

Berlin * Robert Leinert (SPD), der Vorsitzende des Zentralrats der Deutschen sozialistischen Republik, eröffnet in Berlin den Zweiten Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands. Der Kongress dauert bis zum 14. April. Der Kongress lehnt die Einführung eines reinen Rätessystems als Alternative zur parlamentarischen Demokratie mit großer Mehrheit ab. Ein Antrag, der eine gleichberechtigte Kammer der Arbeit neben den Reichstag stellen möchte, wird dagegen angenommen. Vom Grundgedanken einer Demokratisierung der Betriebs- und Wirtschaftsverfassung werden nur die Personal- und Betriebsräte übrig bleiben.

14. April 1919 – 5.000 Württemberger für die Niederschlagung der Räterepublik

Bamberg * Während Ministerpräsident Johannes Hoffmann nur noch Schadensbegrenzung betreiben und dem Freikorpsführer Franz Ritter von Epp die Erstürmung Münchens verbieten möchte, hofft der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, dass 5.000 württembergische Soldaten für die Niederschlagung der Münchner Räterepublik bereitgestellt werden. Das Angebot hat die Regierung Hoffmann vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Wilhelm Blos erhalten, dem es darum geht, die Eigenständigkeit Süddeutschlands im Reich zu stärken. Ihm war klar, wenn Bayern unter die Reichshoheit fallen sollte, dann würden in Zukunft auch die übrigen süddeutschen Länder nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber Preußen spielen können.



14. April 1919 – Die erste Diktatur des Proletariats in Deutschland

München * Nun beginnt der erste Versuch, auf deutschem Boden eine Diktatur des Proletariats zu errichten.

15. April 1919 – Nummer 1 der „Mitteilungen“ erscheint

München * Nummer 1 der Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte erscheint. Eugen Leviné schreibt darin die folgenden Zeilen zu der ins Stocken geratenen Revolution in Deutschland: „München ist heute eine revolutionäre Insel mitten in einem schwarzen Meere. Aber die revolutionäre Flut steigt. In Revolutionszeiten kommt jede Stunde einem Monat gleich. Die Massen lernen mit jedem Tag immer mehr ihre wirklichen Ziele kennen und schlagen sich auf unsere Seite.“

20. April 1919 – Die größte militärische Operation der Nachkriegszeit hat begonnen

Weimar - Augsburg - München * Mit dem von Reichswehrminister Gustav Noske eingerichteten „Oberkommando der Reichsaktion gegen München“ hat die größte militärische Operation der Nachkriegszeit begonnen. 35.000 Soldaten aus Bayern, Württemberg und Norddeutschland marschieren auf München zu.

5. Mai 1919 – 12 Perlacher Arbeiter werden im Hofbräukeller hingerichtet

München-Haidhausen * Der 19-jährige Konrad Zeller sagt als Zeuge der Erschießungen im Hofbräukeller folgendes aus: „Gleich nach unserer Ankunft im Hofbräukeller mussten wir in Reihe antreten. Jemand, wer weiß ich nicht, gab den Befehl: ‚Ludwig raus‘. Ludwig wurde von 2 Soldaten hinter das Auto geführt. Gleich darauf krachte es 2 oder 3 mal. Ich glaube, dass Ludwig sofort erschossen worden ist“. Gegen Mittag werden die übrigen elf Perlacher von Erschießungskommandos hingerichtet. Bei den Ermordeten handelt es sich um den bereits erwähnten Hafnermeister Josef Ludwig sowie die Hilfsarbeiter Artur Koch, Johann Keil, Sebastian Hufnagel, Albert Dengler, sowie den Arbeiter Albert Krebs, der Schweizer Staatsbürger war, weiters um den Schreiner Georg Jakob, den Maurer Josef Jakob, den Eisenbahnarbeiter Georg Eichner, den Arbeiter Konrad Zeller, den Korbmacher August Stöber und den Former Johann Fichtl. Josef Ludwig ist Vorsitzender des Perlacher Arbeiterrats, dem aus dem Kreis der Ermordeten noch Josef Jakob und August Stöber angehören. Außerdem ist Ludwig Mitglied im



Gemeindeausschuss und steht dem wichtigen Lebensmittelausschuss vor. Von den zwölf Ermordeten sind zehn Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. Zwei der Getöteten sind Junggesellen; insgesamt werden zehn Frauen zu Witwen, die sich um 46, davon 35 minderjährige Kinder [!], sorgen müssen.

7. Mai 1919 – Übergabe des Entwurfs für den Versailler Vertrag

Versailles * Im Trianon-Palast-Hotel in Versailles wird dem deutschen Bevollmächtigten der Entwurf der Friedensbedingungen überreicht. Deutschland kann innerhalb von 14 Tagen schriftliche Bemerkungen dazu abgeben. Eine mündliche Aussprache soll nicht stattfinden.

8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

9. Mai 1919 – Dankschreiben des Ministerpräsidenten an die Weißen Truppen

München * Im Regierungsorgan Freistaat wird ein Dankschreiben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann [SPD] an Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven veröffentlicht. Dem militärisch Verantwortlichen für den hundertfachen Mord und Oberbefehlshaber der Weißen Truppen spricht die bayerische Staatsregierung den „herzlichen Dank“ aus. Wörtlich heißt es: „Für die umsichtige Leitung und Durchführung der zur Befreiung Münchens aus der Hand der Bolschewisten notwendigen militärischen Operationen spreche ich zugleich im Namen des Gesamtministeriums den herzlichen Dank aus. Größte Anerkennung gebührt den aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Truppen, die in selbstloser Opferbereitschaft unserm bedrängten Bayernland und dem ganzen Reich den größten Dienst erwiesen.“

8. Januar 1920 – Gründungsfeier des Volksbundes für Kunst und Theater



München-Kreuzviertel * Im Konzertsaal des Hotels Bayerischer Hof findet die offizielle Gründungsfeier des Volksbundes für Kunst und Theater statt. Der antisemitisch gesinnte Komponist Hans Pfitzner spielt Klavier. Die Initiatoren des Verbandes rufen auf zum Aufbau eines neuen Deutschlands und beschwört die Wiedererweckung geistiger Werte in einer Zeit materialistischer Kultur, die Volksseele muss veredelt werden „für eine neue größere Zukunft“.

Alles Schlagworte aus dem Repertoire völkischer Ideologen, die sich gegen die künstlerische Moderne und die Weimarer Demokratie richten. Damit will der Volksbund „alle christlichen Volksteile Münchens“ erreichen, um sie letztlich „von der Diktatur des Cliquenwesens und der Tagesmode“ zu befreien.

10. Januar 1920 – Der Versailler Vertrag tritt in Kraft

Deutsches Reich * Der Versailler Vertrag tritt in Kraft. Der Vertrag weist Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Rolle des Aggressors im Ersten Weltkrieg zu. Das Deutsche Reich wird finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht. Hohe Reparationsforderungen sind die Folge. Dazu umfangreiche Gebietsabtretungen und eine militärische Abrüstung durch die Reduzierung der Berufsarmee auf maximal 100.000 Mann einschließlich höchstens 4.000 Offiziere und eine Marine mit 15.000 Mann. Dazu kommen Vorschriften zur Ausstattung der Wehrmacht.

17. Januar 1920 – Der Soziologe Max Weber wird aus dem Hörsaal gejagt

München-Maxvorstadt * Als Anfang 1920 der nationalistische Eisner-Mörder, Anton Graf Arco-Valley, aufgrund eines Antrags der Münchner Studentenschaft begnadigt, und damit vor der Hinrichtung bewahrt wurde, tobten die Studenten vor Begeisterung. Professor Max Weber kommentiert dies so: „Die politischen Morde werden Schule machen. [...] Sie haben den Grafen Arco gefeiert, weil dieser, wie es auch meine Überzeugung ist, vor Gericht ritterlich und in jeder Beziehung mannhaft aufgetreten ist. Seine Tat ging aus der Überzeugung hervor, dass Kurt Eisner Schande auf Schande über Deutschland gebracht hat. Dieser Meinung bin ich auch. Trotzdem ist es eine schlimme Schwäche, ihn zu begnadigen, solange das Gesetz gilt, und ich als Ministerpräsident hätte ihn erschießen lassen. Aber das Ministerium ist vor ihnen zurückgewichen.“ Nach diesen Ausführungen wird der Soziologe aus dem Hörsaal gejagt.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch führt zum Rücktritt der bayerischen Regierung



Berlin * In Berlin findet der rechtsradikale Kapp-Putsch statt. Parallel dazu fordern in München der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav von Kahr, Polizeipräsident Ernst Pöhner und Wehrkreiskommandant Arnold von Möhl den von der SPD gestellten bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zum Rücktritt auf. Was in Berlin scheitert, gelingt in München. Gustav Ritter von Kahr bildet - unter Beteiligung der Bayerischen Volkspartei - BVP - eine rechtskonservative Regierung, die alle rechtsextremen Gruppierungen sowie militanten Verbände fördert und schützt. Ministerpräsident wird Gustav von Kahr, der zu dieser Zeit auch Adolf Hitler kennenlernt und den er als „Trommler“ für die nationale Sache einspannen will, um mit seiner Hilfe den Kommunismus und den Marxismus abzuwehren und um die „gestörte Ordnung“ in Deutschland wieder ins rechte Lot zu bringen. Die rechtsradikalen Verbände können umgekehrt von Bayern aus ihren ideellen Boden vorbereiten. Gustav von Kahr ist die Integrationsfigur all jener Kräfte in Bayern, die durch einen Staatsstreich die parlamentarische Demokratie abschaffen und die staatliche Unabhängigkeit Bayerns von Berlin vorbereiten wollen.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.

5. September 1920 – Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern

München-Au * Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern, in der er die Juden verurteilt, da sie hinter dem Elend Deutschlands stecken. Wenn man erst mal die Macht habe, so sagt Hitler weiter, dann „werde man den Fetzen von einem Friedensvertrag zerreißen“. Der NSDAP-Parteivorsitzende führt aus, dass Deutschland zwar geknebelt und



wehrlos ist, sich aber nicht vor einem Krieg gegen Frankreich scheuen darf. Seine Rede beendet er mit dem Schiller-Wort: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und Gefahr“.

18. Oktober 1921 – Ex-König Ludwig III. stirbt in seinem ungarischen Exil Sárvár

Sárvár * Der abgesetzte König Ludwig III. stirbt in seinem ungarischen Exil Sárvár an den Folgen einer Lungenentzündung. Der Tod und die Rückkehr der sterblichen Hülle des alten Königs wird von ultrakonservativen Kreisen zur politischen Demonstration hochstilisiert. Da für die Bayerische Staatsregierung ein Staatsbegräbnis nicht in Frage kommt, stellt sich Gustav von Kahr als Privatperson für die Organisation der Feierlichkeiten zur Verfügung. Kahr verfolgt zielgerichtet sein Anliegen, bei den Trauerzeremonien die „Kraft des monarchischen Gedankens“ herauszustellen. Die geplanten Beisetzungsfeierlichkeiten für den abgesetzten König sollen eine Antwort auf den Trauerzug für den Revolutionär Kurt Eisner werden, der sich am 26. Februar 1919 mit nahezu 100.000 Menschen durch die Straßen Münchens bewegt hatte. Es sollte eine „Trauerfeier werden, wie sie München und Deutschland noch nie gesehen haben, ein Akt treuer Huldigung, aber auch Abbitte für das dem König angetane große Unrecht“.

1922 – Die Cenovis-Werke werden Marktführer in der Hefeverwertung

München-Au * Die Cenovis-Werke betreiben die größte Hefeverwertungsanlage Deutschlands und bauen ihre Stellung in der Nahrungsmittelproduktion weiter aus. Im selben Jahr übernehmen sie auch den Saalbau der ehemaligen Münchner Kindl-Brauerei an der Rosenheimer Straße und erweitern damit ihren Unternehmensstandort.

30. August 1922 – Konrad Adenauer widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber

München * Der Präsident des Katholikentages, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber zwar erst drei Tage später, verwahrt sich aber immerhin öffentlich gegen diese Aussagen: „Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht. [...] Es verrät Mangel an historischem Blick, die heutige Verfassung verantwortlich zu machen für die heutigen Zustände“. Denn, so Adenauer weiter: „Wenn im Herbst der Wind die Blätter von den Bäumen fegt, so ist der Wind nur der Anstoß, denn die Blätter waren alt und müde, und wenn der Sturm Äste und Bäume bricht, so war der



Sturm bloß der Anstoß, denn die Bäume und Äste waren alt, denn wären sie nicht morsch und lebensschwach gewesen, so hätten sie den Sturm überdauert.“ Und der Rheinländer setzte noch einen drauf, als er sagte: „Wie ich an das Walten einer Gerechtigkeit glaube, so glaube ich auch daran, daß etwas, was gut und stark ist, nicht untergehen kann“. Jetzt wird Kardinal Faulhaber richtig zornig. „Herr Oberbürgermeister“, herrscht der Münchner Erzbischof den späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie einen Schuljungen an: „Sie haben unserem König nicht die schuldige Achtung erwiesen“. In einer Denkschrift hält Konrad Adenauer die Gefährlichkeit der Haltung und Auffassung des Kardinals in aller Deutlichkeit fest: „Die Haltung des Kardinals Faulhaber ist unverträglich mit den Interessen des deutschen Katholizismus. Er muß entweder eine grundsätzliche Schwenkung einnehmen oder dazu angehalten werden, sich jeder politischen Betätigung auf das Strikteste zu enthalten“.

29. September 1922 – Das Brecht-Bühnenstück „Trommeln in der Nacht“ wird uraufgeführt

München-Maxvorstadt * Das Theaterstück „Trommeln in der Nacht“ des 24-jährigen Bert Brecht, wird unter der Regie von Otto Falckenberg in den Münchner Kammerspielen, damals noch in der Augustenstraße 89, uraufgeführt. Das Stück spielt vor dem Hintergrund der revolutionären Kämpfe in Deutschland 1918/19. Bei der Uraufführung hängen im Zuschauerraum Plakate mit Aufschriften wie „Glottz nicht so romantisch“. Karl Valentin und Liesl Karlstadt sind bei der Premiere anwesend. Das Stück wird am nächsten Tag unter Mitwirkung von Karl Valentin und Liesl Karlstadt parodiert.

13. Mai 1923 – Der Muttertag wird erstmals in Deutschland gefeiert

Deutsches Reich * Auf Initiative des Verbands Deutscher Blumengeschäftsinhaber wird am 13. Mai 1923 erstmals der „Muttertag“ in Deutschland gefeiert. Die Nationalsozialisten nutzten den Muttertag für ihre Propaganda und machten ihn zum Feiertag, was ihn bis heute teils umstritten macht.

26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten.

Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der



Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.

26. März 1924 – Dr. Hermann Schüleln wird Generaldirektor der Löwenbräu AG

München-Maxvorstadt * Nach dem Tod von Friedrich Ritter von Mildner übernimmt Dr. Hermann Schüleln dessen Nachfolge als Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Löwenbräu AG. Damit steht er an der Spitze eines der bedeutendsten Brauereiunternehmen Deutschlands und prägt dessen weitere Entwicklung maßgeblich.

2. April 1924 – Graf Arco und Adolf Hitler lernen sich in der Haft kennen

Landsberg * Während der letzten sechs Wochen seiner Inhaftierung lernt Graf von Arco einen Neuzugang kennen, der die Haftruhe - wie auch Graf Arco selbst - zum Niederschreiben seiner Gedanken und Pläne nutzt: Adolf Hitler. Dieser beginnt in Landsberg mit seinem Werk „Mein Kampf“, in dem er unter anderem den deutschen „Föderalismus“ als Schwächung Deutschlands geißelt.

27. Februar 1925 – Adolf Hitler gründet im Bürgerbräukeller die NSDAP neu

München-Haidhausen * Adolf Hitler gründet nach seiner Haftentlassung im Bürgerbräukeller die NSDAP neu. In seiner Rede über „Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung“, in der er den Bürgerkrieg ankündigt und bemerkt, es gehe dabei entweder der Feind über seine Leiche oder er über die Leiche des Feindes. Das führt zu Hitlers Redeverbot in öffentlichen Versammlungen. Bis zum 5. März 1927 kann die NSDAP nur mehr geschlossene Veranstaltungen durchführen.

1926 – Die Münchner Kammerspiele ziehen in die Maximilianstraße

München-Graggenau * Die wirtschaftliche Krise des Münchner Schauspielhauses eröffnet den Münchner Kammerspielen die Möglichkeit, ihre inzwischen zu klein gewordene Spielstätte in der Augustenstraße 89 zu verlassen und in das renommierte Theatergebäude an der Maximilianstraße umzuziehen. Die häufig als „Fusion“ bezeichnete Verbindung der beiden Bühnen erfolgt dabei nicht als Zusammenschluss gleichberechtigter Theaterunternehmen.



Vielmehr übernehmen die wirtschaftlich und künstlerisch erfolgreichen Münchner Kammerspiele die Rolle des zahlungsunfähig gewordenen Schauspielhauses und beziehen dessen traditionsreichen Theaterbau. Mit dem Umzug unter der Leitung von Otto Falckenberg im Jahr 1926 endet die Geschichte der Augustenstraße 89 als Spielstätte der Münchner Kammerspiele. Gleichzeitig verschmelzen die Traditionen des 1912 gegründeten Kammerspieltheaters und des 1901 eröffneten Schauspielhauses zu einer neuen Einheit. Das Jugendstiltheater in der Maximilianstraße wird fortan zur Heimat der Münchner Kammerspiele und zu einem der bedeutendsten Theaterstandorte Deutschlands.

Juni 1928 – Der Bugatti Royale Typ 41 erstmals beim Großen Preis von Deutschland

Nürburgring * Beim Großen Preis von Deutschland am Nürburgring wird der Bugatti Royale Typ 41 erstmals öffentlich vorgeführt. Das Auto ist sechs Meter lang, schluckt fünfzig Liter Benzin pro hundert Kilometer und erreicht dank seines 300 PS starken Motors eine Höchstgeschwindigkeit von 200 km/h.

1. August 1929 – Indianer im Tierparkgelände

München-Giesing * Eine 25 Personen starke Indianertruppe des Zirkus Sarrasani hält sich im Tierparkgelände auf. Big Chief White Horse Eagle, der „Oberhäuptling aller noch lebenden Indianer“, führt - zur Eröffnung des Raubtierhauses - zusammen mit seinem Stamm verschiedene heimatliche Lieder und Tänze auf. Über die Herkunft des angeblichen Indianerhäuptlings der Osagen ist bis auf seine relativ zweifelhaften Selbstauskünfte nichts bekannt. Angeblich war er 107 Jahre alt und er erklärte, dass er bereits 1887 in Deutschland war und Otto von Bismarck die Hand geschüttelt habe. Zuvor, am 18. Juni, hatte er mit seiner weißen Frau Karl Mays Grab in Radebeul besucht und anschließend für eine Postkartenserie posiert.

3. April 1930 – Helmut Kohl wird in Ludwigshafen geboren

Ludwigshafen * Helmut Kohl, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Ludwigshafen geboren.

September 1930 – Die ersten Steilwandfahrer Deutschlands auf der Wiesn



München-Theresienwiese * Auf dem Oktoberfest kann man in Deutschland die ersten Steilwandfahrer bewundern. Gezeigt werden sie in „Gabriel und Ruprechts Amerikanische Steilwand Todesfahrt“.

1931 – Die Tierpark Aktiengesellschaft kauft das Tierparkgelände

München-Giesing * Die „Münchner Tierpark Aktiengesellschaft“ kann das Tierparkgelände käuflich von der Stadt erwerben. Hellabrunn ist nach dem Berliner Zoo der zweitgrößte Deutschlands.

5. September 1931 – Letzte Synagogeneinweihung vor der NS-Zeit

München-Isarvorstadt * Mit der feierlichen Einweihung der Synagoge an der Reichenbachstraße am 5. September 1931 erhält die orthodoxe jüdische Gemeinde Münchens ein neues religiöses Zentrum. Das Gotteshaus ist die letzte Synagoge, die in Deutschland vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten neu eingeweiht wird. Nur wenige Jahre später setzt das NS-Regime der Entfaltung jüdischen Gemeindelebens ein gewaltsames Ende.

30. Januar 1933 – Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung

Berlin - Deutsches Reich * Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 beginnt für die jüdische Bevölkerung Deutschlands eine neue Phase der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitische Diskriminierung, die bereits zuvor das öffentliche Leben prägt, wird nun zur staatlichen Politik. In den folgenden Jahren werden jüdische Bürger systematisch entrechtet, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt und zunehmend Gewalt und Terror ausgesetzt. Auch für die Münchner Juden verschärft sich die Lage rasch. Die nationalsozialistische Machtübernahme markiert den Beginn einer Entwicklung, die über Entrechtung, Enteignung und Verfolgung schließlich in Deportation und Ermordung mündet.

März 1933 – Die Volkshochschule im Dienst des NS-Regimes

München * Die Volkshochschule der Hauptstadt der Bewegung ist die erste Volkshochschule in Deutschland, die sich in den Dienst des nationalsozialistischen Staates stellt. Dennoch kann die Bildungseinrichtung ihre Gleichschaltung und - damit verbunden - ihre Auflösung nicht



verhindern.

5. März 1933 – Die gemeinsamen Feinde der katholischen Kirche und der NSDAP

München-Kreuzviertel - München-Maxvorstadt * In ihrer unbedingten Gegnerschaft zum Bolschewismus und zur Freidenker- und Gottlosenbewegung sind sich katholische Kirche und NSDAP einig. In einem Schreiben teilt Kardinal Michael von Faulhaber dem päpstlichen Nuntius Alberto Vassallo di Torregrossa mit: „Verbot auf die gesamte kommunistische Propaganda und auf die sozialdemokratischen Freidenkerverbände ausgedehnt, die ebenso radikal wie die eigentlichen Proletarier gegen christlichen Glauben und christliche Sitte wüteten. [...] Sicher müssen neben den staatlichen Gewaltmitteln heute die kirchlichen Kräfte neu erweckt werden, um den Vormarsch des russischen Bolschewismus zum Weltbolschewismus in Deutschland aufzuhalten.“

30. März 1933 – Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden

München-Kreuzviertel - Chicago * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber rechtfertigt die Ausschreitungen gegen die Juden und schreibt dazu seinem Amtsbruder George Mundelein nach Chicago: „Die unwahren Berichte über blutige Greueltaten in Deutschland, die in amerikanischen und anderen ausländischen Zeitungen erschienen sind, und die Angriffe gegen die neue Regierung in Deutschland wegen ihres Kampfes gegen den Kommunismus, haben die deutsche Regierung veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und vom 1. April ab den Boykott gegen alle jüdischen Geschäfte mit aller Strenge durchzuführen.“

16. April 1933 – Der „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ gegen Thomas Mann

München * Gegen den „Wagner-Vortrag“ Thomas Manns organisieren der Bayerische Staatsoperndirektor Prof. Hans Knappertsbusch und der Generalmusikdirektor Prof. Dr. Hans Pfitzner einen „Protest der Stadt München“. Dieser wird in den Münchner Neuesten Nachrichten abgedruckt und ist von den führenden Vertretern des künstlerischen Lebens Münchens unterzeichnet worden. Darunter der Präsident der Akademie der Bildenden Künste, Prof. Dr. German Bestelmeyer; der Bildhauer Bernhard Bleeker; Oberbürgermeister Karl Fiehler; der Akademieprofessor Olaf Gulbransson; der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, Clemens von Frankenstein; der



Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß; der Präsident der Industrie- und Handelskammer Josef Pschorr und viele andere Honoratioren mehr. In dem Protestschreiben heißt es: „Nachdem die nationale Erhebung Deutschlands festes Gefüge angenommen hat, kann es nicht mehr als Ablenkung empfunden werden, wenn wir uns an die Öffentlichkeit wenden, um das Andenken an den großen deutschen Meister Richard Wagner vor Verunglimpfung zu schützen. Wir empfinden Wagner als musikalisch-dramatischen Ausdruck tiefsten deutschen Gefühls, das wir nicht durch ästhetisierenden Snobismus beleidigen lassen wollen, wie das mit so überheblicher Geschwollenheit in Richard-Wagner-Gedenkreden von Herrn Thomas Mann geschieht. [...] Wir lassen uns eine solche Herabsetzung unseres großen deutschen Musikgenies von keinem Menschen gefallen, ganz sicher aber nicht von Herrn Thomas Mann, [...]. Wer sich selbst als derart unzuverlässig und unsachverständig in seinen Werken offenbart, hat kein Recht auf Kritik wertbeständiger deutscher Geistesriesen.“ Thomas Mann wiederholt seinen Vortrag in Amsterdam, Brüssel und Paris. Doch nach dem „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ kann er nicht mehr in seine Heimatstadt zurückkehren.

12. Mai 1933 – Oskar Maria Graf veröffentlicht: „Verbrennt mich! - Ein Protest“

Wien * Oskar Maria Graf veröffentlicht in der marxistischen Wiener Arbeiter-Zeitung unter der Überschrift „Verbrennt mich! - Ein Protest“ seine Nachverbrennung. „Laut ‚Berliner Börsencourier‘ stehe ich auf der ‚weißen Autorenliste‘ des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes ‚Wir sind Gefangene‘, werden empfohlen: Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des ‚neuen‘ deutschen Geistes zu sein! Vergebens frage ich mich: Womit habe ich diese Schmach verdient? [...] Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht zu verlangen, dass meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen. Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selbst wird unauslöschlich sein wie eure Schmach!“ Oskar Maria Graf

1934 – Das „Kuratorium für das Braune Band von Deutschland“ gegründet

München * Der NS-Ratsherr Christian Weber gründet das „Kuratorium für das Braune Band von Deutschland“.

20. Oktober 1934 – Die erste deutschlandweite Razzia der Nazis gegen Homosexuelle



München-Angerviertel * Die deutschlandweit erste, groß angelegte Razzia der Nazis gegen Homosexuelle. Im Zentrum dieser Maßnahme steht der Gasthof Schwarzfischer in der Dultstraße, zusammen mit dem Arndthof am Glockenbach und diversen einschlägig bekannten Parks, Bedürfnisanstalten und Privatwohnungen. Insgesamt werden bei dieser Aktion 145 Männer festgenommen und in die Ettstraße gebracht. Dort wird abgeglichen, ob es sich um Wiederholungstäter handelt, die sich anschließend Umerziehungsmaßnahmen unterziehen müssen. 39 Festgenommene kommen ins KZ Dachau, viele werden auch nach ihrer Freilassung noch jahrelang schikaniert. Wiederholungstäter ist, wer in der berüchtigten Rosa Liste verzeichnet ist. Dieses Verzeichnis der Homosexuellen besteht bereits seit der Kaiserzeit.

November 1934 – Der Reichsbauerntag in Goslar und die Seidenerzeugung

Goslar * Der Durchbruch für die erneute Seidenerzeugung in Deutschland kommt erst auf dem Reichsbauerntag in Goslar im November 1934. Die NSDAP hat dort zur „Erzeugungsschlacht der deutschen Landwirtschaft“ aufgerufen. Das Ziel des Agrarprogramms ist die maximale Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, um den Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln, aber eben auch an Textilrohstoffen weitestgehend aus eigener Erzeugung zu sichern. Das bedeutete die Förderung der Seidenraupenzucht durch den Anbau von Maulbeerbäumen.

1935 – Die Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH

München-Au * Der neue Besitzer der Zentrale des Konsumvereins München von 1864 heißt Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH. Das Ende der Konsumgenossenschaften ist der Aufschwung des Auer Bäckers Josef Bernbacher. Nach der Auflösung der Verbrauchergenossenschaften nutzt er die Gunst der Stunde und kehrte in die Au zurück. Unter dem Versprechen, kein Brot mehr herzustellen, übernimmt Bernbacher das Gelände des Konsumvereins München von 1864 und verlegt sich auf einen Geschäftszweig, den die Genossenschaft im Jahr 1922 eingeführt hatte: die Teigwarenherstellung. Heute ist die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG einer der größten Nudelhersteller in Deutschland.

15. September 1935 – Die Nürnberger Gesetze bringen die völlige Entrechtung der Juden

Nürnberg * Mit den Nürnberger Gesetzen wird die völlige Entrechtung der Juden in Deutschland eingeleitet. Sie teilen sie in sogenannte Voll-, Halb- oder Viertel-Juden ein. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbietet die Eheschließung



zwischen Juden und Nichtjuden sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen.

Für „Verbrechen der Rassenschande“ werden hohe Zuchthausstrafen oder KZ verhängt. Unter Zuhilfenahme der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ können Angeklagte sogar zum Tode verurteilt werden. Das Reichsbürgergesetz macht Juden zu Bürgern zweiter Klasse. Anton von Arco gehört damit zu den Halbjuden, doch sein Ruhm als Eisner-Mörder schützt ihn vor weiteren Verfolgungen.

November 1935 – Dr. Hermann Schüle in scheidet aus der Löwenbräu AG aus

München-Maxvorstadt * Dr. Hermann Schüle in beendet seine Tätigkeit bei der Löwenbräu AG. Offiziell erfolgt sein Ausscheiden auf eigenen Wunsch unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand. Der Rückzug fällt in eine Zeit zunehmenden politischen Drucks auf jüdische Unternehmer und Führungskräfte im nationalsozialistischen Deutschland.

Februar 1936 – Dr. Hermann Schüle in emigriert in die Schweiz

München - Schweiz * Dr. Hermann Schüle in und seine Ehefrau Luise „Fanny“ verlassen Deutschland und ziehen zunächst in die Schweiz. Vor der Ausreise müssen sie ein sogenanntes Auswanderersperrkonto bei der Deutschen Bank einrichten, wie es die nationalsozialistischen Behörden von Emigranten verlangen. Ein Teil ihres Privatbesitzes verbleibt in Deutschland und übersteht die Zeit des Nationalsozialismus weitgehend unbeschadet. Die Emigration markiert einen weiteren Einschnitt im Leben der Familie Schüle in, die zunehmend von der Verfolgungspolitik des NS-Regimes betroffen ist.

16. Mai 1936 – Das Kuratorium für das Braune Band von Deutschland

München * NS-Ratsherr Christian Weber reicht die Satzung des aus dem Kuratorium für das Braune Band von Deutschland hervorgegangenen Verein Das Braune Band von Deutschland beim Registergericht München ein.

12. Juni 1936 – „Das Braune Band von Deutschland“ wird zur Reichsorganisation

München-Maxvorstadt * Dem Verein „Das Braune Band von Deutschland“ wird der Charakter einer Reichsorganisation verliehen. Er bekommt damit einen quasi-öffentlich-rechtlichen Status.



November 1936 – Dr. Hermann Schüle in lässt sich in New York nieder

New York * Dr. Hermann Schüle in lebt nun in New York. Nach seiner Emigration aus Deutschland wohnt er zunächst im Hotel Dorset, bevor er eine Wohnung an der Adresse 1136 Fifth Avenue bezieht. Mit dem Umzug in die Vereinigten Staaten beginnt für ihn und seine Familie ein neues Leben im Exil.

Februar 1937 – Die Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke wird verändert

München-Au * Der Anteil der in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile an den Cenovis-Werken wird auf 48,47 Prozent reduziert. Mit dieser Veränderung der Eigentümerstruktur erreicht das Unternehmen zunächst die Einstufung als nichtjüdischer Betrieb. Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmenden wirtschaftlichen Ausgrenzung jüdischer Unternehmer im nationalsozialistischen Deutschland.

5. September 1937 – Letztes Jubiläum der Hauptsynagoge

München-Kreuzviertel * Die Israelitische Kultusgemeinde München begeht den 50. Jahrestag der Einweihung der Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Damit jährt sich die feierliche Eröffnung des Gotteshauses von 1887 zum letzten Mal. Die bei der Einweihung geäußerte Hoffnung, die Synagoge möge „vor widrigen Schicksalen bewahrt bis in ferne Jahrhunderte übergehen“, erfüllt sich nicht. Bereits wenige Monate später wird das Gebäude auf Anordnung des NS-Regimes abgebrochen. Offiziell erfolgt die Maßnahme aus „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“, tatsächlich wird die Hauptsynagoge als erste Synagoge Deutschlands gezielt von den Nationalsozialisten zerstört. Ihr Abriss markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung.

Mai 1938 – Verhandlungen über den Verkauf von Cenovis-Anteilen beginnen

München-Au - Berlin * Die Cenovis-Werke nehmen Verhandlungen mit der Maggi Gesellschaft mbH in Berlin über den Verkauf der sich noch in jüdischem Besitz befindlichen Unternehmensanteile auf. Die Gespräche stehen im Zusammenhang mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Druck auf jüdische Unternehmer und Anteilseigner im nationalsozialistischen Deutschland und markieren einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischen Eigentums aus der deutschen Wirtschaft.



9. Juni 1938 – Beginn des Abrisses der Hauptsynagoge

München-Kreuzviertel * Die Abbrucharbeiten an der Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße beginnen. Mit den Arbeiten wird die Baufirma Leonhard Moll beauftragt. Der Abriss erfolgt auf Anordnung des NS-Regimes und markiert die erste gezielte Zerstörung einer Synagoge in Deutschland durch die Nationalsozialisten noch vor den Novemberpogromen von 1938. Für die jüdische Gemeinde Münchens bedeutet der Verlust ihres bedeutendsten Gotteshauses einen schweren Einschnitt. Die Zerstörung der Synagoge wird öffentlich inszeniert und macht die zunehmende Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung sichtbar.

10. Juni 1938 – Die Cenovis-Werke geraten unter zunehmenden politischen Druck

München * Die Industrie- und Handelskammer München fordert von den Cenovis-Werken, ihre Eigentümerstruktur bis zum 31. Juli 1938 entsprechend den Vorgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu ändern. Andernfalls droht die Streichung aus dem Verzeichnis der als nichtjüdisch eingestuften Betriebe. Gleichzeitig verlangt die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft den Nachweis, dass das Unternehmen als „arisch“ gelte. Bis zur Klärung dieser Frage verweigert der Branchenverband die Einlösung von Malzabholtscheinen der Cenovis-Werke. Die Maßnahmen verdeutlichen den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, dem Unternehmen mit jüdischen Eigentümern im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt sind.

Oktober 1938 – Die „Reichsfluchtsteuer“ für die Familie Haas wird auf 125.000 RM festgesetzt

München * Nachdem die Familie Haas ihren „Antrag auf Ausreise“ gestellt hat, wird die „Reichsfluchtsteuer“ auf 125.000 RM festgesetzt. Das entspricht dem Wert des Immobilienbesitzes. Als es dann im Oktober 1938 zum Verkauf an die „Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Landesstelle München“ kommt, wird der Wert der Häuser von den staatlichen Prüfern auf nur mehr 45.000 RM festgesetzt. Damit geht der Kauf für ein Butterbrot über die Bühne. Die finanziellen Belastungen der „Reichsfluchtsteuer“ bleiben dennoch bestehen. Daneben werden der Familie Haas noch alle wertvollen Gegenstände abgenommen.

27. Oktober 1938 – Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden verhaften

Deutschland - Polen * Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit



verhaften und an die polnische Grenze transportieren. Da der polnische Staat zunächst die Einreise seiner Staatsbürger verweigert, vegetieren die Menschen im Grenzgebiet in der Zwischenzeit dahin. Unter den 17.000 befinden sich auch die Eltern des Herschel Gryspan, der wenige Tage später - wegen homosexueller Beziehungen - den Legationssekretär Ernst vom Rath an der Deutschen Botschaft in Paris schwer verletzt wird.

8. November 1938 – Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert

München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten.“

9. November 1938 – Propagandaminister Goebbels hält eine antisemitische Hassrede

München-Gruggenau * Nach Bekanntwerden des Todes von Ernst vom Rath hält Reichspropagandaminister Joseph Goebbels umgehend eine antisemitische Hassrede in der er zur Rache und zur Vergeltung am Weltjudentum aufruft. Die Nationalsozialisten sind bestens vorbereitet, denn noch kurz vor Mitternacht ergeht ein Fernschreiben an alle deutschen Polizeistellen. Darin heißt es: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reich. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.“ Der SS-Gruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, präzisiert die Befehle in einem weiteren Fernschreiben. Dort ist zu lesen, dass die Polizei und die Dienststellen der NSDAP gemeinsam die Demonstrationen leiten sollen. Und: „Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die eine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums nicht mit sich bringen. Zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist“. Durch ein im Jahr 1937 angefertigtes Verzeichnis der Münchner jüdischen Gewerbebetriebe wissen die NS-Parteiorgane und Schlägertrupps genau wo sie zuschlagen und so die „verbrecherische Tat des jüdischen Mordbuben“ rächen müssen.



9. November 1938 – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

München * Noch in der Nacht finden - unter passiver Anteilnahme sehr vieler Schaulustiger - die seit längerer Zeit geplanten Ausschreitungen gegen die Juden statt. In München werden ein Jude ermordet sowie 900 Menschen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Rund 700 Geschäfte und Betriebe werden demoliert und die Synagogen in der Herzog-Rudolf-Straße und in der Reichenbachstraße zerstört. Die Münchner Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden. Die Bilanz dieser später auch noch beschönigend „Reichskristallnacht“ genannten Juden-Pogrome bedeutet für Deutschland:

91 Ermordete, zahllose Verletzte, Misshandelte und Vergewaltigte, 191 zerstörte Synagogen, 7.500 zerstörte und ausgeraubte Geschäfte, Verwüstung unzähliger Wohnungen und fast aller jüdischer Friedhöfe, rund 30.000 Einlieferungen in Konzentrationslager. Die reichsweit organisierten antijüdischen Ausschreitungen dauern auch noch am 10. November an.

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.

1939 – Gerhard Haas kommt als „Deutscher Kriegsfeind“ in ein Internierungslager

England * Zu Kriegsbeginn wird Gerhard Haas, der Enkel Joseph Schüleins, als „Deutscher Kriegsfeind“ in einem Internierungslager gefangen gehalten. Das Lager wird nach Kanada verlegt, von wo aus Gerhard Haas nach Cuba fliehen kann. Dort wartet er bis 1941 mit vielen



tausend Flüchtlingen aus Deutschland auf sein Visa für die Einreise in die USA.

1. September 1939 – Der Beginn des Zweiten Weltkrieges

Deutsches Reich - Polen * Deutschland überfällt Polen ohne Kriegserklärung. Damit beginnt der Zweite Weltkrieg.

3. September 1939 – Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg

London - Paris - Berlin * England und Frankreich erklären Deutschland den Krieg.

1940 – Die Stadt München konfisziert das Haus in der Richard-Wagner-Straße 7

München-Maxvorstadt * Die Stadt München konfisziert das Haus in der Richard-Wagner-Straße 7 und übergibt es bald darauf an das Kuratorium für das Braune Band von Deutschland.

1940 – Entbindungsheime und Kinderheime des Lebensborn e.V.

Europa * Im Deutschen Reich (einschließlich Österreich) besitzt der Lebensborn e.V. neun Entbindungsheime und zwei Kinderheime. Für die Geburt unehelich gezeugter Kinder deutscher Besatzungstruppen eröffnet der Lebensborn e.V. in Belgien, Frankreich, Luxemburg und Norwegen insgesamt zwölf Entbindungsheime. Alleine in Norwegen kommen 8.000 bis 9.000 Kinder zur Welt. Jedes Lebensborn-Heim besitzt ein eigenes Standesamt und eine polizeiliche Meldestelle.

4. Juni 1940 – Der erste Luftangriff auf München

München * Der erste Luftangriff auf München. München wird von sechs Luftangriffen heimgesucht. Diese bringen aber nur geringe Zerstörungen. Noch kursiert hier der Kinderreim: „Bomben auf Berlin / Rosen auf Wien / München wollen wir schonen / da wollen wir später wohnen“. Von einem Krisenbewusstsein ist nichts zu spüren und die zunehmende Mobilisierung für Luftschutzübungen werden von der Einwohnerschaft häufig nur als lästige Beeinträchtigung des gewohnten Lebensablaufes empfunden. Noch immer glauben die



Münchner dem Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels und dem Reichs-Luftmarschall Hermann Göring, die dem Volk versprochen haben, dass kein feindliches Flugzeug nach Deutschland durchkommen wird. Göring, der der Zivilbevölkerung den absoluten Schutz vor Bombenangriffen garantiert hat, will sogar „Meier“ heißen, sobald ein feindliches Flugzeug deutsches Territorium überfliegen würde. Kein Wunder, dass der Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Volksmund bald nur noch der „Herr Meier“ war. Auch der Name Tengelmann ist für ihn geläufig, „hatte er ja schließlich in jeder größeren Stadt Deutschlands eine Niederlage“. Die Münchner Stadtverwaltung macht sich dagegen mehr Gedanken und Sorgen, weil sie für München als Hauptstadt der Bewegung eine erhöhte Bombengefährdung sieht.

1941 – Der Lebensborn e.V. lässt „rassisch wertvolle“ Kinder entführen

Berlin * Der Lebensborn e.V. wirkt bei der Eindeutschung „rassisch wertvoller“ Kinder aus den besetzten Gebieten mit. Mehrere hundert Kinder im Alter von wenigen Monaten bis 17 Jahren werden - gegen den Willen oder ohne Wissen der Eltern - aus Norwegen, Polen, dem früheren Jugoslawien oder der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland geschickt. Der Lebensborn e.V. gibt ihnen deutsche Namen, erzieht sie in seinen Heimen ausschließlich in deutscher Sprache zu deutscher Lebensweise und vermittelt sie in deutsche Pflege- oder Adoptionsfamilien. Die äußeren Merkmale der Kinder müssen sie als „reinrassisch“ und zur Vermehrung des „guten Blutes“ geeignet erscheinen lassen, denn - so hat Heinrich Himmler SS-Führern im besetzten Polen erklärt: „Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen.“

1941 – Dr. Ludwig Gilmer übernimmt die Haas-Klinik

München-Maxvorstadt * Dr. Ludwig Gilmer, ebenso Facharzt für Chirurgie wie Dr. Alfred Haas, übernimmt von der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle München beziehungsweise vom Deutschen Reich die Häuser Richard-Wagner-Straße 17 und 19. Er betreibt dort eine Entbindungsanstalt. Die Franziskanerinnen werden durch sogenannte „Braune Schwestern“ ersetzt.

15. Februar 1943 – Das sechste Flugblatt der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“



München * Das sechste Flugblatt der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ wird fertiggestellt und versandt. Es beinhaltet den Aufruf zum „Sturz des NS-Regimes“ und fordert die Errichtung eines „neuen geistigen Europas“. Das Flugblatt wird später in England nachgedruckt und von britischen Flugzeugen über Deutschland abgeworfen. Außerdem wird der Inhalt durch den Sender British Broadcast Corporation - BBC verbreitet.

7. April 1944 – Gerhard Schröder wird in Blomberg geboren

Blomberg * Gerhard Schröder, der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende, wird in Blomberg geboren.

4. Mai 1945 – Deutsche Truppen kapitulieren bei Lüneburg

Lüneburg * Deutsche Truppen in Nordwestdeutschland, Dänemark und den Niederlanden kapitulieren auf dem Timeloberg bei Lüneburg vor Feldmarschall Montgomery.

7. Mai 1945 – Generaloberst Alfred Jodl unterzeichnet die bedingungslose Kapitulation

Reims * Generaloberst Alfred Jodl unterzeichnet am frühen Morgen die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte Nazideutschlands.

8. Mai 1945 – Tag der bedingungslosen Kapitulation

Deutschland * Die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte Nazideutschlands tritt am 8. Mai 1945 um 23:01 Uhr mitteleuropäischer Zeit in Kraft. Es ist auch der Tag der Befreiung vom Nazi-Terror. Seither gilt dieses Datum fast überall als Tag des Kriegsendes in Europa, nicht aber in Russland.

Juni 1945 – Der Hellabrunner Tierpark kann wiedereröffnet werden

München-Giesing * Der Tierpark Hellabrunn kann mit Einverständnis der amerikanischen Besatzungsmacht als erster Zoo Deutschlands wieder für Besucher geöffnet werden. Die Begründung dafür ist: „Tiere sind keine Nazis!“ Was die Zoo-Gäste zu sehen bekommen, ist ein



trauriges Bild. Dreißig Prozent der Tiere sind dem Krieg zum Opfer gefallen. Auch die Hälfte der Gebäude und Stallungen sind durch Bomben vollständig zerstört worden. Zum Glück ist das Elefantenhaus - als einziges großes Tierparkgebäude in Deutschland - nahezu vollständig erhalten geblieben.

21. August 1945 – Die erste katholische Bischofskonferenz nach dem Krieg

Fulda * In Fulda beginnt die erste gemeinsame Plenarkonferenz der katholischen deutschen Bischöfe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der traditionelle Tagungsort am Grab des heiligen Bonifatius steht für die Einheit der Kirche in einem besetzten und politisch geteilten Deutschland. Die Bischöfe beraten über die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft, die Not der Bevölkerung und den kirchlichen wie gesellschaftlichen Wiederaufbau. Weitere Themen sind die Betreuung von Flüchtlingen und Heimatlosen, die Wiedezulassung katholischer Schulen, der Religionsunterricht und die Neuordnung des kirchlichen Lebens.

23. Februar 1946 – Adenauer: „Die Bischöfe hätten viel verhindern können“

Bonn * Konrad Adenauer, ein entschiedener Katholik und späterer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, schreibt an Pastor Bernhard Custodis in Bonn über die Bischöfe im Dritten Reich die nachfolgenden Zeilen: „Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das keine Schande, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man besser.“

24. Oktober 1946 – Die Genehmigung für die Bayerische Verfassung wird erteilt

München - Freistaat Bayern * General Lucius D. Clay von der US-Army, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, teilt dem Präsidenten der Landesversammlung mit, dass die Genehmigung für die Verfassung erteilt wird.

1. Dezember 1946 – Das Volk stimmt der Bayerischen Verfassung zu



München - Freistaat Bayern * In einer Volksabstimmung wird die unter der Führung des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner ausgearbeitete Bayerische Verfassung mit einer Mehrheit von 70,6 Prozent angenommen. Die Verfassung des Freistaates Bayern regelt die Selbstständigkeit des Freistaates als Land der Bundesrepublik Deutschland.

29. März 1948 – Die Bayernpartei - BP erhält ihre Lizenz

München * Mit der Lizenzierung der Bayernpartei - BP am 29. März 1948 erwächst der CSU in Bayern eine nicht ganz ungefährliche Konkurrenz. Unter der Führung von Joseph Baumgartner, der von 1945 bis 1947 der CSU angehört hatte, kämpft die Bayernpartei für einen selbstständigen bayerischen Staat, bekämpft den Bonner Zentralismus und lehnt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab.

1. Juli 1948 – Der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung

Frankfurt am Main * Im Verwaltungsgebäude der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt am Main, dem Sitz des US-amerikanischen Hauptquartiers, treffen sich auf Anweisung der drei Militärgouverneure der westlichen Siegermächte die elf westdeutschen Ministerpräsidenten. Ihnen wird - wie Befehlsempfänger - der Auftrag erteilt, bis zum 1. September 1948 eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die künftige Bundesrepublik Deutschland einzuberufen. Diese muss eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten schafft.

1. September 1948 – Der Parlamentarische Rat nimmt seine Arbeit auf

Bonn * Der Parlamentarische Rat beginnt im Museum Alexander Koenig in Bonn mit der Formulierung des Grundgesetzes. Den elf westdeutschen Ministerpräsidenten war am 1. Juli 1948 von den drei Militärgouverneuren der westlichen Siegermächte der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung für die künftige Bundesrepublik Deutschland erteilt worden.

1949 – München ist zu achtzig Prozent vom Schutt befreit

München * München ist die am besten vom Schutt befreite Großstadt in Westdeutschland. Von 5 Millionen Kubikmetern Kriegsschutt sind bereits 4 Millionen beseitigt.



Mai 1949 – Etwa 750 Personen wegen Verbrechen unter dem NS-System hingerichtet

Westdeutschland * In Westdeutschland werden durch die Alliierten etwa 750 Personen wegen Verbrechen unter dem nationalsozialistischen System hingerichtet.

8. Mai 1949 – Der Parlamentarische Rat beschließt die Vorlage des Grundgesetzes

Bonn * Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wird in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 zur Zustimmung den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder vorgelegt.

20. Mai 1949 – Der bayerische Landtag und die CSU lehnen das Grundgesetz ab

München - Freistaat Bayern * Nach mehr als vierzehn Stunden heftiger und leidenschaftlicher Diskussion beschließen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags die Ablehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Von den 174 Abgeordneten stimmen 64 mit „Ja“, 101 mit „Nein“, 9 „enthalten“ sich. Die Ablehnung erfolgt aufgrund einer Empfehlung der bayerischen Staatsregierung. Große Teile der regierenden CSU empfinden das Grundgesetz in seiner vorliegenden Fassung als Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns.

23. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird verkündet

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung fest, dass das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Das Grundgesetz wird - nach der Ratifizierung durch alle anderen Bundesländer - in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates verkündet. Es tritt mit Ablauf des Tages in Kraft.

24. Mai 1949 – Das Grundgesetz schafft in der BRD die Todesstrafe ab

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Todesstrafe wird durch das Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland mit Artikel 102 abgeschafft. Zwischen 1946 bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes werden 125 Todesurteile gefällt und davon 24 vollstreckt.



24. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Seit 0:00 Uhr ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig.

14. August 1949 – Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem Bundeskanzler-Kandidaten Konrad Adenauer 31,0 Prozent und 139 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Schumacher erringt 29,2 Prozent der Stimmen und 131 Sitze. Die FDP bekommt 11,9 Prozent und 52 Sitze. Die DKP kommt auf 5,7 Prozent und 15 Sitze. Insgesamt sind zehn Parteien im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.

4. September 1949 – Die Erfindung der Currywurst

Berlin-Charlottenburg * Herta Heuwer, die seit August 1949 in Berlin-Charlottenburg einen Imbissstand betreibt, soll an diesem Tag die Currywurst erfinden. Weil nur wenige Gäste kommen, beginnt sie aus Langeweile mit verschiedenen Zutaten und Gewürzen zu experimentieren. Sie vermischt Tomatenmark, Currypulver, Worcestershiresauce, Paprika, Pfeffer und weitere Gewürze, deren genaue Zusammensetzung sie geheim hält. Die so entstandene Sauce gibt sie über eine gebratene und in Stücke geschnittene Brühwurst, die sie in einer Pfanne auf einem Spirituskocher zubereitet. Das neue Gericht nennt sie „Spezial-Curry-Bratwurst“. Eine Portion kostet 60 Pfennig. An diesem Entstehungsdatum bestehen allerdings Zweifel. Heuwer beschreibt den Tag später mit den Worten: „Es goss kleine Kinderköpfe.“ Die amtlichen Wetteraufzeichnungen zeichnen jedoch ein anderes Bild: Demnach bleibt es am 4. September 1949 in Berlin trocken. Die Entstehung der Currywurst ist zudem eng mit den politischen und kulturellen Verhältnissen der Nachkriegszeit verbunden. Internationale Zutaten bilden die Grundlage für eine Spezialität, die später als typisch deutsch gilt. Currypulver, dessen europäische Variante auf die britische Kolonialgeschichte in Indien zurückgeht, wird durch die britischen Besatzungstruppen in Deutschland leichter verfügbar. Ketchup verbreitet sich unter dem Einfluss der US-amerikanischen Soldaten. Ohne die britischen und US-amerikanischen Besatzungsmächte entsteht die Currywurst vermutlich nicht in ihrer heute bekannten Form.



14. September 1949 – Die Internationale Jugendbibliothek öffnet seine Pforten

München-Maxvorstadt * Die Internationale Jugendbibliothek in der Kaulbachstraße 11 öffnet seine Pforten. Sie ist das Werk der Kinderbuchautorin und Journalistin Jella Lepmann, die als Jüdin 1936 Deutschland verlassen muss.

1950 – Das Französische Konsulat bezieht die Räume der Kaulbachstraße 13

München-Maxvorstadt * Ein Jahr nach der Gründung der BRD werden offizielle diplomatische Beziehungen mit Frankreich aufgenommen. Das Französische Konsulat bezieht die Räume der Kaulbachstraße 13, die zuvor der NS-Ministerpräsident Ludwig Sieber bewohnt hat. Das Französische Konsulat sieht ihre Hauptaufgabe in der Wiederbelebung der durch den Krieg zerrissenen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

1950 – Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 136 Liter

Bundesrepublik Deutschland * Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 136 Liter.

September 1950 – Der Tierpark erhält Tiere aus aller Welt

München-Giesing * Sechs Zebras, acht Antilopen, zwei Gazellen, zwei Buschböcke, Strauße, Pelikane, Marabus, Kraniche, Riesenschlangen, Affen und Netzgiraffen in kommen in Transporten in Hellabrunn an. Später kommen sieben Löwen, zwölf Kronenkraniche, mehrere Elefantenschildkröten sowie verschiedene Kleintiere dazu. Die Sensation ist ein afrikanischer Elefant, der erste, der nach dem Krieg nach Deutschland eingeführt wird.

1951 – Das Gesetz über Wohnungseigentum ermöglicht Eigentumswohnungen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Das Gesetz über das Wohnungseigentum ermöglicht den Wunsch nach einer „dinglichen Sicherung von Wohnräumen für den Wohnungsinhaber“. Damit besteht erneut die Möglichkeit der Teilung von Gebäuden in Bruchteiligentum.

29. August 1951 – Das erste Micky-Maus- Heft in Deutschland



Stuttgart * Das erste deutsche Micky-Maus-Heft erscheint im Ehapa-Verlag. Mit den Abenteuern aus Entenhausen begeisterte es Generationen von Leserinnen und Lesern. Besonders Erika Fuchs prägte durch ihre humorvollen Übersetzungen die deutsche Sprache. 2026 feiert das Magazin sein 75-jähriges Jubiläum und gilt längst als Klassiker der deutschen Comic-Kultur.

1. März 1952 – Das Unterkunftsheim für Männer

München-Untergiesing * Pfarrer Adolf Mathes, der seinerzeit auch als „Bunkerpfarrer“ bekannt war, eröffnet das Heim für obdachlose Männer an der Pilgersheimerstraße 11, als Ersatz für die zwei Bunker, die er bis dahin anzubieten hatte. Das „Pilgersheim“ hat bei seiner Eröffnung - als damals Deutschlands modernstes Obdachlosenasyll - 400 Betten, in denen vor allem das Heer von Kriegsheimkehrern, Evakuierten, Heimatvertriebenen und Menschen, die alles verloren haben, kurzzeitig unterkommen. Das Haus verfügt im Erdgeschoss über einen Aufenthaltsraum und elf Schlafsäle, mit jeweils acht oder sechzehn Betten. Die erste Nacht ist kostenlos. Für jede weitere Übernachtung müssen die Männer ein Fußgerl bezahlen. Für ein weiteres Fünferl gibt es einen Morgenkaffee. Die Quartiersuchenden können das Haus nur durch das Zimmer des Arztes betreten. Nach einer kurzen Untersuchung müssen die Männer baden und werden - wenn notwendig und notfalls auch zwangsweise - desinfiziert. Eigene Kleidung ist den Asylsuchenden verboten. Sie müssen gestreifte Blaumann-Schlafanzüge und Filzpantoffeln anziehen.

8. Juli 1952 – Der erste Zebrastreifen Deutschlands in der Neuhauser Straße

München-Kreuzviertel * Straßenarbeiter bringen in der Neuhauser Straße den ersten Zebrastreifen Deutschlands auf die Fahrbahn.

1953 – Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes

Bundesrepublik Deutschland * Nach dem Zweiten Weltkrieg geht es an den Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes. Ein wichtiger Schritt dazu ist das Edelmetall-Motordrehwähler-System der Firma Siemens. Dem elektromagnetischen folgt das Elektronische Wählsystem, das zum digitalen System führt.



1953 – Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen.

6. September 1953 – Ergebnis der Bundestagswahl 1953

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,2 Prozent [+ 14,2] und 249 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 29,8 Prozent der Stimmen [- 0,4] und 162 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 2,4] und 53 Sitze. Die DKP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE zieht mit 5,9 Prozent und 27 Sitzen in den Deutschen Bundestag ein. Unter den 487 Abgeordneten befinden sich 129 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

1954 – Deutschlands größte Telefonvermittlungszentrale in der Residenzpost

München-Gruggebau * Die größte Telefonvermittlungszentrale Deutschlands nimmt in der Residenzpost den Betrieb auf.

1954 – Dr. Hermann Schüle in erhält das Große Verdienstkreuz

Bonn * Dr. Hermann Schüle in wird mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Ehrung würdigt seine herausragenden Leistungen als Unternehmer sowie seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur internationalen Reputation der deutschen Brauwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

17. Juli 1954 – Angela Merkel wird in Hamburg geboren

Hamburg * Angela Merkel, die spätere Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und CDU-Vorsitzende, wird in Hamburg geboren.

14. Oktober 1954 – Das Kindergeld ab dem 3. Kind wird eingeführt



Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Das Kindergeld wird in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Es beträgt 25.- DM pro Monat und wird ab dem dritten Kind bezahlt.

20. Dezember 1955 – Anwerbeabkommen mit Italien

Bundesrepublik Deutschland - Italien * Zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

Januar 1956 – Das erste Fitnessstudio Deutschlands wird eröffnet

Schweinfurt * Das erste Fitnessstudio Deutschlands wird in Schweinfurt eröffnet.

1957 – Die höhere Besteuerung von berufstätigen Frauen wird abgeschafft

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Steuervorschrift, wonach berufstätige Ehefrauen höher besteuert - und damit „ins Haus zurückgeführt“ werden, wird aufgehoben.

17. Juni 1957 – Ein Bundesgesetz erweitert die Ladensöffnungszeiten

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ein Bundesgesetz erweitert die Ladensöffnungszeiten am ersten Samstag im Monat bis 18.00 Uhr.

15. September 1957 – Ergebnis der Bundestagswahl 1957

Bundesrepublik Deutschland -Bonn * Bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 50,2 Prozent [+ 5,0] und 277 Sitze. Die CSU kommt in Bayern auf 57,2 Prozent. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 31,8 Prozent der Stimmen [+ 3,0] und 181 Sitze. Die FDP bekommt 7,7 Prozent [- 1,8] und 43 Sitze. Die DKP tritt nicht zur Wahl an. Sie wurde im Vorjahr verboten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er kann mit der CDU/CSU mit absoluter Mehrheit regieren.



4. Oktober 1957 – Der „Sputnikschock“ und die Volkshochschule

Weltraumbahnhof Baikonur * Die Sowjetunion schießt vom Weltraumbahnhof Baikonur aus den kugelförmigen Satelliten Sputnik 1 in den Weltraum. Der russische Start des ersten künstlichen Erdsatelliten löst in der westlichen Welt einen Schock aus und führt zur Gründung der NASA und zu verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich. In Westdeutschland setzt der sogenannte „Sputnikschock“ ein. Das wirkt sich auch auf die Münchner Volkshochschule aus. Das Bildungsangebot wird in allen Programmbereichen – ausgehend von Teilnehmerbedürfnissen – schrittweise über die nächsten Jahrzehnte ausgeweitet und verbessert. Neben der Expansion von kultureller, politischer, sprachlicher, gesundheitlicher und beruflicher Bildung werden in den folgenden Jahrzehnten auch spezielle Zielgruppenangebote entwickelt: für Senioren, Jugendliche sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

1958 – Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen. Bis dahin hat der Ehemann dieses Vorrecht.

1959 – Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters wird aufgehoben

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters über die Kindererziehung wird aufgehoben.

29. März 1960 – Anwerbeabkommen für spanische Arbeitskräfte

Bundesrepublik Deutschland - Spanien * Zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung spanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

30. März 1960 – Anwerbeabkommen für griechische Arbeitskräfte

Bundesrepublik Deutschland - Griechenland * Zwischen Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung griechischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.



31. Juli 1960 – Der 37. Eucharistische Weltkongress tagt in München

München-Gruggenau * Der 37. Eucharistische Weltkongress findet vom 31. Juli bis 7. August 1960 in München statt. Er wird mit einem feierlichen Pontifikalamt auf dem Odeonsplatz eröffnet, an dem rund 80.000 Gläubige teilnehmen. Unter dem Leitwort „Pro Mundi Vita“ („Für das Leben der Welt“) versammelt der Kongress etwa eine Million Teilnehmer und ist damit das erste internationale Großereignis in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Er gilt zugleich als wichtiger Impuls für die liturgische Erneuerung unmittelbar vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

9. August 1960 – Das Jugendarbeitsschutzgesetz verbietet die Kinderarbeit

Bonn * Kinderarbeit wird in der Bundesrepublik Deutschland durch das „Jugendarbeitsschutzgesetz“ generell verboten, indem es das Mindestalter für die Beschäftigung Jugendlicher auf 14 Jahre festlegt. Akkord- und Fließbandarbeit werden strikt untersagt.

21. November 1960 – George Harrison wird ausgewiesen

Hamburg * George Harrison von den Beatles muss aufgrund seines jungen Lebensalters Deutschland verlassen.

5. Dezember 1960 – Paul McCartney wird ausgewiesen

Hamburg * Paul McCartney und Pete Best werden wegen fehlender Arbeitserlaubnisse und Arbeitsgenehmigungen sowie „Brandstiftung“ aus Deutschland ausgewiesen. Stuart Sutcliffe hat sich inzwischen mit Astrid Kirchherr verlobt und bleibt bis Mitte Februar 1961 in Hamburg.

27. Dezember 1960 – Auftritt der Beatles in Liverpool

Liverpool * Die Beatles treten erstmals wieder in Liverpool auf. „In Hamburg haben wir uns wirklich entwickelt, dort mussten wir alles versuchen, was uns nur einfiel. Erst nach unserer Rückkehr aus Deutschland wurden wir uns über den Unterschied klar.“



10. April 1961 – Die ersten Kriegsdienstverweigerer leisten ihren Ersatzdienst

Bundesrepublik Deutschland * Die ersten Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik treten ihren Ersatzdienst an.

18. September 1961 – Ergebnis der Bundestagswahl 1961

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,3 Prozent [- 4,9] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 36,2 Prozent der Stimmen [+ 4,4] und 203 Sitze. Die FDP bekommt 12,8 Prozent [+ 5,1] und 67 Sitze. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

Oktober 1961 – „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland * Die Single „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland unter dem Interpretennamen Tony & Sheridan & The Beat Brothers.

31. Oktober 1961 – Anwerbeabkommen mit der Türkei

Bundesrepublik Deutschland-Bonn - Ankara * Zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland wird das „Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

25. Dezember 1962 – Einweihung des neuen Cirkus-Krone-Baus

München-Maxvorstadt * Carl und Frieda Sembach-Krone haben in achtmonatiger Bauzeit den alten provisorischen Zirkus-Holzbau an der Marsstraße durch einen Steinbau ersetzen lassen. Das einzige feste Zirkusgebäude in der Bundesrepublik Deutschland fasst 3.000 Personen.

1963 – Ein Anwerbeabkommen mit Marokko abgeschlossen

Bundesrepublik Deutschland - Marokko * Zwischen Marokko und der Bundesrepublik



Deutschland wird ein „Abkommen zur Anwerbung marokkanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

24. August 1963 – Die Fußball-Bundesliga startet

Bundesrepublik Deutschland * Die Fußball-Bundesliga, die höchste Spielklasse des deutschen Fußballs, startet.

15. Oktober 1963 – Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

16. Oktober 1963 – Ludwig Erhard wird neuer Bundeskanzler

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ludwig Erhard [CDU] wird zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

12. November 1963 – Die zweite Beatles-LP erscheint in Deutschland

Deutschland * Die zweite Beatles-LP „With the Beatles“ erscheint in Deutschland.

16. Dezember 1963 – Ein Anwerbeabkommen mit [Süd-] Korea abgeschlossen

Bundesrepublik Deutschland - Seoul * Zwischen [Süd-] Korea und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung koreanischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen. In der Vereinbarung wird die vorübergehende Beschäftigung von koreanischen Bergarbeitern im westdeutschen Steinkohlenbergbau geregelt. Ziel der Beschäftigung ist es, „die beruflichen Kenntnisse der koreanischen Bergarbeiter zu erweitern und zu vervollkommen“.

1964 – Anwerbeabkommen mit Portugal



Bundesrepublik Deutschland - Portugal * Zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung portugiesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

5. März 1964 – Die einzige deutschsprachige Single der Beatles erscheint

Bundesrepublik Deutschland * Die deutschsprachige Single „Sie liebt Dich“ und „Komm gib mir Deine Hand“ der Beatles wird veröffentlicht.

23. Juli 1964 – „A Hard Day’s Night“ kommt in Deutschland in die Kinos

Bundesrepublik Deutschland * Der synchronisierte Beatles-Film „A Hard Day’s Night“ kommt in Deutschland unter dem Titel „Yeah, Yeah, Yeah“ in die Kinos.

23. September 1964 – Spiegel-Titel: München - Deutschlands heimliche Hauptstadt

München • Der Spruch „München - Deutschlands heimliche Hauptstadt“ geht auf eine Titelgeschichte des Magazins Der Spiegel zurück.

27. November 1964 – „Beatles For Sale“ wird veröffentlicht

Bundesrepublik Deutschland * „Beatles For Sale“ wird rechtzeitig vor Weihnachten in Deutschland zum Kauf angeboten. Sie enthält acht Lennon/McCartney-Songs und sechs Cover-Versionen

1965 – Ein Anwerbeabkommen mit Tunesien abgeschlossen

Tunis - Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Zwischen Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung tunesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

21. Mai 1965 – Die Queen in München



München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

21. Mai 1965 – Mit der „Bayern-Hymne“ knapp an der Staatskrise vorbei

München * Wegen der „Bayern-Hymne“ schlittert die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl dies Bundespräsident Heinrich Lübke der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die Gäste müssen sich alle Strophen anhören. Verwundert bemerkt Prinz Philip: „Oh, ein ganzes Konzert“. Und Bundespräsident Heinrich Lübke tobt.

29. Juli 1965 – Weltpremiere des Beatles-Films „Help!“

London * Die Weltpremiere für den Beatles-Film „Help!“ findet im London Pavilion am Picadilly Circus in London statt. In Deutschlands Kinos läuft der synchronisierte Film unter dem Titel „Hi-Hi-Hilfe!“. Der Film ist „hochachtungsvoll dem Andenken an Mr. Elias Howe



gewidmet, der 1846 die Nähmaschine erfunden hat“.

19. September 1965 – Ergebnis der Bundestagswahl 1965

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Ludwig Erhard 47,6 Prozent [+ 2,3] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 39,3 Prozent der Stimmen [+ 3,1] und 217 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 3,3] und 50 Sitze. Ludwig Erhard [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

16. Dezember 1965 – Die deutsche Uraufführung des Beatles-Films „Hi-Hi-Hilfe!“

Bundesrepublik Deutschland * Der Beatles-Film „Help!“ startete unter dem Titel „Hi-Hi-Hilfe!“ in den deutschen Kinos.

26. Juni 1966 – Die Hamburger Beatles-Konzerte

Hamburg * Die Beatles treffen um 5:30 Uhr auf dem Hamburger Bahnhof Ahrensburg ein. Nach zwei Shows in der Ernst-Merck-Halle vor jeweils 5.600 Zuschauern bricht der Verkehr zusammen. Vier Stunden nach dem zweiten Konzert meldet der Polizeifunk: „Durchbruch der Fans auf breiter Front.“ 600 Polizeibeamte sind im Einsatz und 117 Fans werden inhaftiert. Unterdessen entwischen die Beatles ihren Bewachern und feiern mit ihren alten Freunden von der Reeperbahn bis um vier Uhr in der Frühe. Damit endet das Gastspiel der „weltbesten Beatband“ in Deutschland.

17. September 1966 – Die erste Folge des Raumschiffes Orion wird ausgestrahlt

München - Bundesrepublik Deutschland * Um 20:15 Uhr sendet das Erste deutsche Fernsehen die erste Folge von „Raumpatrouille - Die phantastischen Abenteuer des Raumschiffes Orion“. Ab dann können die Bundesbürger dieses „Märchen von übermorgen“ jeden zweiten Samstag bewundern. Der Start der Orion ist der Höhepunkt der Tricktechnik. Er wird auf den noch mit Granitplatten belegten Königsplatz gedreht und anschließend verfälscht.

30. November 1966 – Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück



Christmas from John & Yoko.“ Die Plakataktion beginnt am 15. Dezember in zwölf Städten: Athen, Berlin, Hongkong, London, Los Angeles, Montreal, New York, Paris, Port-of-Spain (Trinidad), Rom, Tokyo und Toronto. In Deutschland steht auf den Plakaten und Handzetteln „Der Krieg ist aus!“

1. Januar 1970 – Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter wird eingeführt

Bundesrepublik Deutschland • Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter wird eingeführt.

31. Juli 1970 – Das aktive Wahlrecht wird von 21 auf 18 Jahre gesenkt

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Durch eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird das aktive Wahlrecht für die Bundestagswahl von 21 auf 18 Jahre gesenkt.

29. November 1970 – Der erste „Tatort“

Bundesrepublik Deutschland • Der erste „Tatort“-Krimi wird im ARD gezeigt. Es ist der Hamburger Fall „Taxi nach Leipzig“.

1. April 1971 – Neues Programm für den Bayerischen Rundfunk

München * Der Bayerische Rundfunk startet seines neues Programm „Bayern 3“ Es ist Deutschlands erste Servicewelle, die auf der Frequenz des früheren Gastarbeiterprogramms gesendet wird.

29. September 1971 – Die BRD erhält ihr erstes Umweltprogramm

Bonn * Die Bundesrepublik Deutschland erhält ihr erstes Umweltprogramm. Bundeskanzler Willy Brandt spricht von „Existenzfragen der Menschheit“. Damit wird der Grundstein gelegt für nahezu alle großen Umweltgesetze, von der Luftreinhaltung über die Klärung von Abwässern bis hin zum Umgang mit wachsenden Abfallmengen. Das Verursacherprinzip findet Eingang in die



deutsche Gesetzgebung, es lässt diejenigen für Umweltschäden haften, die sie verbockt haben.

Fuß fasst auch das Vorsorgeprinzip, demzufolge der Staat einschreiten muss, ehe Probleme entstehen.

4. Dezember 1971 – Deutschlands erster McDonalds wird eröffnet

München-Obergiesing * An der Martin- Luther-Straße 26 eröffnet McDonalds seine erste deutsche Filiale. Dass die US-amerikanische Fleischpflanzl-Braterei gerade in Giesing ihr erstes Lokal eröffnet, liegt an der Nähe des Stadions an der Grünwalder Straße und der leichten Erreichbarkeit mit dem Auto. Einen sicheren Kundenstamm hat man zudem mit den zahlreichen Amerikanern, die im Südosten Münchens ihre Militär- und Wohnanlagen unterhalten und in McDonalds ein Stück Zuhause vorfinden. Das anfängliche Angebot umfasst Hamburger, Cheeseburger, Pommes Frites, Cola, Limo und Kaffee. Ein Hamburger kostet 95 Pfennige. Die Käsescheiben werden noch mit der Hand vom Block geschnitten, die Kartoffeln für die Pommes ebenfalls von Hand geschält und geschnitten. Der schlagartig einsetzende Erfolg gibt den Marktstrategen mit ihrer Standortwahl Deutschland recht: Bereits im ersten Monat beträgt der Umsatz des Lokals 110.000 DMark. Diese typisch amerikanische Esskultur erfährt Ablehnung von konservativen wie auch linksintellektuellen Kreisen, die ihren emotionalen Anti-Amerikanismus an McDonalds festmachen. Die Firma wird als vermeintlich kurzlebige Modeerscheinung belächelt und als Unkultur verdammt.

19. November 1972 – Ergebnis der Bundestagswahl 1972

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt 45,8 Prozent [+ 3,1] und 242 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel erringt 44,9 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 234 Sitze. Die FDP bekommt 8,4 Prozent [+ 2,6] und 42 Sitze. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1974 – Die deutsche Staatsbürgerschaft jetzt auch für Kinder deutscher Mütter

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Kinder deutscher Mütter können jetzt auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bis dahin konnten das nur Kinder deutscher Väter. Erkannte zum Beispiel ein amerikanischer Soldat das Kind mit seiner deutschen Freundin nicht an, war das Kind „staatenlos“.



2. April 1974 – Das Betteln wird deutschlandweit erlaubt

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der Paragraf 361 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches wird gestrichen und damit das Betteln deutschlandweit erlaubt. Bis dahin wird, „wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt“ mit 500 Mark oder einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen verurteilt.

6. Mai 1974 – Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler

Bonn * Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Grund ist die Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume, der als Referent für Parteiangelegenheiten einer der engsten Mitarbeiter von Willy Brandt gewesen ist. Dies ist auf eine Fahrlässigkeit innerhalb der Bundesregierung zurückzuführen. Denn Guillaume stand bereits seit über einem Jahr im Verdacht, Spionage zu betreiben.

16. Mai 1974 – Helmut Schmidt wird 5. Bundeskanzler der BRD

Bonn * Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wird Helmut Schmidt [SPD] zum 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die größten Herausforderungen während seiner Amtszeit sind die weltweite Wirtschaftsrezession und die Ölkrisen der 1970er Jahre, die die Bundesrepublik unter seiner Führung besser überstand als die meisten anderen Industriestaaten.

17. Oktober 1974 – In Eching eröffnet das erste deutschlandweite IKEA-Einrichtungshaus

Eching * In Eching eröffnet auf 32.000 Quadratmetern das erste deutschlandweite IKEA-Einrichtungshaus.

1975 – Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind. Es beträgt je 194.- DM für das erste und zweite Kind, 200.- DM für das dritte und 225.- DM für jedes weitere Kind.



1976 – Die Ukrainisch-katholische Bischofskirche wird eingeweiht

München-Untergiesing * Die „Ukrainisch-katholische Bischofskirche Sankt Andreas - Maria Schutz“ an der Schönstraße wird eingeweiht. Die Kirche wurde in einem architektonisch modernen Stil als Seelsorge- und Bildungszentrum für die mit Rom unierten katholischen Ukrainer in Deutschland erbaut.

August 1976 – Die CSU wirbt mit dem Slogan: „Freiheit oder Sozialismus“

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * Bei der Bundestagswahl 1976 steht die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ bei der CDU im Vordergrund. Die CSU ändert den Slogan in „Freiheit oder Sozialismus“ ab.

3. Oktober 1976 – Ergebnis der Bundestagswahl 1976

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,6 Prozent [- 3,2] und 224 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl erringt 48,6 Prozent der Stimmen [+ 3,7] und 254 Sitze. Die FDP bekommt 7,9 Prozent [-0,5] und 40 Sitze. Die CSU erringt in Bayern 60,0 Prozent der Stimmen und trägt damit 10,6 Prozent zum Gesamtergebnis der Union (48,6 Prozent) bei. CDU und CSU sind mit insgesamt 243 Sitzen die stärkste Fraktion im Bundestag, doch die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP kann mit einer Mehrheit von zehn Sitzen weiter regieren. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1977 – Die DWK wird gegründet

Bundesrepublik Deutschland * Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

1977 – Die Suche nach einem Standort beginnt

Bundesrepublik Deutschland * Als mögliche Standorte für die Wiederaufarbeitungsanlage werden



unter anderem Wangershausen in Hessen, Kaisersesch sowie Hambuch und Illerich in Rheinland-Pfalz und Dragahn in Niedersachsen untersucht. Die Planungen scheitern vor allem am Widerstand der Bevölkerung und an politischen Vorbehalten.

1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

1977 – Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

5. Mai 1977 – Ludwig Erhard stirbt in Bonn

Bonn * Ludwig Erhard, der ehemalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, stirbt in Bonn.

1978 – Frauen können in Bundesländern Schutzpolizistinnen werden

Bundesrepublik Deutschland * Frauen können in den ersten Bundesländern Schutzpolizistinnen werden.

1. August 1978 – Der Nationalpark Berchtesgaden wird gegründet



München - Berchtesgaden * Der Nationalpark Berchtesgaden wird gegründet. Das 210 Quadratkilometer große Schutzgebiet im äußersten Südostzipfel Bayerns ist der einzige Alpen-Nationalpark Deutschlands. Hier befindet sich mit dem 2.713 Metern hohe Watzmann auch der zweithöchste Berg Deutschlands. Der Königssee mit der berühmten Wallfahrtskirche Sankt Bartholomä liegt tiefeingeschnitten zwischen Felsen und urwüchsigen Wäldern.

1980 – Der durchschnittliche Bierverbrauch liegt in Deutschland bei 145,9 Liter

Deutschland * Der durchschnittliche Bierverbrauch liegt in Deutschland bei 145,9 Liter.

28. September 1980 – Gewerkschaften, Kirchen und Politiker rufen zu mehr Toleranz auf

München * Am „Tag des ausländischen Arbeitnehmers“ rufen Gewerkschaften, Kirchen und Politiker zu mehr Toleranz gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern auf. Man appelliert an die Bevölkerung, der von neonazistischen Kräften geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

5. Oktober 1980 – Ergebnis der Bundestagswahl 1980

Bundesrepublik Deutschland * In dem sehr emotionsgeladenen Wahlkampf [„Stoppt Strauß“] konzentrieren sich die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß. Bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,9 Prozent der Stimmen [+ 0,3] und 228 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß erhält 44,5 Prozent [- 4,1] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 10,6 Prozent [+ 2,7] und 54 Sitze. DIE GRÜNEN, die erstmals bei einer Bundestagswahl antreten, kommen aber nur auf 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1982 – Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 148 Liter

Bundesrepublik Deutschland * Der bundesdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch an Bier liegt bei 148 Liter.

1982 – Eine hohe Brauereidichte in Bayern



Freistaat Bayern - Europa * Alle Brauereien in Bayern haben einen durchschnittlichen Ausstoß von 29.700 Hektolitern. Das liegt an der hohen Brauereidichte in Bayern.

8. Februar 1982 – „Skandal um Rosie“ acht Wochen auf Platz eins

Bundesrepublik Deutschland * Das Lied „Skandal um Rosie“ von der bayerischen Rock'n'Roll-Band Spider Murphy Gang erreichte den Platz eins der deutschen Single-Charts. Er bleibt insgesamt acht Wochen auf Platz auf dem ersten Platz.

1. Oktober 1982 – Helmut Kohl wird Bundeskanzler

Bonn * Helmut Kohl wird durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er leitet eine Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

17. Dezember 1982 – Auf vorgezogene Neuwahlen verständigt

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Durch eine bewusst verlorene Vertrauensfrage werden Neuwahlen für den Deutschen Bundestag ausgelöst. CDU/CSU und FDP hatten sich schon zuvor auf die Durchführung von vorgezogenen Neuwahlen verständigt.

1983 – Hans Schuierer ändert seine Haltung zur WAA

Wackersdorf * Landrat Hans Schuierer steht der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage zunächst nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Der Landkreis Schwandorf leidet unter einer der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands. Der Braunkohleabbau ist beendet, und auch der Maxhütte droht die Schließung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die von der DWK versprochenen 3.600 Arbeitsplätze als große wirtschaftliche Chance für die Region. Mit zunehmender Beschäftigung mit dem Projekt ändert Schuierer seine Haltung und wird zu einem entschiedenen Gegner der Anlage. Ausschlaggebend sind unter anderem Informationen über radioaktive Ableitungen, Atomtransporte, mögliche Gefahren für das Wasser und den geplanten rund 200 Meter hohen Abluftkamin. Dieser soll radioaktive Stoffe in großer Höhe ableiten und weiträumig verteilen.

7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel



München-Haidhausen * Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

6. März 1983 – Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalition

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 10. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 48,8 Prozent der Stimmen [+ 4,3] und 255 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel erringt 38,2 Prozent [- 4,7] und 202 Sitze. Die FDP bekommt 7,0 Prozent [- 3,6] und 35 Sitze. Die Grünen kommen mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,1] und 28 Sitzen erstmals in den Deutschen Bundestag.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

18. März 1983 – Michael Käfer übernimmt das P1 im Haus der Kunst

München-Lehel * Michael Käfer übernimmt das „P1“ im Ostflügel des Hauses der Kunst. Er macht den Club durch eine außergewöhnliche Publikumsauswahl und extravaganten Partys zu Deutschlands Tanztempel Nr. One.

16. Januar 1984 – Die bundesweit erste Regionalgruppe der Aids-Hilfe gegründet

München-Angerviertel * Im Vollmar-Haus wird die bundesweit erste Regionalgruppe der Aids-Hilfe gegründet. Die Gründung des Vereins ist „eine politische Reaktion auf eine noch nicht sichtbare Bedrohung“. Die Berichterstattung in Deutschland über Aids stellt einen Angriff auf die Münchner Schwulenszene und deren Lebensstil dar.

Juni 1984 – Die Volkshochschule im Gasteig-Kulturzentrum

München-Haidhausen * Im Gasteig-Kulturzentrums bezieht die Münchner Volkshochschule



Räume und kann sich dadurch zur größten städtischen Erwachsenen-Bildungseinrichtung Deutschlands und Europas entwickeln. Sie hat einen Vortragssaal für neunzig Personen, weiter gibt es für die Erwachsenen-Bildungseinrichtung über fünfzig Übungs-, Lehr-, Unterrichts-, Arbeits- und Gymnastikräume sowie Werkstätten für kunsthandwerkliche Fortbildungslehrgänge. Zum Bereich der Volkshochschule gehört auch die 120 bis 140 Personen aufnehmende Blackbox.

12. Juli 1984 – Ein Unwetter hinterlässt eine Schneise der Verwüstung

München * Ein Unwetter zieht über den Münchner Osten und hinterlässt eine Schneise der Verwüstung. Gegen 20:05 Uhr fallen Hagelkörner, zum Teil so groß wie Tennisbälle, auf die Erde. Sie durchschlagen Dachplatten und Fassadenverkleidungen. Aus Pflanzen und Gemüse wird in wenigen Minuten Matsch. 400 Menschen werden so stark verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen, Drei Menschen sterben vor Aufregung. Rund 70.000 Wohngebäude werden zum Teil erheblich beschädigt, ebenso 1.000 Gewerbebetriebe, darunter viele Gärtnereibetriebe, deren Gewächshäuser zu Bruch gehen. 20.000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen werden durch den Hagel umgepflügt, 150 Flugzeuge werden von den Hagelkörnern demoliert, über 200.000 Autos werden zerbeult. Nach 20 Minuten ist alles vorbei. Doch das hat gereicht. Das Unwetter richtet den bisher größten Schaden in Deutschland an. Die Versicherungen müssen insgesamt 1,5 Milliarden DMark an Entschädigungen zahlen.

26. April 1986 – Die Katastrophe von Tschernobyl verschärft den WAA-Konflikt

Tschernobyl - Bayern und Österreich * Im Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl kommt es zu einer Explosion und Kernschmelze. Große Mengen radioaktiver Stoffe gelangen in die Atmosphäre und erreichen wenige Tage später auch Süddeutschland und Österreich. Die messbare Belastung von Böden und Lebensmitteln verstärkt die Angst vor den Folgen der Kernenergie und mobilisiert zusätzliche Gegner der geplanten WAA Wackersdorf.

25. Januar 1987 – Ergebnis der Bundestagswahl 1987

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 11. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 44,3 Prozent [- 4,5] und 234 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau erringt 37,0 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 9,1 Prozent [+ 2,1] und 48 Sitze. Die Grünen kommen mit 8,3 Prozent



der abgegebenen Stimmen [+ 2,7] und 44 Sitzen in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

9. März 1988 – Kurt Georg Kiesinger stirbt in Tübingen

Tübingen * Kurt Georg Kiesinger, der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, stirbt in Tübingen.

1. Oktober 1988 – Ärzte warnen vor den Gesundheitsgefahren der WAA

Wackersdorf * Rund 600 Ärzte und andere Angehörige medizinischer Berufe aus Deutschland und Österreich demonstrieren gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Viele tragen als sichtbares Zeichen ihres Berufs weiße Kittel. Vom Wackersdorfer Marktplatz ziehen sie zum WAA-Gelände und warnen vor den gesundheitlichen Folgen radioaktiver Belastung. Zu den Teilnehmern gehören der Internist Herbert Begemann und der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. Richter bezeichnet die geplante WAA als Symbol einer „technokratischen Hybris“. Eine Podiumsdiskussion ergänzt die Protestveranstaltung.

Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen

Bundesrepublik Deutschland * Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen.



Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

28. Februar 1990 – Der Orkan Wiebke wütet über Deutschland

Deutschland - Schweiz - Österreich - München-Englischer Garten * Der Orkan „Wiebke“ wütet über Deutschland, Teilen der Schweiz und Österreichs. In der Folge fallen rund 70 Millionen Festmeter Sturmholz an, was ungefähr der doppelten Holzmenge entspricht, die üblicher Weise im normalen Holzeinschlag erarbeitet wird. Auch der Baumbestand im Englischen Garten ist stark betroffen.

3. Oktober 1990 – Die deutsche Wiedervereinigung

Bundesrepublik Deutschland * Die deutsche Wiedervereinigung.

2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis



90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

3. Dezember 1990 – Die Grünen und das Bündnis 90 schließen sich zusammen

Bundesrepublik Deutschland * Die westdeutschen Grünen und das ostdeutsche Bündnis 90 schließen sich zum Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen.

8. Oktober 1992 – Willy Brandt stirbt in Unkel

Unkel * Willy Brandt, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie SPD-Vorsitzende, stirbt in Unkel.

1994 – Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt

München * Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt. Mit der Umwandlung zur gGmbH erhält die MVHS eine eigenständigere Rechtsform, bleibt aber weiterhin gemeinnützig und öffentlich getragen. Gesellschafter bleiben öffentliche und gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Landeshauptstadt München. Die Gemeinnützigkeit bedeutete weiterhin, dass die Einrichtung nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern Bildungsaufgaben für die Allgemeinheit erfüllt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm der amtierende Münchner Oberbürgermeister. Die Umwandlung von Volkshochschulen in eigenständige Rechtsformen ist zu dieser Zeit Teil eines breiteren Trends in der Erwachsenenbildung in Deutschland.

16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der



Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

1996 – Die Zahl der Falkner in Deutschland liegt bei etwa 2.000

Bundesrepublik Deutschland * Die Zahl der Falkner in Deutschland liegt bei etwa 2.000.

20. Februar 1998 – Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe offiziell abgeschafft

München * Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe abgeschafft. Bis dahin heißt es im Artikel 47 der Bayerischen Verfassung: „Der Vollzug der Todesstrafe bedarf der Bestätigung der Staatsregierung.“ Zum Glück hat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Todesstrafe bereits im Jahr 1949 beseitigt.

24. Februar 1998 – Den Grundstein des Maximilianeums wiederentdeckt

München-Haidhausen * Die Lage des Grundsteins des Maximilianeums geriet im Laufe der Zeit in Vergessenheit und wurde erst bei Umbauarbeiten zufällig wiederentdeckt. In einer Bleikassette fanden sich mehrere Objekte, darunter Deutschlands älteste Modelllokomotive. Die 1838 in Dresden gefertigte und ursprünglich funktionsfähige Kleinlokomotive ist ein Modell der „Adler“-Lokomotive mit Schlepptender im Maßstab 1:10. Sie besteht aus Eisen, Messing, Kupfer und Holz und konnte mit Spiritus betrieben werden. Vermutlich handelte es sich um ein Werbegeschenk der englischen Firma Robert Stephenson & Co., die auch Deutschlands erste Lokomotive baute. Die „Adler“ verkehrte ab 1835 auf der Strecke zwischen Nürnberg und Fürth. Der Grundstein enthält außerdem Baupläne, die Urkunde über die Bestimmung des Gebäudes, Porträts des Königs und seiner Frau Marie von Preußen auf Nymphenburger Porzellan sowie seltene Münzen.

1. Mai 1998 – Von 0,8 auf 0,5 Promille herabgesetzt

Bundesrepublik Deutschland * Die Promillegrenze für Verkehrsteilnehmer wird von 0,8 auf 0,5 Promille herabgesetzt.



4. Mai 1998 – Der Kranzgeldparagraph wird gestrichen.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der sogenannte Kranzgeldparagraph wird gestrichen. Als Kranzgeld bezeichnet man bis dahin eine finanzielle Entschädigung, die eine Frau von ihrem ehemaligen Verlobten fordern kann, wenn sie auf Grund eines Eheversprechens ihre Jungfräulichkeit verloren hat, und er anschließend das Verlöbnis löst. Gleiches gilt übrigens auch für neuverlobte Witwen.

27. September 1998 – Ergebnis der Bundestagswahl 1998

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 14. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 35,1 Prozent [- 6,3] und 245 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder erringt 40,9 Prozent der Stimmen [+ 4,5] und 298 Sitze. Die FDP bekommt 6,2 Prozent [- 0,7] und 43 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 6,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,6]. Die PDS erkämpft 5,1 Prozent der Stimmen [+ 0,7] und mit 36 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

2000 – „Aufbrezeln“ steht im Duden

Bundesrepublik Deutschland * Das Verb „aufbrezeln“ wird in den Duden aufgenommen und gehört damit offiziell zum Wortschatz des Standarddeutschen. Es bedeutet „sich besonders schick machen“, „sich herausputzen“ oder „sich geschniegelt präsentieren“ und hat seinen Ursprung im bairisch-österreichischen Sprachraum. Mit der Aufnahme in den Duden findet eine ursprünglich regionale Redewendung bundesweite Anerkennung und etabliert sich endgültig als Bestandteil der deutschen Standardsprache.

22. September 2002 – Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 15. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 38,5 Prozent [- 2,4] und 251 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber erringt ebenfalls 38,5 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 248 Sitze. Die FDP bekommt 7,4 Prozent [+ 1,2] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 1,9]. Die PDS erkämpft 4,0 Prozent der Stimmen [- 1,1] und zieht - durch die direkt gewonnenen Berliner



Wahlkreise - lediglich mit zwei Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

9. Oktober 2002 – Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 steht fest

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 wird bekannt gegeben. SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN können zusammen 577.000 mehr Wähler als CDU/CSU und FDP für sich gewinnen.

2005 – Die vielleicht orthodoxeste jüdische Gemeinde in Deutschland

München * Durch die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion erhöht sich die Zahl der Gemeindemitglieder auf 9.000. Die Münchner Gemeinde gilt als „sehr orthodoxe, wenn nicht die orthodoxeste Gemeinde in Deutschland“.

18. September 2005 – Ergebnis der Bundestagswahl 2005

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 16. Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder 34,2 Prozent [- 4,3] und 222 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel erringt 35,2 Prozent der Stimmen [- 3,3] und 226 Sitze. Die FDP bekommt 9,8 Prozent [+ 2,4] und 61 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,5] und 51 Sitze. Die PDS erkämpft 8,7 Prozent der Stimmen [+ 4,7] und zieht mit 54 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin in einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

11. Dezember 2005 – Die Trambahnhaltestelle Bundesfinanzhof

München-Bogenhausen * Die Trambahnhaltestelle Törringstraße wird in Bundesfinanzhof umbenannt. Damit wird ein in der Öffentlichkeit weitgehend unbekanntes höchstes Gericht Deutschlands zumindest örtlich sichtbar gemacht.

2009 – Die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG



München-Au * Die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG ist einer der größten Nudelhersteller in Deutschland. 30.000 Tonnen Nudeln werden pro Jahr in der Fabrik am Tassiloplatz hergestellt. Rund 50 Millionen Umsatz Euro macht die Firma. Die Wirtschaftskrise hat dem Unternehmen, das 130 Mitarbeiter hat, nicht geschadet. Im Gegenteil: „Viele, die sich nicht mehr so oft Fleisch leisten wollen, essen jetzt öfters mal Nudeln“. Mehr als Dreiviertel der Produktion wird in Bayern verkauft. Diese Beschränkung auf den regionalen Markt ist eines der Erfolgsrezepte von Bernbacher.

April 2009 – Die Breze wird zum Wahlkampfthema

Freistaat Bayern - Brüssel * Im Europawahlkampf macht die CSU die geplanten EU-Nährwertprofile zu einem Symbol für die angebliche „Regulierungswut aus Brüssel“. Dabei entsteht in der öffentlichen Debatte vielfach der Eindruck, die Europäische Union wolle den Salzgehalt von Brezen und Brot vorschreiben oder das Salz auf der Breze verbieten. Ministerpräsident Horst Seehofer kündigt an, „zu verhindern, dass die EU über den Salzgehalt unserer Brezen beschließt“. Europakandidatin Monika Hohlmeier fordert, „jeder Bäcker in Deutschland [solle] selbst entscheiden, wie viel Salz er zum Backen benötigt“. Für die CSU-Europaabgeordnete Anja Weisgerber geht es um die „Rettung des traditionellen deutschen Brotes“. Tatsächlich beziehen sich die geplanten EU-Nährwertprofile ausschließlich auf gesundheits- und nährwertbezogene Werbeaussagen. Weder die Rezeptur noch der Verkauf von Brot und Brezen stehen zur Debatte. Die Breze wird dennoch zu einem der bekanntesten Symbole des Europawahlkampfes 2009.

7. Juni 2009 – Europawahl

Bundesrepublik Deutschland * Die Deutschen wählen ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament. Im bayerischen Europawahlkampf gehört die Debatte um das angebliche EU-„Brezenverbot“ zu den bekanntesten Themen. Mit Warnungen vor einer Brüsseler Vorschrift zum Salzgehalt von Brezen und Brot macht die CSU die geplanten EU-Nährwertprofile zum Symbol für eine vermeintliche Überregulierung durch die Europäische Union. Tatsächlich geht es bei den geplanten Nährwertprofilen ausschließlich um die Voraussetzungen für gesundheitsbezogene Werbeaussagen – nicht um die Herstellung, Rezeptur oder den Verkauf von Brezen.

2011 – Nur noch 60 Prozent Christen in Deutschland



Bundesrepublik Deutschland * Der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Deutschland sinkt innerhalb von fünf Jahren um drei Prozent. Die evangelischen Kirchenmitglieder sinken in diesem Zeitraum um gut zwei Millionen auf 23,6 Millionen. Die Zahl der Katholiken sinkt um gut 1,5 Millionen auf 24,5 Millionen. Von rund 80 Millionen Bewohnern Deutschlands sind nur mehr 48,1 Millionen christlichen Glaubens. Das sind sechzig Prozent.

2011 – Bierverbrauch sinkt um 37 Prozent gegenüber 1980

Bundesrepublik Deutschland * Der durchschnittliche Bierverbrauch liegt in Deutschland nur noch bei 106,6 Liter. Zum Vergleich: 1980 waren es noch 145,9 Liter. Das ist ein Rückgang von rund 37 Prozent.

2011 – München ist die am dichtesten besiedelte Großstadt Deutschlands

München * München ist die am dichtesten besiedelte Großstadt Deutschlands. In der mit 1,4 Millionen Menschen bundesweit drittgrößten Stadt leben 4.340 Einwohner auf dem Quadratkilometer.

2012 – In Deutschland gibt es über 1.300 Brauereien

Bundesrepublik Deutschland * In Deutschland setzen die mehr als 1.300 Brauereien rund 96 Millionen Hektoliter Bier ab.

2013 – Der Bayer trinkt im Jahr immerhin 135 Liter Bier

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es 1.340 Brauereien. Davon befinden sich 622 in Bayern, alleine 163 in Oberfranken, womit die Region rund um Bayreuth und Hof Nummer eins in Bayern ist. Die bayerischen Brauereien haben 22 Millionen Hektoliter Bier verkauft. 4,4 Millionen Hektoliter sind in den Export gegangen, ein Rekordergebnis. Gerade die Chinesen trinken sehr gerne und immer mehr Bier aus Bayern. Während in ganz Deutschland immer weniger Bier verkauft wird, kann in Bayern der Absatz noch um 0,7 Prozent gesteigert werden. Im Jahr 2013 trinkt jeder Deutsche im Durchschnitt 108 Liter. Der Bayer schafft immerhin 135 Liter. Der unangefochtene europäische Biertrink-Spitzenreiter ist Tschechien, gefolgt von Deutschland und Österreich.



März 2013 – Bald werden 75 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben

München * Bald werden 75 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben, wobei in Deutschland München mit 4.516 Einwohnern pro Quadratkilometer an der Spitze steht. Zum Vergleich: Es folgen Berlin mit 3.899, Herne mit 3.205, Stuttgart mit 2.925 und Oberhausen mit 2.762 Einwohnern pro Quadratkilometer. Herne und Oberhausen schrumpfen zurzeit allerdings.

Manila, die Hauptstadt der Philippinen bringt es auf mehr als 43.000 Menschen pro Quadratkilometer. Die dichtbesiedelte europäische Stadt ist Levallois-Perret bei Paris mit 26.000 Einwohnern auf dem Quadratkilometer. Immerhin fast dreimal so viel wie in New York mit etwas mehr als 10.000 Einwohnern pro Quadratkilometer.

22. September 2013 – Ergebnis der Bundestagswahl 2013

Bundesrepublik Deutschland - Berlin • Bei der Wahl zum 18. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 41,5 Prozent [+ 7,7] und 311 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 2,7] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 4,8 Prozent [- 9,8] und scheitert damit an der Fünf-Prozent-Hürde.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 8,4 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 2,3] und 63 Sitze. Die PDS erkämpft 8,6 Prozent der Stimmen [- 3,3] und zieht mit 64 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmutz-Image ablegen

Bundesrepublik Deutschland * Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmutz-Image ablegen und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben erhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht



verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.

2014 – Brauereien und Bierabsatz

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es insgesamt 1.352 Brauereien. Davon befinden sich 616 Braustätten in Bayern. Der Bierabsatz liegt in Deutschland bei 95.620.000 Hektoliter. Auf Bayern entfallen davon 23.131.000 Hektoliter.

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.

24. September 2017 – Große Verluste der etablierten Parteien bei der Bundestagswahl 2017

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CDU/CSU



mit ihrer amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel 32,9 Prozent [- 8,6] und 240 Sitze [- 71]. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz erringt 20,8 Prozent der Stimmen [- 4,9] und 152 Sitze [- 41]. „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ kommen auf 9,0 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 0,6] und 66 Sitze [+ 3]. Die FDP bekommt 10,4 Prozent [+ 5,6] und erreicht damit 76 Sitze. Die Linke erkämpft ebenfalls 9,0 Prozent der Stimmen [+ 0,4] und zieht mit 66 Abgeordneten [+ 2] in den Deutschen Bundestag ein. Der große Siegerin der Bundestagswahl ist die Alternative für Deutschland - AfD mit 13,0 Prozent [+ 8,3] und 95 Sitzen. Angelika Merkel wird Bundeskanzlerin einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD.

24. September 2017 – Die CSU stürzt ab - Riesige Stimmengewinne der AfD

Freistaat Bayern - München * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CSU in Bayern lediglich 38,8 Prozent der Stimmen [- 10,5]. Die SPD kommt gerade einmal auf 20,0 Prozent [- 4,7], die Grünen erhalten 9,8 Prozent [+ 1,2], die Linke erreicht 6,1 Prozent [+ 2,3], die FDP kann 10,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen [+ 5,1]. Auch im Freistaat ist die Alternative für Deutschland - AfD die große Gewinnerin, mit 12,4 Prozent der Stimmen, was einem Plus von 8,1 Prozent entspricht.

6. Februar 2018 – München ist Deutschlands Stauhauptstadt

München * München ist wieder einmal mit weitem Abstand Deutschlands Stauhauptstadt. 51 Stunden im Jahr verbringt der Münchner im Stau. Im internationalen Vergleich steht München auf Platz 76 von 1.360.

1. Juni 2018 – Ein Kreuz im Eingangsbereich der bayerischen Dienstgebäude

Freistaat Bayern * In jedem Dienstgebäude des Freistaats Bayern muss ein Kreuz angebracht werden. Das löst Proteste und deutschlandweit eine kontroverse Diskussion aus. Selbst Vertreter der christlichen Kirchen widersprechen dem Beschluss. Auch deshalb, weil Ministerpräsident Markus Söder erklärt: „Das Kreuz ist nicht ein Zeichen einer Religion.“ Im Kreuz spiegle sich vielmehr „unsere bayerische Identität und Lebensart“.

4. Februar 2021 – Die Corona-Sieben-Tage-Inzidenz liegt bei 48,0



München • Die Corona-Sieben-Tage-Inzidenz [= Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen 7 Tagen] liegt in München bei 48,0. Sie liegt damit wieder auf dem Stand vom 12. Oktober 2020. Das sind 10 Tage bis wann der landesweite Lockdown begrenzt ist. Lockerungen wird es laut Oberbürgermeister Dieter Reiter deshalb nicht geben. Der bayernweite Corona-Sieben-Tage-Inzidenzwert liegt bei 83,1, in Deutschland bei 80,7.

31. März 2021 – Die Sieben-Tage-Inzidenz wieder über 100

München • Der Corona-Sieben-Tage-Inzidenzwert [= Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen 7 Tagen] liegt in München erneut über 100, bei exakt 100,2. Der bayernweite Corona-Sieben-Tage-Inzidenzwert liegt bei 137, in Deutschland bei 132.

27. Mai 2021 – Ja, es war Völkermord !

Berlin • Deutschland bekennt sich nach über 110 Jahren zu dem Völkermord an den Herero und Nama. Das Deutsche Reich war von 1884 bis 1915 Kolonialmacht im heutigen Namibia. Bei der Niederschlagung von Aufständen durch die deutsche Schutztruppe zwischen 1904 und 1908 wurden etwa 65.000 von 80.000 Herero und mindestens 10.000 von 20.000 Nama getötet.

30. Mai 2021 – Alle Bundesländer erreichen Inzidenz unter 50

Bundesrepublik Deutschland * In allen deutschen Bundesländern ist der Sieben-Tage-Inzidenzwert auf unter 50 gerutscht, nachdem auch Thüringen mit 47,5 unter dieser Marke liegt. Bundesweit liegt der Wert bei 35,2. München hat - trotz leichten Anstiegs - die Marke von 30,7 erreicht.

12. Juni 2021 – Münchner Corona-Inzidenz bei 20,0

München • Der Sieben-Tage-Inzidenzwert liegt in München bei 20,0. Die bayernweite 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner liegt bei 22,0. Der deutschlandweite Wert sinkt innerhalb einer Woche von 26,3 auf 18,3 ab.

26. September 2021 – Ergebnis der Bundestagswahl 2021 in Bayern



Freistaat Bayern * Bei der Wahl im Freistaat Bayern zum 20. Bundestag erhält die CSU als bayerisches Anhängsel der Union erhält im Freistaat immerhin 31,7 Prozent [-7,1]. Das sind allerdings bundesweit lediglich 5,2 Prozent. Unabhängig von den Direktmandaten schrammt die bayerische Splitterpartei knapp am Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde vorbei. Die SPD erringt 18,0 Prozent der Stimmen [+ 2,7]. Bündnis 90/Die Grünen kommen auf 14,1 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,3]. Die FDP bekommt 10,5 Prozent [+ 0,4]. Die Alternative für Deutschland - AfD erhält 9,0 Prozent [-3,4]. Die Linke erkämpft ebenfalls 2,8 Prozent der Stimmen [- 3,3]. Bis auf ein Direktmandat im Freistaat Bayern entfallen die anderen 45 auf die CSU. Die Ausnahme ist die 28-jährige Jamila Schäfer, die das Direktmandat in München-Süd gewinnt.

26. September 2021 – Ergebnis der Bundestagswahl 2021 in München

München * Bei der Wahl in München zum 20. Bundestag erhält das Bündnis 90/Die Grünen 26,1 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 8,9]. die CSU 23,8 Prozent [- 6,2]. Die SPD wird Drittklassig und erringt 19,0 Prozent der Stimmen [+ 2,8]. Die FDP bekommt 13,7 Prozent [- 0,5]. Die Alternative für Deutschland - AfD erhält 4,5 Prozent [- 3,8]. Die Linke erkämpft lediglich 4,1 Prozent der Stimmen [- 4,2]. Insgesamt 14 Münchnerinnen und Münchner ziehen in den neuen Bundestag ein. CSU: 3 Direktmandate, GRÜNE: 3, davon 1 Direktmandat, SPD: 2, FDP: 3, AfD: 2, Linke: 1

26. September 2021 – SPD gewinnt Bundestagswahl 2021

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 20. Bundestag erhält die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 5,2] und 206 Sitze. CDU/CSU mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat kommen auf 24,1 Prozent [- 8,9] und 196 Sitze. Bündnis 90/Die Grünen erhalten mit ihrer Kanzlerkandidatin Analena Baerbock 14,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 5,9] und 118 Sitze. Die FDP bekommt 11,5 Prozent [+ 0,8] und erreicht damit 92 Sitze. Der Alternative für Deutschland - AfD erhält 10,3 Prozent [-2,3] und 83 Sitze. Die Linke erkämpft lediglich 4,9 Prozent der Stimmen [-4,3] und zieht aufgrund von Überhang- und Direktmandaten mit 39 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Der Südschleswigsche Wählerverband - SSW erhält 1 Mandat. Der Anteil der Frauen bei den Abgeordneten beträgt 35 Prozent. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und AfD stellen sich als besonders männerlastig dar.